



2016

JAHRESBERICHT
ANNUAL REPORT

PERSPEKTIVEN 2017
PERSPECTIVES 2017

**FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG**

Zahlen und Fakten

Facts and Figures



689

Mitarbeiter_innen
employees



3.341

Veranstaltungen in Deutschland
events in Germany



56.000^lfm

Archivbestand
running metres documents

180.000

Teilnehmer_innen
participants

1.000.000

Publikationen im
Bibliotheksbestand
volumes in the library



109

Auslandsbüros
foreign offices



2.732

Studierende und
Promovierende
*graduate, undergraduate,
and PhD students*



340

Veröffentlichungen
in Deutschland
publications in Germany

16

Standorte in Deutschland
offices in Germany

212

davon aus dem Ausland
come from abroad



167.300.000 €

Etat (2016)
budget (2016)

2016 JAHRESBERICHT PERSPEKTIVEN 2017
ANNUAL REPORT PERSPECTIVES 2017

Inhalt

Content

VORWORT

- | | | | |
|----|---------------------------|----|--|
| 06 | Vorwort
<i>Preface</i> | 10 | 2016 in Bildern
<i>2016 in Pictures</i> |
|----|---------------------------|----|--|
-

PRESSESPIEGEL

- 32 Die Friedrich-Ebert-Stiftung
im Spiegel der Presse
-

ARBEITSBEREICHE

- | | | | |
|----|--|----|--|
| 46 | Politische Bildung und Beratung | 52 | Die Auslandsbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung |
| 47 | Die Friedrich-Ebert-Stiftung
in Deutschland | 54 | Wissenschaftliche Arbeit |
| 50 | Internationale Arbeit | 57 | Preise der Friedrich-Ebert-Stiftung |
-
- 58 Unselbstständige Stiftungen und Sondervermögen
-



FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

04 Für Soziale Demokratie
Committed to Social Democracy

PROJEKTE UND ARBEITSLINIEN

- 14** Flucht, Migration, Integration
 - 17** Gute Gesellschaft – Soziale Demokratie 2017plus
 - 20** Politik für Europa – 2017plus
 - 23** Globale Entwicklung
 - 26** Wirtschaft und Soziales
 - 29** Demokratie und Gesellschaft
-

ANHANG

- 60** Organisationsplan
 - 62** Jahresabschluss zum 31.12.2015
 - 68** Zum Selbstverständnis
der Politischen Stiftungen
 - 69** Mitglieder des Vorstands
 - 69** Mitglieder des Vereins
 - 70** Mitglieder des Kuratoriums
 - 70** Mitglieder des Auswahl-
ausschusses
 - 71** Vertrauensdozentinnen
und Vertrauensdozenten
 - 79** Anschriften
-

82 Impressum



Für Soziale Demokratie

Committed to Social Democracy

Wer wir sind

Die 1925 gegründete Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) ist die traditionsreichste politische Stiftung in Deutschland. Reichspräsident Friedrich Ebert gab ihr den Namen; seinem politischen Vermächtnis verdankt die Stiftung ihre Entstehung und Aufgabenstellung.

Als eine parteinahe politische Stiftung orientieren wir unsere Arbeit an den Grundwerten der Sozialen Demokratie: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Das verbindet uns ideell mit der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften. Als gemeinnützige Einrichtung gestalten wir unsere Arbeit eigenständig und unabhängig.

Was wir anstreben

- Eine freie und solidarische Gesellschaft mit gleichen Chancen der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Teilhabe – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Religion;
- eine lebendige und starke Demokratie; eine nachhaltig wachsende Wirtschaft mit Guter Arbeit für alle;
- einen Sozialstaat, der vorsorgend mehr Bildung und bessere Gesundheit ermöglicht, aber auch Armut bekämpft und die großen Lebensrisiken absichert;
- ein Land, das in Europa und in der Welt Verantwortung für Frieden und sozialen Fortschritt übernimmt.

Was wir tun

Wir fördern und stärken die Soziale Demokratie vor allem durch:

- Politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft. Unsere Informations-, Orientierungs- und Qualifizierungsangebote motivieren und befähigen zu einem erfolgreichen politischen, gewerkschaftlichen und bürgerschaftlichen Engagement. Wir verbessern die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an gesellschaftlichen Diskussions- und Entscheidungsprozessen;
- Politikberatung: Wir entwickeln Strategien zu zentralen Fragen der Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik sowie zu Grundsatzfragen der Demokratieentwicklung. An den Schnittstellen von Wissenschaft und politischer Praxis gestalten wir den öffentlichen Diskurs für eine gerechte und zukunftsfähige Wirtschafts- und Sozialordnung auf nationaler, europäischer und globaler Ebene;
- Internationale Zusammenarbeit: Mit Auslandsbüros in über 100 Ländern unterstützen wir eine Politik für friedliche Zusammenarbeit und Menschenrechte, fördern den Aufbau und die Konsolidierung demokratischer, sozialer und rechtsstaatlicher Strukturen und sind Wegbereiter für freie Gewerkschaften und eine starke Zivilgesellschaft. Im europäischen Einigungsprozess engagieren wir uns intensiv für ein soziales, demokratisches und wettbewerbsfähiges Europa;
- Begabtenförderung unter besonderer Berücksichtigung von Studierenden und Promovierenden aus einkommensschwachen Familien und solchen mit Migrationshintergrund. Dadurch tragen wir zu mehr Bildungsgerechtigkeit bei;
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie: Mit dem Archiv, unserer Bibliothek und zeitgeschichtlichen Projekten halten wir die historischen Wurzeln von Sozialdemokratie und Gewerkschaften lebendig und unterstützen die gesellschaftspolitische und historische Forschung.

About us

The Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) is the oldest political foundation in Germany with a rich tradition in social democracy dating back to its foundation in 1925. The foundation owes its formation and its mission to the political legacy of its namesake Friedrich Ebert, the first democratically elected German President.

The work of our political foundation focuses on the core ideas and values of social democracy – freedom, justice and solidarity. This connects us to social democracy and free trade unions. As a non-profit institution, we organise our work autonomously and independently.

Our goals

We promote

- a free society, based on the values of solidarity, which offers all its citizens the same opportunities to participate on political, economic, social and cultural levels, regardless of their origin, sex or religion;
- a lively and strong democracy; sustainable economic growth with decent work for all;
- a welfare state that provides more education and improved healthcare, but at the same time combats poverty and provides protection against the challenges that life throws at citizens;
- a country that is responsible for peace and social progress in Europe and in the world.

What we do

We support and strengthen social democracy in particular by means of:

- political educational work to strengthen the civil society. Our political education programs in Germany motivate, enable, inform and qualify citizens to successfully engage in political, trade union and civil spheres. We improve citizens' participation in social discussions and decision-making processes;
- Think Tanks: We develop strategies on the core issues of economic, social and educational policies as well as on key issues that advance democracy. At the crossroad where think tanks, academia and political practitioners meet, we create a public discourse for a just and sustainable economic and social order on a national, European and worldwide level;
- international cooperation: With our international network of offices in more than 100 countries, we support a policy for peaceful cooperation and human rights, promote the establishment and consolidation of democratic, social and constitutional structures and are pioneers for free trade unions and a strong civil society. We are actively involved in promoting a social, democratic and competitive Europe in the European integration process;
- support for talented young people with scholarship programs, in particular for students and doctoral candidates from low-income families or with a migrant background. This is our contribution to increasing educational democracy;
- the collective memory of Social Democracy: Our archive, library and contemporary history projects keep the historical roots of social democracy and the trade unions alive and provide support for sociopolitical and historical research.

Liebe Leserin, lieber Leser,

Gerechtigkeit und Solidarität sind Grundwerte der Sozialen Demokratie, denen sich die Friedrich-Ebert-Stiftung in besonderem Maße verpflichtet fühlt. Insofern kann es die Stiftung nicht unberührt lassen, dass die soziale Ungleichheit in Deutschland und weltweit wächst. Das Thema steht im Zentrum des abteilungsübergreifenden Projekts »Gute Gesellschaft – Soziale Demokratie 2017plus«. Über das gesamte Jahr 2016 wurde in Publikationen und Veranstaltungen darüber beraten, wie ein weiteres Auseinanderdriften der Gesellschaft verhindert werden kann. Ein Höhepunkt war der Kongress »MEHR GLEICHHEIT. Wirtschaftlich notwendig. Politisch unerlässlich. Sozial gerecht« im November in Berlin, bei dem 300 Gäste mit prominenten Politiker_innen und Wissenschaftler_innen aus dem In- und Ausland diskutierten und Handlungsempfehlungen erarbeiteten.

Unterdessen wachsen die Zweifel an der überkommenen Behauptung, ökonomische Ungleichheit sei unabdingbar für Wachstum. Nach einer Umfrage der FES empfinden 82 Prozent der Bundesbürger_innen die sozialen Unterschiede im Land als zu groß. Und tatsächlich behindert Ungleichheit nachhaltiges Wachstum, wie in eigenen Studien nachgewiesen werden konnte. Die Publikation »Ungleiches Deutschland: Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2015« belegt, dass sich das Land trotz der guten Konjunktur sozial und ökonomisch weiter auseinanderentwickelt. In zahlreichen Veranstaltungen wurde aufgezeigt, dass die Stärkung des Wohlfahrtsstaates eine richtige Antwort darauf ist und die Politik daher das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse konsequenter verfolgen muss.

Die Ungleichheit zwischen armen und reichen Ländern ist neben Kriegen und Klimakatastrophen eine der Ursachen für die enorme weltweite Migration. Von den 60 Millionen Menschen, die derzeit auf der Flucht sind, erreichen nur die wenigsten Europa, doch auch sie stellen Politik und Gesellschaft vor große Herausforderungen.

Die FES hat dieses Thema in der ganzen Breite ihrer Arbeit aufgegriffen – etwa durch Qualifizierungsprojekte für Mitglieder von Ausländer- und Integrationsbereichen, Beratungsarbeit für Kommunalpolitiker_innen, Begegnungsprojekte für Jugendliche oder durch Seminare für Geflüchtete in arabischer Sprache. Begleitet werden diese Maß-

nahmen durch eine Reihe politikbegleitender Publikationen zu konkreten Politikfeldern.

Daneben war auch der Einsatz der FES-Stipendiat_innen beachtlich: Fast die Hälfte der rund 2.800 Geförderten beteiligte sich an der Betreuung von Neuankömmlingen.

Auch die Situation in den Herkunftsländern hat die Stiftung im Blick und entwickelt Empfehlungen, wie Fluchtursachen bekämpft werden können. Für das stiftungsweite Projekt »Flucht, Migration und Integration« mit über 500 Veranstaltungen und Publikationen im Jahr 2016 ist das weltweite Netzwerk der FES besonders wertvoll: So lassen sich die deutsche, europäische und internationale Perspektive verbinden.

Bei der Berliner Gerechtigkeitswoche wurde über »People on the move« diskutiert, bei den Maghrebtagen über die gesellschaftlichen Umbrüche in Marokko, Algerien, Tunesien und Libyen.

Seit Jahren befindet sich die Europäische Union in einer tiefen Krise. Das stiftungsweite Projekt »Politik für Europa 2017plus« fördert eine konstruktive Auseinandersetzung mit der europäischen Idee und Wirklichkeit. In zwei Jahren intensiver Projektarbeit hat die Europa-Arbeit der FES dadurch an Kontur gewonnen und wird von den europapolitischen Stakeholdern in Deutschland und in den Brüsseler Institutionen stärker wahrgenommen. Zudem konnten Impulse für eine bürgernahe Europapolitik gesetzt und vielen jungen Menschen der europäische Gedanke nähergebracht werden. Kernpunkte des Projekts waren die Studie »EU vor Bewährungsprobe«, die die Entfremdung der Bürger_innen von der Europäischen Union aufzeigte, sowie die fünfteilige Konferenz »Europe calling« zu der Frage, was Europa zusammenhält.

In Deutschland vermittelt die Stiftung jungen Leuten europäische Zusammenhänge vor allem mit Planspielen an Schulen sowie über das Internet.

Als wichtigstes Gemeinschaftsthema sehen die Bürger_innen einer FES-Europa-Studie zufolge die Sicherheits- und Außenpolitik. In den Augen der Befragten sind die Nationalstaaten den Herausforderungen nicht gewachsen, die sich aus den Krisen rund um die EU ergeben. Die neue Vertretung der FES am OSZE-Standort Wien wird sich daher überregional der Frage widmen, wie Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wieder garantiert werden können.

Die Ungleichheit zwischen armen und reichen Ländern ist neben Kriegen und Klimakatastrophen eine der Ursachen für die enorme weltweite Migration.

In addition to wars and climatic disasters, inequality between poor and rich countries is one of the causes of the enormous worldwide migration.

Dear reader,

Justice and solidarity are basic values of social democracy, to which the Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) feels particularly committed. In this respect, the foundation cannot be left unaffected by the fact that social inequality is growing in Germany and worldwide. This theme is at the heart of the interdepartmental project »Good Society – Social Democracy 2017plus«. Throughout 2016, there were discussions in publications and events on how to prevent society's growing disparity. A highlight was the congress »MORE EQUALITY. Economically Necessary. Politically Essential. Socially Just« in Berlin in November, where 300 guests discussed these issues with prominent politicians from Germany and abroad and prepared policy recommendations.

Meanwhile, doubts are growing about the conventional assertion that economic inequality is essential for growth. According to a survey conducted by the FES, 82 per cent of citizens perceive the social differences in the country as too big. Indeed, inequality impedes sustained growth, as demonstrated in our own studies. The publication »Unequal Germany: Socio-economic Disparity Report 2015« shows that despite the good economic situation, the country continues to diverge socially and economically. In numerous events, it was shown that the strengthening of the welfare state is a correct answer to this and that policy should therefore pursue the goal of equivalent living conditions more consistently.

In addition to wars and climatic disasters, inequality between poor and rich countries is one of the causes of the enormous worldwide migration. Of the 60 million people who are currently fleeing, only a very few are able to reach Europe, but even they pose great challenges for politics and societies.

The FES has taken up this issue in the full scope of its work—for example through qualification projects for members of foreign and integration areas, consultancy work for local politicians, meeting projects for young people, and seminars for refugees in Arabic. These measures are accompanied by a series of policy-related publications on specific policy areas.



Kurt Beck, Ministerpräsident a. D.
Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung
President of the Friedrich-Ebert-Stiftung



Dr. Roland Schmidt
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
der Friedrich-Ebert-Stiftung
Secretary General of the Friedrich-
Ebert-Stiftung

In addition, the engagement of FES scholarship recipients was also significant: almost half of the around 2,800 young people sponsored assisted in the care of the new arrivals.

The foundation is also monitoring the situation in the countries of origin and is developing recommendations for how the reasons for fleeing can be combatted. The worldwide network of the FES is particularly valuable for the foundation's project »Flight, Migration, and Integration«, with more than 500 events and publications in 2016: this shows how the German, European, and international perspectives can be combined.

During the Berlin Justice Week, »People on the move« was discussed during the »Maghrebtagen«, with regard to social upheavals in Morocco, Algeria, Tunisia, and Libya.

For years, the European Union has been in a deep crisis. The foundation-wide project »Policy for Europe 2017plus« promotes a constructive debate on the European idea and reality. In two years of intensive project work, the work of the FES in Europe has gained a new shape and is perceived more strongly by European political/policy stakeholders in Germany and the institutions in Brussels. Moreover, impulses could be set for a citizenship-oriented European policy and the European idea could be introduced to many young people. The primary focuses of the project were the study »EU Acid Test«, which highlighted the alienation of the citizens from the European Union, and the five-part conference »Europe calling« on the question of what holds Europe together.

Frieden und Sicherheit sind Kernanliegen der Stiftungsarbeit weltweit. Große Sorgen bereitet der Mittlere Osten, wo der Hegemonialkonflikt zwischen Iran und Saudi-Arabien dem Frieden im Weg steht. Die FES hat deshalb den iranisch-saudischen Dialog initiiert, der im Mai in Potsdam zum zweiten Mal stattfand. In der Region Naher und Mittlerer Osten/Nordafrika, die von den Folgen des Klimawandels heftig betroffen ist, unterstützt die FES zudem mit dem Programm »Klimapolitik sozial gerecht gestalten« auch das Netzwerk klimapolitischer NGOs »Climate Action Network Arab World«, das zur wichtigsten zivilgesellschaftlichen Stimme in Klimafragen aus dem arabischen Raum avanciert ist.

Um Engagement und herausragende Leistungen zu honorieren, in der Öffentlichkeit Themen zu setzen und Präsenz zu zeigen, verleiht die FES jedes Jahr verschiedene Preise. Ein Weckruf war 2016 das Buch »Zum Töten bereit: Warum deutsche Jugendliche in den Dschihad ziehen« der Islamwissenschaftlerin Lamya Kaddor. Dafür erhielt sie den Preis »Das politische Buch«.

Der Preis »Der politische Film« der Friedrich-Ebert-Stiftung ging an Monika Borgmann und Lokman Slim für ihren Film »Tadmor« über ein syrisches Folter-Gefängnis.

Obwohl Kriege viele Regionen destabilisieren, gibt es auch positive Entwicklungen. So unterstützt die Stiftung die Friedensprozesse in Myanmar und Kolumbien. Mit ihrem Menschenrechtspreis ehrte die FES das feministische Netzwerk Ruta Pacifica de las Mujeres für die Beteiligung von Frauen bei den Friedensverhandlungen.

Der Einsatz für menschenwürdige Arbeit und soziale Mindeststandards gehört weltweit zu den Kernaufgaben der FES. Zu diesem Zweck werden Gewerkschaftspartner dabei unterstützt, Erfahrungen auszutauschen und ihre Positionen durchzusetzen. 2016 konzentrierte sich die Arbeit auf die Umsetzung der Decent Work Agenda, den Aufbau gewerkschaftlicher Netzwerke in multinationalen Konzernen und die Ausgestaltung verbindlicher Sorgfaltspflichten von Unternehmen.

Globalisierung, Digitalisierung und demografischer Wandel verändern die Arbeitswelt fundamental. Die Auswirkungen der Digitalisierung auf Unternehmen und Arbeitsplätze, aber auch auf die Verbraucher_innen wurden ausführlich erörtert.

Die zunehmende Skepsis gegenüber der Politik sowie die Erfolge rechtspopulistischer Parteien zeigen, dass Vertrauen in die Demokratie zunehmend verloren zu gehen scheint. Nach möglichen Antworten darauf suchten zahlreiche Veranstaltungen bundesweit. Ein Gradmesser für eine lebendige Demokratie ist die Wahlbeteiligung. Hintergründe, Ursachen und Folgen von Wahlverweigerung analysierte die im Vorjahr gestartete stiftungsübergreifende Initiative »Demokratie wähle ich kreuzweise«.

Rechtsextremismus und Rechtspopulismus gefährden unser demokratisches Gemeinwesen, das auf Gleichwertigkeit und Menschenrechten beruht. Unter dem Titel »Gesplante Mitte – Feindselige Zustände« erschien im November die neue »Mitte-Studie« in Zusammenarbeit mit der Uni Bielefeld. Sie dokumentiert alarmierende Befunde zur Entwicklung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Deutschland. Angesichts des wachsenden Populismus, aggressiver Diskussionen im Netz und anhaltender Vorwürfe gegenüber den Medien wurde 2016 intensiv über Gegenstrategien nachgedacht. Veranstaltungen und Veröffentlichungen zu Hass im Netz, aber auch zu anderen Medienthemen wie Digitalisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks oder Freiheit und Privatsphäre fanden große Resonanz.

Das Engagement für Soziale Demokratie ist in Zeiten gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Umbrüche überall gefragt. Der FES ist es auch 2016 gelungen, mit ihrem Einsatz Interesse, Zustimmung und Anerkennung zu erzielen. Das ist nur dank der Unterstützung eines großen Netzwerks und des Engagements der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Impulse von Freunden und Partnern der FES möglich.

Allen Beteiligten sei hierfür herzlich gedankt.

Ihre

Kurt Beck, Ministerpräsident a. D.
Vorsitzender

Dr. Roland Schmidt
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Rechtsextremismus und Rechtspopulismus gefährden unser demokratisches Gemeinwesen, das auf Gleichwertigkeit und Menschenrechten beruht.

Right-wing extremism and right-wing populism endanger our democratic community, which is based on equality and human rights.

In Germany, the FES provides young people with European connections – above all with educational simulations at schools and via the Internet.

Citizens who took part in an FES-Europe study consider security and foreign policy to be the most important community issues. In their eyes, the national states are not up to the challenges arising from the crises around the EU. Therefore, the new FES representation at the OSCE location in Vienna will be devoted to the issue of how security and cooperation in Europe can be guaranteed once again.

Peace and security are core issues of the foundation's work worldwide. The Middle East, where the hegemonic conflict between Iran and Saudi Arabia stands in the way of peace, is cause for great concern. The FES has therefore initiated the Iranian-Saudi dialogue, which took place for the second time in Potsdam in May. In the Middle East/North Africa region, which has been severely affected by climate change, the FES is also active. With the programme »Designing Socially Just Climate Policy«, the foundation also supports »Climate Action Network Arab World«, the network of climate policy NGOs that has become one of the most important civil society voices on climate issues in the Arab world.

In order to honour commitment and outstanding achievements, to explore topics publicly, and to maintain a strong presence, the FES awards a variety of prizes every year. A wake-up call in 2016 was the book »Zum Töten bereit: Warum deutsche Jugendliche in den Dschihad ziehen« (Ready to Kill: Why Young German Young People Are Becoming Jihadis) by Lamya Kaddor, a scholar in Islamic Studies. For this she received the prize »The Political Book«.

The prize »The Political Film« of the Friedrich Ebert Foundation went to Monika Borgmann and Lokman Slim for their film »Tadmor« about a Syrian torture prison.

Although wars destabilise many regions, there have also been positive developments. Thus, the foundation supports the peace processes in Myanmar and Colombia. The FES honoured the feminist network Ruta Pacífica de las Mujeres for the participation of women in the peace negotiations, with its human rights award.

The commitment to decent work and social minimum standards is one of the core tasks of FES around the world. To this end, trade union partners are supported in exchanging experiences and implementing their positions. In 2016, the foundation's work focused on the implementation of the Decent Work

Agenda, the establishment of trade union networks in multinational corporations, and the design of binding due diligence obligations for companies.

Globalisation, digitalisation, and demographic change are fundamentally transforming the working world. The effects of digitisation on companies and jobs – but also on consumers – were discussed in detail.

The increasing scepticism about politics and the success of right-wing populist parties show that confidence in democracy seems increasingly lost. Several events nationwide searched for possible answers. A key factor for a living democracy is electoral participation. The interdepartmental initiative »Demokratie wähle ich kreuzweise« (I Select Democracy Crosswise), which was launched last year, analysed the backgrounds, causes, and consequences of refusing to vote.

Right-wing extremism and right-wing populism endanger our democratic community, which is based on equality and human rights. The new »Mitte-Studie« (Middle Study) – entitled »Gesplante Mitte – Feindselige Zustände« (Split Middle, Hostile States) – was published in November, in collaboration with the University of Bielefeld. It documents alarming findings on the development of group-focused enmity in Germany. In the face of growing populism, aggressive discussions in the Internet, and persistent allegations against the media, intensive counterstrategies were considered in 2016. Events and publications on hate in the Internet, but also on other media topics – such as the digitisation of the public broadcasting system or freedom and privacy – were very popular.

Commitment to social democracy is in demand everywhere in times of social, political, and economic upheaval. In 2016, the FES was also successful in achieving interest, approval, and recognition through its dedicated efforts. This was only possible thanks to the support of a large network, the engagement of the staff, as well as the encouragement from friends and partners of the FES.

We would like to express our sincere thanks to everyone involved.

Yours

Kurt Beck, Minister President, Retired
President

Dr. Roland Schmidt
Secretary General

2016 in Bildern 2016 in Pictures









PROJEKTE UND ARBEITSLINIEN

Weltweit sind 60 Millionen Menschen auf der Flucht – mehr als jemals zuvor seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Kriege, Gewalt, Folgen des Klimawandels oder wirtschaftliche Perspektivlosigkeit haben sie heimatlos gemacht. Auch wenn Einwanderung Deutschland seit jeher prägt, stellt die große Zahl von Geflüchteten vor allem aus Syrien, Afghanistan und dem Irak das Land und die EU vor neue Herausforderungen.

Niemand verlässt freiwillig seine Heimat – aber wie lassen sich Fluchtursachen beheben? Welcher politische Handlungsbedarf erwächst daraus? Wie können Akzeptanz für Geflüchtete und Willkommenskultur in den Aufnahmeländern gestärkt werden? Wie ist zunehmenden nationalistischen Tendenzen und Rechtspopulismus zu begegnen, die Zuwanderung für ihre Zwecke instrumentalisieren? Wie können Geflüchtete integriert werden in Gesellschaft, Bildung, Arbeit und bezahlbaren Wohnraum? Wie können wir sicher, friedlich und in Vielfalt miteinander leben?

Um Antworten und Handlungsempfehlungen auf nationaler wie internationaler Ebene zu entwickeln, nutzt die Friedrich-Ebert-Stiftung ihr weltweites Netzwerk und verbindet die deutsche, europäische und internationale Perspektive. Das stiftungsweite Projekt »Flucht, Migration und Integration« wird von der Abteilung Politischer Dialog (PD) koordiniert

und umfasst drei Themenfelder: Fluchtursachen, Arbeit mit Geflüchteten und Helfer_innen sowie integrationspolitische Herausforderungen. Analysen, Dialog- und Qualifizierungsangebote sowie Politikvorschläge bündelt das Themenportal »Flucht, Migration und Integration« auf der neu gestalteten Internetseite der Stiftung.

Hintergründe erklären: Fluchtursachen und Lage in den Aufnahmeländern

Warum haben so viele Menschen in kurzer Zeit ihre Heimat verlassen und sich auf den Weg nach Europa gemacht? Dieser Frage ging die FES auf unterschiedliche Weise nach. Bei der Berliner Gerechtigkeitswoche im Frühsommer wurde über »People on the move« diskutiert. Die Maghrebtage im September gaben Einblick in die gesellschaftlichen Umbrüche in

Marokko, Algerien, Tunesien und Libyen. In mehreren Bundesländern erinnerten die Publikation und die Veranstaltungsreihe »Fluchtursachen made in Europe« an die Mitverantwortung des Westens.

Eine Kurzfilmreihe über Migrationsmotive, die im Internet abrufbar ist, lässt FES-Mitarbeiter_innen in Nahost und Afrika sowie Geflüchtete selbst zu Wort kommen. Insbesondere der Dokumentarfilm des Kabuler FES-Büros »Spring in Afghanistan – to go or not to go« fand bundesweit Aufmerksamkeit. Auch die Situation in Syrien war vielfach Thema. In vielerlei Weise wurde auf die Situation Geflüchteter in den Aufnahmeländern aufmerksam gemacht. Eine Publikationsreihe des





FES-Büros Istanbul sowie der Film »Ein Lichtstrahl« dokumentieren die unmenschlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen für Syrer_innen in der Türkei. Die Politikanalyse »Jenseits von Lampedusa« beleuchtet die teilweise verheerende Situation von Geflüchteten in Nahost und Nordafrika. Wie sehr Aufnahmeländer von Zuwanderung profitieren können, verdeutlicht die FES in ihrer Publikationsreihe »Migration in Lateinamerika«. Die Studie »Entwicklungsorientierte Flüchtlingsarbeit« nimmt die Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit in den Blick. Nach neuen Perspektiven suchte auch die Berliner Diskussionsveranstaltung »Jenseits von Aktionismus und Abschottung: Migration und Mobilität zwischen Afrika und Europa nachhaltig gestalten«.

In welcher schwierigen Situation sich Europa mit dem Kampf gegen irreguläre Migration und Schlepperbanden begeben hat, thematisiert die internationale Politikanalyse »Warum Europas Konzept der Grenzsicherung gescheitert ist«.

Befähigen, beraten, begleiten: Arbeit mit Geflüchteten und Helfer_innen

Die überwältigende Hilfsbereitschaft der Bevölkerung für die in Deutschland angekommenen Geflüchteten hielt auch 2016 an. Laut einer Studie der Evangelischen Kirche engagieren sich rund zwölf Prozent der Bevölkerung ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe – Tendenz steigend. Entsprechend groß ist der Bedarf an Qualifizierung, Vernetzung und Information, gleichermaßen für freiwillige Helfer_innen wie für Neuan-

kömmlinge aus fremden Kulturkreisen. Alle Landes- und Regionalbüros entwickelten Angebote zu deren Unterstützung.

Die Reihe »Ehrenamt in der Flüchtlingsarbeit stärken« des BayernForums bot Einführungen in den Islam ebenso an wie Argumentationshilfen zum Umgang mit rechten Parolen. Das Argumentationstraining »Refugees Welcome!« in Hessen lieferte Wissen, um Ressentiments Paroli zu bieten. Webinare der OnlineAkademie stärkten engagierte Bürger_innen gegen Anfeindungen von Rechtspopulisten und vermittelten Strategien, wie Konflikte innerhalb ehrenamtlicher Helfergruppen gelöst werden können. Die Akademie für Arbeitnehmer-Weiterbildung bot Hilfen zum

Umgang mit islamskeptischen Meinungen in der ehrenamtlichen Arbeit.

»Ein literarisches Denkmal« habe das Buch »Zwischen Kommen und Bleiben« der Willkommenskultur gesetzt, so schreibt Bundesjustizminister Heiko Maas in seinem Vorwort. Das Buch wurde im Oktober in Berlin vorgestellt. Neben namhaften Autor_innen schreiben darin Geflüchtete selbst über Fluchtmotive, Heimatbegriff und Möglichkeiten gelingender Integration.

»Demokratische Bildung auf Arabisch«: In zahlreichen Bundesländern gab es fast 50 eintägige Seminare, die Migrant_innen das demokratische System in Deutschland näherbringen – in arabischer Sprache, zuletzt auch in Farsi und Englisch.

Miteinander leben: Integrationspolitik in Bund, Ländern und Kommunen

Die Einwanderung vieler Geflüchteter hat die Gesellschaft in Deutschland politisiert und gespalten. Viele Fragen danach, wie eine zügige Integration gelingen kann, sind bislang nur partiell beantwortet. Zugleich gilt es, Chancengleichheit für alle in Deutschland lebenden Menschen zu gewähren.

Bildung ist ein Schlüssel zur Integration, deshalb setzt auch die FES mit Angeboten an Schulen und Hochschulen an. Das Begegnungsprojekt »Ankommen in Vielfalt« trägt mit Methoden der Theaterpädagogik zum gegenseitigen Kennenlernen von Schüler_innen mit und ohne Einwanderungsge-

schichte in Willkommensklassen bei. Gleichzeitig ermöglicht es auf kreative Weise, Vorurteile bei Schüler_innen und Lehrer_innen abzubauen. Chancen und Herausforderungen beim Hochschulzugang für Geflüchtete erörterte im Februar eine Konferenz in Berlin, deren Kernpunkte ein E-Paper zusammenfasst. Konkrete Hilfen beim Hochschulzugang für besonders begabte Geflüchtete entwickelte die Studienförderung: Auswahlverfahren und Betreuungsansatz wurden konzeptionell überarbeitet; der Solidaritätsfonds und der Bildungsgerechtigkeitsfonds unterstützten Geflüchtete, aber auch inklusive Projekte zum Abbau von Bildungsbarrieren für Eingewanderte.

Die neue Reihe »Miteinander in NRW« bot in elf Foren Gelegenheit zum Gedankenaustausch darüber, wie die Integration von Geflüchteten in alle gesellschaftlichen Bereiche gelingen kann. Die Reihe »Ankommen im Alltag« stellte Berliner Kunst- und Kulturprojekte zur Integration vor. Wie ein Miteinander gelingen kann, verdeutlichten auch die Ausstellung »Willkommensgesten« von Berliner Gymnasiast_innen, Kurzfilme und Hörspiele, Performances und ein Konzert des Berliner Begegnungschors. In einer Reihe von Angeboten ging es darum, das Verständnis von Jugendlichen für die Situation der Geflüchteten im Land zu fördern. Das Landesbüro Sachsen organisierte an Schulen Projektstage zu »Asyl und Migration« und zeigte insbesondere in Regionen mit hoher Fremdenfeindlichkeit den Film »Die Kinder von Aleppo«. In der Planspielreihe »Flucht und Asyl« schlüpften Schüler_

innen in die Rolle von Geflüchteten und erlebten virtuell den Weg übers Mittelmeer sowie die Ankunft in Auffanglagern und im deutschen Bürokratiedschungel.

Die Rolle der Medien reflektierten 70 Nachwuchsjournalist_innen in Bonn während der Medien-SommerAkademie mit dem Titel »Nur noch kurz die Welt retten? Der Konstruktive Journalismus und die Flüchtlingsdebatte«. Fremden- und islamfeindliche Programmatik populistischer Parteien analysierte im Mai die Veranstaltung »Sündenböcke gesucht! Flüchtlingszuwanderung und Rechtspopulismus« in Kooperation mit dem gewerkschaftsnahen Verein »Mach meinen Kumpel nicht an!«. Der teils durch fremdenfeindliche Ressentiments geprägten Stimmung in Dresden stellte das FES-Büro gemeinsam mit der Landeshauptstadt öffentliche Foren zu »Grenzen der Meinungsfreiheit« entgegen.

Was können wir von anderen Ländern lernen? Eine Plattform zur Vernetzung bot die Fachtagung »Integration geflüchteter Menschen in den Städten: Ansätze aus Toronto – Hamburg – München« im Juli, die kommunale Integrationsbeauftragte, Stadträte, Flüchtlingsräte und Flüchtlingshelfer_innen zusammenführte. Die teils ernüchternden Integrationserfahrungen klassischer Einwanderungsländer wie Kanada, Schweden und Norwegen thematisierte eine Publikations- und Veranstaltungsreihe. Auch der im Dezember erschienene Film »Erzählungen eines schwedischen Systemkollaps« dokumentiert den Spagat zwischen Anspruch und Wirklichkeit der skandinavischen Integrationspraxis.

Gute Gesellschaft – Soziale Demokratie 2017plus

Manuela Schwesig spricht als Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auf dem FES-Kongress MEHR GLEICHHEIT. (Foto: Danny Prusseit)

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität: Das sind die Grundwerte der Sozialen Demokratie. Doch was ist frei, gerecht, solidarisch? Wie Grundwerte, Grundrechte und eine Gute Gesellschaft zusammenhängen und warum die Vision einer Guten Gesellschaft sowohl Kompass als auch Ressource ist, beantwortet die Publikation »Für ein besseres Morgen: Warum Grundwerte für die Soziale Demokratie unverzichtbar sind!«.

Auf dieser Grundlage startete im Sommer 2014 das Projekt »Gute Gesellschaft – Soziale Demokratie 2017plus« mit dem Ziel, die stiftungsweite Zusammenarbeit zu intensivieren und die Relevanz der politischen Beratung der FES im Inland zu stärken. Diesem Ziel ist die Stiftung seither nähergekommen, unter anderem durch etwa 80 Publikationen in bis zu fünf Sprachen und 100 Veranstaltungen im In- und Ausland.

Im Rahmen des Projekts wurden im Frühjahr 2016 drei Kernbotschaften identifiziert: Ungleichheit nimmt zu; Ungleichheit bremst nachhaltiges Wachstum; ein innovativer, effizienter Wohlfahrtsstaat sichert nachhaltiges Wachstum. Diese Botschaften wurden im politischen Umfeld und der Öffentlichkeit bekannt gemacht und diskutiert.

Mehr Gleichheit: Wirtschaftlich notwendig, sozial gerecht

Im Schwerpunktthema »Ungleichheit und Wachstum« wurden Ursachen und Wirkungen von Ungleichheit beleuchtet und politische Ansätze entwickelt, um das weitere Auseinanderdriften der Gesellschaft zu verhindern. In Publikationen und Veranstaltungen wurde aufgezeigt, dass die soziale Ungleichheit in Deutschland zunimmt, dass sie ein Hindernis für nachhaltiges Wachstum ist und dass die Stärkung des Wohlfahrtsstaates eine richtige Antwort darauf ist. Große mediale Beachtung fand die Studie »Ungleiches Deutschland: Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2015«, die zeigt, dass sich das Land trotz der guten Konjunktur sozial und ökonomisch weiter auseinanderentwickelt. Daher muss die Regionalentwicklung das grundgesetzlich garantierte Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse schärfer im Blick haben.

In der internationalen Forschungsliteratur häufen sich die empirischen Hinweise auf einen negativen Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit und wirtschaftlicher Entwicklung. Soll ein stetiges und nachhaltiges Wirtschaftswachstum erzielt werden, führt kein Weg daran vorbei, die soziale Ungleichheit durch einen innovativen und effizienten Wohlfahrtsstaat zu verringern.

Wie denkt die Bevölkerung darüber? Dazu wurde zunächst eine Literaturstudie vorgelegt, die Erkenntnisse für Schweden, Deutschland und die Niederlande vergleicht. Darauf aufbauend erschienen im Frühjahr die ersten





Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage mit dem Titel »Zukunft des Wohlfahrtsstaates«. 82 Prozent der deutschen Bevölkerung finden demnach, dass die Ungleichheit in Deutschland ein zu hohes Ausmaß angenommen hat; 76 Prozent sind der Meinung, dass diese Ungleichheit dem wirtschaftlichen Wachstum schadet. Darüber hinaus wurde das Thema Ungleichheit auf drei Dialogreisen der FES behandelt. Ziele waren Lateinamerika, das als einzige Weltregion einen Abbau der sozialen Unterschiede erreicht hat, Schweden mit einer entgegengesetzten Entwicklung und Großbritannien, wo mit der Vorverteilungsdebatte ein interessantes Konzept zur Reduzierung von Ungleichheit hervorgebracht wurde. Auf dem Kongress »MEHR GLEICHHEIT. Wirtschaftlich notwendig. Politisch unerlässlich. Sozial gerecht« Ende November in Berlin diskutierten 300 Multiplikator_innen über Handlungsmöglichkeiten. Zu den Impulsgebern gehörte nationale und internationale Prominenz aus Politik und

Wissenschaft wie Sigmar Gabriel, Manuela Schwesig, Marcel Fratzscher und Gesine Schwan. Mit diesem Kongress führte die FES verschiedene Arbeitslinien zum Schwerpunktthema Ungleichheit und Wachstum zusammen und lieferte konzeptionelle Beiträge und konkrete programmatische Ansätze für die Politik.

Mehr Demokratie – Teilhabe für alle

Eine Gute Gesellschaft braucht demokratische Teilhabe. Alle Bürgerinnen und Bürger sollten aktiv an der Entwicklung der Gesellschaft mitwirken. Dafür gilt es Wege zu finden, jeden Einzelnen zu informieren und zu motivieren.

In dem Projekt »Jung, politisch, engagiert!?!« lag das Augenmerk auch 2016 auf dem vielfältigen politischen Engagement von Jugendlichen. Engagement-Biografien und Potenziale junger Menschen zu erfassen, war Ziel eines empirischen Forschungsprojekts, das im Jahr 2015 begonnen wurde und 2016 mit Veranstaltungen in etlichen Städten seinen Höhepunkt fand. Das Ergebnis: Es besteht bei Jugendlichen starkes Interesse an gesellschaftlichen Themen und ihr Engagement ist vielfältig; politisch engagiert im klassischen Sinne sind jedoch nur wenige. Im Kontext der Aufnahme von über einer Million Flüchtlingen seit 2014 ist die Frage nach demokratischer Mitwirkung und Integration aktueller denn je. Stereotype über muslimische Männer und einen frauenfeindlichen Islam sind weit verbreitet. Vor diesem Hintergrund führte die FES eine Veranstaltungsreihe zum Thema »Islamischer Feminismus« durch. Dabei erreichte die FES zum einen die Vernetzung von muslimischen und nichtreligiösen Feministinnen. Zum anderen wurde dem weit verbreiteten Bild eines per se frauenfeindlichen Islam die differenzierte Realität einer auch in Deutschland aktiven muslimischen Frauenrechtsszene entgegengesetzt. Eine Publikation zu islamischem Feminismus in Deutschland erschien im November.

Neues Wachstum: Gestaltende Wirtschafts- und Finanzpolitik

Wie kann eine globale Wirtschaft gestaltet werden, die Wohlstand und soziale Gerechtigkeit bietet, ohne demokratische Rechte einzuschränken? Wie kann die Energiewende gelingen und wie können Klimaziele erreicht werden? Diese Fragen hat die FES in zahlreichen Publikationen und Veranstaltungen erörtert.

Steigende Energiekosten belasten vor allem ärmere Haushalte. Internationale Expert_innen berieten auf einer Konfe-

renz in Berlin über Maßnahmen, um von Energiearmut betroffenen Verbraucher_innen zu helfen. In einem Gutachten wurden zudem Ansätze europäischer Länder miteinander verglichen und Handlungsempfehlungen für die deutsche und europäische Politik abgeleitet.

Durch die Digitalisierung entstehen neue Produktions-, Geschäfts- und Konsumformen. Mit den Auswirkungen auf Unternehmen und Arbeitsplätze, aber auch auf die Verbraucher_innen beschäftigte sich die FES in zahlreichen Formaten, etwa in einem Expert_innengespräch bei der Hannover Messe oder durch Handlungsempfehlungen für mehr Ver-



braucherrechte und einen besseren Verbraucherdatenschutz. Die Auswirkungen digitaler Plattformen wie Uber, Airbnb oder Helping auf Arbeits- und Sozialstandards waren Thema von Veranstaltungen und Gutachten.

Eine gestaltende Finanzpolitik kann nicht nur den Sozialstaat auskömmlich finanzieren, sondern auch Ungleichheit vermindern. FES-Expert_innen aus dem In- und Ausland und Vertreter_innen aus Politik, Verwaltung, Verbänden, Unternehmen und Wissenschaft erarbeiteten in zwei Workshops ein Impulspapier für eine soziale und nachhaltige Finanzpolitik.

Solidarische Arbeitswelt: Gute Arbeit und sozialer Fortschritt

Die Gute Gesellschaft braucht sozialen Ausgleich und eine solidarische Arbeitswelt. Wir müssen heute unsere sozialen Sicherungssysteme auf kommende Entwicklungen einstellen. Und wir müssen der Vielzahl von Lebensentwürfen mit einer modernen Familien- und Bildungspolitik gerecht werden.

Zum Themenschwerpunkt »Zukunft der Pflegepolitik« wurde in München eine Studie zur Entwicklung der Pflegebedürftigkeit und zum Bedarf an Arbeitskräften vorgestellt. Die zentrale Aussage: Bis zum Jahr 2030 fehlen in Deutschland 500.000 Pflegekräfte. Handlungsoptionen auf kommunaler Ebene waren Thema der Fachtagung »Pflege vor Ort – die Wiederbelebung der Kommunen als Ort der Pflegepolitik« in Kassel. Die Bildungspolitik stellt einen weiteren Schwerpunkt dar. Drei Studien widmeten sich den Übergängen zwischen verschiedenen Bildungswegen: eine zur Chancengleichheit auf dem Weg in eine Ausbildung, eine zur Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung und eine über Bildungschancen für Erzieher_innen. Daneben liegt ein Ländervergleich zu »Inklusive Bildung in Schule und Ausbildung« inzwischen vollständig vor. Die 16 Einzelhefte (gedruckt und online verfügbar) zum Stand der Inklusion in den Bundesländern treiben die politische Debatte vor Ort voran.

Eurokrise, Flüchtlingskrise, Brexit: Vor dem Hintergrund der vielfältigen Krisen der Europäischen Union und des Erstarkens populistischer Parteien droht eine unseriöse Europa-Debatte. Daher braucht es gerade jetzt einen ehrlichen, konstruktiven Diskurs über die Frage, was die Europäische Union zusammenhält. Die Stiftung will daher Impulse für eine bürgernahe Europa-Politik geben. Zwei Jahre intensiver Projektarbeit tragen Früchte: Die Europa-Arbeit wird im Bundestag und in der Regierung, in Brüsseler Institutionen und im Europäischen Parlament stärker wahrgenommen. Und es wurden wichtige Instrumente entwickelt, um vor allem jungen Menschen den europäischen Gedanken näherzubringen.

Wie gut die FES aufgestellt ist, zeigte sich rund um das Brexit-Votum. Noch vor der Entscheidung über den britischen EU-Austritt waren die möglichen Konsequenzen ausgelotet worden, etwa in Hamburg mit Niels Annen, MdB, oder in Magdeburg mit dem britischen Botschafter, Sir Sebastian Wood. Nach dem Brexit-Votum war der Beratungsbedarf groß: Neben einem Schwerpunkt im Onlinejournal »Internationale Politik und Gesellschaft« (IPG) gab es Diskussionsforen von Flensburg bis Stuttgart. Bereits am Abend nach der Entscheidung diskutierten in Hannover Birgit Honé, Staatssekretärin für Europa in der Niedersächsischen Staatskanzlei, der Europaabgeordnete Bernd Lange und der Luxemburger Botschafter Georges Santer. In einer Magdeburger Diskussion zogen Nick Leake von der Britischen Botschaft und Ulrike Guérot vom renommierten EU Democracy Lab das gemeinsame Fazit: Das Ergebnis des Referendums ist kein Desaster, sondern eine Herausforderung.

Was Europa zusammenhält: Gemeinsame Arbeit, den Menschen zuhören

Zwei große Projekte bildeten 2016 den Kern der Europa-Arbeit: die Studie »EU vor Bewährungsprobe«, die die Entfremdung der Bürger_innen von der EU aufzeigte, und die groß angelegte Konferenz »Europe calling«.

Die Studie »EU vor Bewährungsprobe – Was erwarten, worum sorgen sich die Bürger?« ermittelte die Europa-Stimmung in acht Ländern. Die wichtigsten Punkte: Erstens haben die Bürger_innen recht klare Vorstellungen davon, wo sie mehr und wo weniger Europa wünschen. Zweitens muss die Europa-Politik besonders jene Themen aufgreifen, bei denen sich Bürger_innen »mehr Europa« wünschen: Besteuerung von Großunternehmen, Sicherheitspolitik und Migration. Es gibt aber auch Themen, mit denen die Europa-Politik sich keinen Gefallen tut: Sozial- und Haushaltspolitik sehen die meisten Befragten beispielsweise als nationale Domäne.

Bei »Europe calling«, einer transnationalen, multimedialen Europa-Konferenz, ging es um die Frage, was Europa zusammenhält. Fünf dezentrale Konferenzteile bauten auf den Vorarbeiten aller Arbeitsbereiche der Stiftung auf und banden die strategischen Themenfelder zusammen: Demokratisches Europa, Wirtschaft und Sozialpolitik, Sicheres Europa sowie zur Migrationspolitik. Zum Finale am 20. Juni in Berlin kamen 700 Teilnehmer_innen, europaweit wurden über 7.000 Nutzer_innen in Livestreams erreicht. Was also hält Europa zusammen? Die Frage beantworteten bei der Berliner Abschluss-



konferenz der damalige EU-Parlamentspräsident Martin Schulz und Pierre Moscovici, EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung: Mit gemeinsamer internationaler Arbeit und einem offenen Ohr für die Sorgen der Menschen könne man die Union zusammenhalten und die schwierige Balance zwischen nationaler und europäischer Politik finden, so ihre optimistische Einschätzung.

Was Sicherheit schafft: Gemeinschaft statt Nationalismus

Wichtigstes Gemeinschaftsthema ist laut Europa-Studie die Sicherheits- und Außenpolitik. Denn in den Augen der Befragten sind die Nationalstaaten diesen Herausforderungen nicht gewachsen. Wie richtig sie damit liegen, zeigte das vergangene Jahr: Der Ring der Freunde und Verbündeten um die EU, den es noch vor wenigen Jahren gab, hat sich in einen »Ring of Fire« verwandelt – Syrien, Ukraine, Nordafrika –, und eine Abkühlung dieses Feuers war 2016 nicht in Sicht. Die Friedrich-Ebert-Stiftung reagiert darauf mit Dialogangeboten und strategischer Politikberatung.

Dazu soll auch das Büro am OSZE-Standort Wien beitragen, indem es Konzepte entwickelt und überregionale Dialoge darüber anstößt, wie Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wieder garantiert werden können. Wie die Europa-Studie zeigte, stehen die Bürger_innen einer erneuten Erweiterung der EU sehr kritisch gegenüber. Soll der Beitrittsprozess weiterer Staaten politisch tragbar und demokratisch legitimiert bleiben, muss Verständnis für die Kandidat_innen erarbeitet werden. Beim sogenannten Berlin-Prozess der Bundesregierung zum Westbalkan war es der Stiftung deshalb ein Anliegen, auch Forderungen aus den Gesellschaften Südosteuropas eine Stimme zu geben. So erarbeiteten auf einem Zivilgesellschafts-Forum in Belgrad über einhundert Teilnehmer_innen Botschaften für mehr Demokratie, Bürgerbeteiligung und soziale Gerechtigkeit, die am Rande des EU-Westbalkan-Treffens in Paris mit hochrangigen EU-Politiker_innen diskutiert wurden.

Mit Politikberatung wollen die Sicherheitsexpert_innen der Stiftung neue Strategien zur Lösung aktueller Konflikte beisteuern, die nicht mehr »klassisch« zwischen zwei Staaten schwelen. Vielmehr sind sie geprägt von »räuberischen sozialen Verhältnissen, in denen Netzwerke von bewaffneten Gruppen extreme Identitäten instrumentalisieren und sich selbst mittels Gewalt bereichern«, so der Bericht für die Außenbeauftragte Federica Mogherini mit dem Titel »From Hybrid Peace to Human Security«. Die FES und ihre Partner

hatten das Papier gemeinsam mit dem ehemaligen NATO-Generalsekretär und Außenbeauftragten Javier Solana erstellt. Die darin formulierten Positionen fanden Eingang in die neue Globale Strategie der EU, die im Juni veröffentlicht wurde.

Was die Wirtschaft stärkt: Konzepte für die Eurozone

Wo, wenn nicht in Griechenland muss man über die (Miss-)Erfolge europäischer Krisenpolitik sprechen. Der renommierte Ökonom, Mark Blyth, und der griechische Finanzminister, Euklid Tsakalotos, diskutierten vor großem Publikum in Athen und empfahlen der Union eine kreative Wirtschafts- und Finanzpolitik, um sie wirtschaftlich wieder zusammenwachsen zu lassen. Tsakalotos sah auch die deutsche Wirtschaftspolitik in der Pflicht, Europa mit höheren Investitionen aus der Krise zu führen. In der Vergangenheit haben große wirtschaftspolitische Projekte wie die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl die europäische Einigung vorangebracht. Welche Projekte können heute einen Integrationsschub auslösen? Zu dieser Fragestellung trägt die FES zwei innovative Projekte bei. Das eine behandelt die Europäische Energieunion (EEU), die auf ihre politische Umsetzbarkeit geprüft und zusammen mit polnischen und französischen Partnern durchdacht wird. Workshops in Bratislava, Berlin, Brüssel und Sofia loteten den Weg zu einer sinnvollen Energieunion weiter aus. Das zweite Projekt beleuchtet mit fünf Länderstudien und einer Vergleichsstudie die digitale Ökonomie. Neben neuen Großprojekten müssen die vorhandenen Strukturen krisenfest gemacht werden. Bei der Arbeit mit Wirtschaftsvertreter_innen stand die europäische Finanz- und Wirtschaftspolitik im Mittelpunkt. Carsten Kühl, ehemaliger Finanzminister von Rheinland-Pfalz, zog in seiner Analyse »Makroökonomische Steuerung in der EU« ein ernüchterndes Resümee: Im Fiskalpakt und in der wirtschaftspolitischen Steuerung fehlt die Möglichkeit, auf die spezifischen Bedingungen in den europäischen Staaten einzugehen. In der Debatte »Der europäische Finanzmarkt – Markt oder Sicherheitszone?« warnte der Chef des Jacques Delors Instituts, Henrik Enderlein: »Ohne weitgehende Reformen übersteht der Euro die nächste Krise nicht – und die nächste Krise kommt bestimmt.« Drei wirtschaftspolitische Analysen thematisieren Problemlagen, die aktuell besonders kontrovers diskutiert werden. Das Papier »Kein Fortschritt beim sozialen Zusammenhalt in Europa« zeigt, dass die zunehmende Einkommens- und Vermögensungleichheit in den

meisten EU-Ländern nicht nur für das Entstehen der Krise in der Eurozone mitverantwortlich ist, sondern auch deren schneller Überwindung im Weg steht. Die Studie »Der verspätete Aktivismus der EZB: Zwischen Hoffnung und Verzweiflung« analysiert die Kritik an der Niedrigzinspolitik und den Staatsanleihenkäufen der Europäischen Zentralbank und kommt zu dem Ergebnis, dass die EZB verspätet, dann aber durchaus problemadäquat gehandelt habe. Die dritte Analyse »Wie weiter mit dem Euro?« lehnt einen flexiblen Euro oder gar seine Abschaffung ab. Sie stellt fest, dass die erhofften positiven Wirkungen einer Rückkehr zu nationalen Währungen deutlich über- und die Kosten eines Auseinanderbrechens des Euroraums völlig unterschätzt werden.

Weitere Publikationen skizzierten neue Ideen für den Euroraum, darunter das Buch »Die Zukunft der Eurozone«. Darin entwickeln Fachleute Reformvorschläge für eine soziale, demokratische und wirtschaftlich erfolgreiche Eurozone, darunter ein Eurozonen-Budget, ein demokratisch kontrollierter EU-Finanzminister und ein europäisches Kurzarbeitergeld.

Was Herz und Verstand anspricht: Europa vermitteln und verändern

Die FES engagiert sich vielfältig für ein demokratisches Europa, indem sie anti-europäischen Parolen begegnet und die Vorteile Europas vermittelt. Daneben denken Expert_innen der FES aber auch darüber nach, wie das komplexe Mehrebenen-System europäischer Politik den neuen Herausforderungen angepasst werden kann.

Wie muss eine erfolgreiche europäische Jugendpolitik aussehen, um der jungen Generation Vertrauen in die Europäische Union zurückzugeben? Unter Anwendung der Methode des Design Thinking haben sich 25 Europäer_innen zwischen 18 und 30 Jahren bei der einwöchigen Herbstakademie mit den Feldern Bildung, Arbeitsmarkt und Rechtspopulismus beschäftigt. Mit jungen Leuten arbeitet die FES vor allem an Schulen, mit Planspielen und im Internet, um ihnen



Europa zu vermitteln. Im Rahmen der Jugend-Projektreihe »Die EU und Du« fanden in fast 50 Schulen in Sachsen interaktive Projektstage zur europäischen Idee statt. Bei den Europa-Planspielen schlüpfen Jugendliche in die Rollen politischer Akteur_innen und entwickeln so ein Verständnis für die Komplexität politischer Entscheidungen und die Notwendigkeit von Kompromissen. Im Jahr 2016 erreichte die FES allein in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Bayern und Baden-Württemberg mit 26 europapolitischen Planspielen rund 800 Schüler_innen. Mit dem IPG-Journal erreicht die Friedrich-Ebert-Stiftung monatlich rund 130.000 Leser_innen und setzt so Impulse für die kritische Auseinandersetzung mit Europa. Darin publizierten auch 2016 Autor_innen wie der damalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier, die Generalsekretärin des Europäischen Auswärtigen Dienstes, Helga Schmid, oder der ehemalige britische Premierminister Gordon Brown.

Doch eine bessere Vermittlung des Europagedankens allein reicht nicht aus. 70 Prozent der Befragten der Europa-Studie wünschen sich substantielle Veränderungen. Radikales Umdenken hin zu einer demokratischen, post-nationalen europäischen Gesellschaft schlägt Ulrike Guérot in ihrem Buch »Warum Europa eine Republik werden muss!« vor, das sie im FES-eigenen Dietz-Verlag veröffentlichte.

Die Welt wird immer unfriedlicher – so scheint es zumindest. Doch es gibt auch positive Entwicklungen, die es zu unterstützen gilt, etwa die Friedensprozesse in Myanmar oder Kolumbien. Um die Aussöhnungsbemühungen in Myanmar zu unterstützen, wurden friedenspolitische Berater_innen von Aung San Suu Kyi sowie Vertreter_innen bewaffneter Gruppen eingeladen, das deutsche föderale System vor Ort kennenzulernen. Denn als einer von wenigen internationalen Akteuren macht sich die FES für einen politischen Ansatz zur Reform von Sicherheitssektoren (Polizei, Justiz, Geheimdienste, Militär) stark.

Konflikte schlichten: Strategien für Frieden und Sicherheit

Mit ihrem Menschenrechtspreis lenkte die Stiftung die Aufmerksamkeit auf den fragilen Friedensprozess in Kolumbien: Geehrt wurde das feministische Netzwerk Ruta Pacífica de las Mujeres, das sich dafür einsetzte, Frauen an den Friedensverhandlungen aktiv zu beteiligen. Hoffnungsvolle Entwicklungen gab es auch bei der Abrüstung. Bei einem Kongress in Berlin mit Friedensaktivist_innen aus der ganzen Welt fanden die Veranstaltungen zu Konversionsprojekten in der Rüstungsindustrie und zum Waffenhandelsvertrag (ATT) große Beachtung. Mit einer Arbeitsgruppe in Costa Rica unterstützt die FES die Bemühungen für Sicherheit in Mittelamerika.

Große Sorgen bereitet der Mittlere Osten, wo der Hegemonialkonflikt zwischen Iran und Saudi-Arabien dem Frieden im Weg steht. Die FES hat deshalb den iranisch-saudischen Dialog initiiert, der im Mai in Potsdam zum zweiten Mal stattfand. Die Tiergartenkonferenz als zentrale außen- und sicherheitspolitische Tagung der FES beschäftigte sich 2016 mit Chancen und Grenzen der Diplomatie im östlichen Europa und im Nahen Osten. Nach einer Grundsatzrede des damaligen Bundesaußenministers Frank-Walter Steinmeier diskutierten 700 Gäste unter anderem über eine mögliche Annäherung zwischen Russland und den USA im Syrienkonflikt. Neben öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen braucht es Formate für vertrauliche Gespräche. Deshalb wurde der Gesprächskreis Außen- und Sicherheitspolitik ins Le-



Im Rahmen seines Besuchs in Buenos Aires nahm der damalige Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel die Gelegenheit wahr, sich in der Vertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Vorständen der argentinischen Gewerkschaftsdachverbände zu treffen.
(Foto: educastream.com)



ben gerufen, in dem sich Entscheidungsträger_innen und Expert_innen beispielsweise über Fragen der Cyber-Sicherheit austauschen können.

Auch in Afrika kommt es immer wieder zu kriegerischen Auseinandersetzungen. In Kooperation mit dem »Stockholm International Peace Research Institute« (SIPRI) fand ein gemeinsamer Workshop statt, der sich der Weiterentwicklung der Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur besonders in Mali und im Südsudan widmete.

Global denken und handeln: Beiträge zu nachhaltiger Entwicklung

Die Ausgestaltung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung nahm 2016 Fahrt auf. Mit der »Reflection Group on the 2030 Agenda for Sustainable Development«, einer Gruppe internationaler NGOs, begleitet die FES die Umsetzung der Agenda kritisch. 2016 hat die Gruppe ihren ersten »Spotlight Report« veröffentlicht, der die Verpflichtungen der reichen Staaten in den Mittelpunkt rückte. Nach dem historischen Klimaabkommen von Paris war die »Action COP« in Marokko im November 2016 die erste große Konferenz, in der über die konkrete Umsetzung gesprochen wurde. Auf Einladung der FES diskutierten Gewerkschaftsvertreter_innen aus dem Globalen Süden in einem Side Event Strategien eines gerechten Übergangs für alle Beschäftigten zu emissionsarmen Wirtschaftsweisen. Die Region Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika (MONA) verursacht kaum Kohlendioxid-Emissionen. Doch die Folgen des Klimawandels wie Was-

serknappheit und Dürren treffen diese Region heftig. Um die Debatte über Klimaschutz zu fördern, unterstützt die FES das regionale Netzwerk klimapolitischer NGOs »Climate Action Network Arab World«. Bereits ein Jahr nach der Gründung hat das Netzwerk über 100 Mitgliedsorganisationen und ist zur wichtigsten zivilgesellschaftlichen Stimme in Klimafragen aus dem arabischen Raum avanciert.

In China setzt der wachsende Unmut der Mittelschichten über katastrophale Smog-Werte und andere Umweltlasten die politische Führung unter Druck. Um die Frage, wie die Politik einen sozial-ökologischen Wandel gestalten kann, ging es beim Deutsch-Chinesischen

Nachhaltigkeitsdialog, der in Kooperation mit der FES 2016 in Peking, Shanghai und der Inneren Mongolei stattfand. Städte lebenswert zu gestalten, ist nicht nur im bevölkerungsreichen China eine herausragende Zukunftsaufgabe. Auch in der Region des Mittleren Ostens werden Konzepte entwickelt, wie Städte zum Klimaschutz beitragen können. Im marokkanischen Salé, einer der größten Städte des Landes, gelang es, ein »observatoire urbain et social« einzurichten, mit dessen Hilfe die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger_innen verbessert werden sollen.

Wie leicht es für multinationale Unternehmen ist, Geld in Briefkastenfirmen zu verstecken, haben die »Panama Papers« gezeigt. Die Länder des globalen Südens sind von den illegalen Praktiken besonders betroffen. Deshalb unterstützte die FES die Unabhängige Kommission zur Reform der Internationalen Konzernbesteuerung (ICRICT) dabei, ihre Ergebnisse in die Verhandlungen bei der EU und den Vereinten Nationen einzuspeisen. Zusammen mit der globalen Gewerkschaftsföderation der öffentlichen Dienste PSI werden darüber hinaus Steuerrechtsreformen in Afrika und Lateinamerika angestoßen.

Für die Entwicklung eines Landes sind die sozialen Sicherungssysteme ein wichtiger Indikator. Die Empfehlung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) 202 zu sozialen Basisschutzsystemen ist ein Meilenstein für den Ausbau sozialer Sicherung weltweit. Um diesen Prozess zu unterstützen, haben Wissenschaftler_innen der »Graduate School of Governance« in Maastricht gemeinsam mit der FES den »Social Protection Floor Index« (SPFI) entwickelt. Er soll helfen, So-

zialversicherungssysteme zu analysieren und Projekte für einen Basisschutz zu entwickeln. Die FES unterstützt darüber hinaus zivilgesellschaftliche Akteure in 13 Ländern, ihre Positionen zum Basisschutz zu formulieren.

Gut vertreten: Unterstützung für Gewerkschaften weltweit

Die Stärkung von Gewerkschaften, der Einsatz für menschenwürdige Arbeit und soziale Mindeststandards gehören weltweit zu den Kernaufgaben der FES. Die Stiftung unterstützt die Gewerkschaftspartner dabei, Erfahrungen auszutauschen, ihre Positionen zu formulieren und politisch durchzusetzen.

In Subsahara-Afrika entstehen viele neue Arbeitsplätze im Einzelhandel, die jedoch zum großen Teil prekär sind. Die FES bildet dort Betriebsräte aus und unterstützt sie durch ein Netzwerk, das soziale Mindeststandards über internationale Rahmenabkommen fordert. In Ghana, Côte d'Ivoire und Kamerun haben die unterstützten Gewerkschaftsplattformen dazu beigetragen, Arbeiter_innen aus dem Bananenexportsektor über ihre Rechte zu informieren. In der Region des Mittleren und Nahen Ostens hat das Regionale Gewerkschaftsprogramm der FES gemeinsam mit der »International Domestic Workers Federation« eine Strategie zum besseren Schutz von Hausangestellten erarbeitet.

Um Erfahrungsaustausch geht es bei dem neuen europäisch-israelischen Gewerkschaftsforum. Es soll die Kompetenzen der israelischen Gewerkschaft Histadrut im Bereich Sozial- und Beschäftigungspolitik stärken. Unter Federführung des Auswärtigen Amtes wird seit 2015 der Nationale

Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte verhandelt. Die FES begleitet diesen Prozess intensiv, indem sie ihre Expertise und ihre guten Beziehungen zu Gewerkschaften und zur Zivilgesellschaft einbringt und Hintergrundgespräche organisiert. Hinzu kamen öffentlichkeitswirksame Podiumsdiskussionen, etwa mit pakistanischen Textilarbeiterinnen, die den Discounter KiK vor dem Landgericht Dortmund auf Schadensersatz verklagen. Hintergrund ist der verheerende Brand in einer pakistanischen Textilfabrik im Jahr 2012.

Ein Jahr nach der Einführung des Mindestlohnes in Deutschland analysierten deutsche und europäische Expert_innen in einer Kooperationsveranstaltung mit ver.di und der Hans-Böckler-Stiftung dessen Auswirkungen. Die Teilnahme von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles und des ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske unterstrich die Relevanz der deutschen Entscheidung auch für die anderen EU-Länder. Seit vier Jahren wird die ILO von einer Debatte über das Streikrecht erschüttert: Die Arbeitgeber bestreiten, dass sich aus der Kernarbeitsnorm zur Vereinigungsfreiheit auch das Streikrecht ableiten lässt. Aus diesem Grund hat das Globale Gewerkschaftsprojekt der FES weltweit die Umsetzung des Streikrechts ermitteln lassen. Die Ergebnisse sind eindeutig: 68 von 70 untersuchten Ländern schränken das Streikrecht unzulässig ein. Die Themen globale Ungerechtigkeit und Armut, Arbeitnehmerrechte, Finanzmärkte, Umweltpolitik und Migration wurden von der Akademie für Soziale Demokratie in ihrem siebten Lesebuch aufbereitet. Unter dem Titel »Globalisierung und Soziale Demokratie« behandelt es Geschichte und Theorien der Globalisierung und nimmt Akteur_innen und Interessen in den Blick.

Ziel des Wirtschaftens ist es, den Wohlstand und die Lebensqualität aller Menschen zu erhöhen. Bund, Länder und Gemeinden sind in einer Marktwirtschaft wichtige Akteure, die im Zusammenspiel mit den Unternehmen zu einer ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltigen Entwicklung beitragen. Die Friedrich-Ebert-Stiftung berät sie mit Expertise und Handlungsempfehlungen, wie sie ihrer Verantwortung gerecht werden können.

Wohlstand für alle: Konzepte für Wirtschaft und Finanzen

Die Bundesregierung freut sich über die »schwarze Null« im Haushalt – aber ist das schon nachhaltige Finanzpolitik? Ein »WISO Diskurs« mit dem Titel »Was kann die Finanzpolitik? Erfahrungen, Perspektiven und Handlungsspielräume« kommt zu dem Ergebnis, dass ein Staatshaushalt ohne Neuverschuldung noch keine nachhaltige Finanzpolitik darstellt. Stattdessen müsse erheblich in öffentliche Infrastruktur und Dienstleistungen investiert werden. Außerdem gelte es, die Finanzen der Länder und Gemeinden durch Reformen des Länderfinanzausgleichs und des kommunalen Steuersystems zu stärken.

Eines der großen wirtschaftspolitischen Themen ist die Energiewende. Wie sie gestaltet werden muss, um die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu erhalten, diskutierte der Managerkreis in Essen mit Wirtschaftsvertreter_innen. Die FES hat auch Verbraucher- und Arbeitnehmerinteressen im Blick. Defizite beim Verbraucherschutz, vor allem beim Datenschutz im Internet sowie bei Telekommunikation und Finanzdienstleistungen, zeigte eine Umfrage im Auftrag der Stiftung auf. Die Digitalisierung gewinnt gleichzeitig für mittelständische Unternehmen an wirtschaftlicher Bedeutung. In einer Gesprächsreihe von Expert_innen aus Wirtschaft und Gewerkschaften wurden Potenziale und Risiken digitaler Plattformen für den Mittelstand erörtert sowie Handlungsbedarf identifiziert. Die Digitalisierung verändert auch den Verkehr. Über die Mobilität der Zukunft debattierte in Berlin der Managerkreis mit Gästen aus der Verkehrswirtschaft.

Gute Arbeit: Mit den Gewerkschaften Hand in Hand

Trotz des hohen Beschäftigungsniveaus in Deutschland steht der Arbeitsmarkt vor großen Herausforderungen.

Ziele der Sozialen Demokratie sind gerechte Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen für die unteren Einkommensschichten sowie die soziale Gestaltung des digitalen Wandels. Die FES organisiert Dialog und Beratung zu diesen Themen in enger Kooperation mit gewerkschaftlichen Partner_innen.

In der Diskussion über die Digitalisierung kommen die Interessen der Arbeitnehmer_innen häufig zu kurz. Eine Publikation, die in Zusammenarbeit mit der Hans-Böckler-Stiftung entstanden ist, bringt Gestaltungsansätze ein. Sie zeigt Möglichkeiten auf, flexible Arbeitszeiten so zu regeln, dass die Interessen sowohl der Unternehmen als auch der Beschäftigten berücksichtigt werden.

Gute Weiterbildungsangebote und eine bessere Mitbestimmung können Beschäftigte stärken, deren Arbeitsplätze in der Produktion durch den digitalen Wandel bedroht sind. Zu diesem Schluss kommen Veröffentlichungen von Hartmut Hirsch-Kreinsen (Universität Dortmund) und Katharina Dengler (IAB Nürnberg). Wie viele der einfachen Jobs wegfallen, hängt demnach stark von der Qualifikation der Beschäftigten ab.

Die Geschlechterperspektive blieb in der Diskussion über die Veränderung der Arbeitswelt bislang weitgehend unberücksichtigt. Das änderte die dritte Berliner Gender Studies Tagung in Kooperation mit dem DIW Berlin. Unter dem Titel »Arbeit 4.0 – Blind Spot Gender« diskutierten über 400 Teilnehmer_innen mit der damaligen Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig und DIW-Chef Marcel Fratzscher über Gleichstellung und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Die Arbeit in der Lebensmittelbranche ist geprägt von Niedriglöhnen, fehlender Mitbestimmung und extremem Druck. Eine Fachtagung befasste sich mit der Frage, wie eine progressive Verbraucherpolitik zu sozial gerechten Arbeits- und Produktionsbedingungen in dieser Branche bei-



tragen kann. Um bessere Arbeitsbedingungen in Sozialberufen ging es bei einer Veranstaltung des Gesprächskreises Sozialpolitik, bei der eine neue Studie über Arbeitsbeziehungen in der Care-Arbeit vorgestellt wurde. Das Gesetz zur Unternehmensmitbestimmung feierte sein 40-jähriges Bestehen und war zentrales gewerkschaftliches Thema. In mehreren Publikationen setzte sich die FES kritisch mit problematischen Entwicklungen in der Mitbestimmungspraxis auseinander, die sich durch die Rechtsetzung der EU ergeben haben.

Mehr Gleichheit: Ideen für sozialen Fortschritt

Die zunehmende soziale Ungleichheit in Deutschland birgt gesellschaftliche Brisanz. Daraus ergibt sich dringender Handlungsbedarf für die Sozialpolitik, von der Vermögensverteilung über Renten- und Pflegeversicherung bis hin zur Daseinsvorsorge. Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist in all diesen Feldern aktiv.

So richtet das neu konzipierte Thüringer Forum Soziale Gerechtigkeit den Fokus auf die zunehmende Ungleichheit in Deutschland. Bei der Erfurter Auftaktveranstaltung sprach Franz Müntefering über die gemeinsame Geschichte von Demokratie und solidarischem Sozialstaat und skizzierte den damit verbundenen politischen Gestaltungsauftrag.

Im Oktober kamen rund 150 Personen nach Mayen, um mit Bundesministerin Andrea Nahles und dem Rentenexperten Gerhard Bäcker über Vermeidung von Altersarmut und eine nachhaltige Rentenpolitik zu diskutieren. Auch der Gesprächskreis Sozialpolitik bearbeitete das Thema Alterssicherung. Vor dem Hintergrund des neuen Rennekonzepts der Bundesregierung wurden zahlreiche Reformoptionen debattiert. Im September erschien die Studie »Überhöhte Erwartungen« über die Leistungsfähigkeit kapitalgedeckter Systeme der Alterssicherung.

Die Pflegepolitik war 2016 von der Diskussion um das Pflegestärkungsgesetz (PSG) III geprägt, das unter anderem die Rolle der Kommunen regelt. Im Kern geht es um die bessere Koordinierung von Leistungen, eine passgenaue Versorgung der Pflegebedürftigen und

eine gute Beratung der Angehörigen. Der Gesprächskreis Sozialpolitik bereicherte die Debatte mit Studien und Fachgesprächen etwa zu Pflegestützpunkten oder zur Pflege in Sozialräumen. Auch bei der Daseinsvorsorge sind die Kommunen in der Pflicht, was viele finanziell überfordert. Aus diesem Anlass haben die Autor_innen Claudia Neu, Jens Kersten und Berthold Vogel ihre Idee einer »Gemeinschaftsaufgabe Daseinsvorsorge« zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse weiterentwickelt. Die aktuelle Studie »Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern« wurde in acht regionalen Veranstaltungen zur Diskussion gestellt. Die Erkenntnisse wurden der gleichnamigen Enquête-Kommission des Bayerischen Landtages vorgelegt.

Mehr Gerechtigkeit: Frauen und Männer in Beruf und Familie

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein Feld, das die FES kontinuierlich bearbeitet. Ungleiche Bezahlung für gleiche Arbeit, eingeschränkte Zugänge für Frauen in Führungspositionen, sexuelle Gewalt – es gibt nach wie vor viel zu tun.

»Was junge Frauen wollen« fragte eine Studie des Forums Politik und Gesellschaft. Der Soziologe Carsten Wippermann gibt darin einen differenzierten Einblick in die Lebenswelten



von Frauen aller Milieus und macht deutlich: Junge Frauen wollen Lohngerechtigkeit, Gleichstellung im Berufsleben sowie eine bessere, kostenlose Kinderbetreuung. Über diese Wünsche tauschten sich rund 350 Teilnehmer_innen beim innovativen Veranstaltungsformat »Barcamp Frauen« in Berlin aus.

Die Veranstaltung zum Internationalen Frauentag zielte in 2016 darauf, die Debatte nach den sexuellen Übergriffen auf Frauen in der Silvesternacht zu versachlichen. In vier Städten diskutierten Feministinnen mit Wissenschaftler_innen über Feminismus und Islam sowie über Geschlechtergerechtigkeit in der Einwanderungsgesellschaft. Weltweit hat sich die gesellschaftliche Teilhabe von Frauen in den vergangenen Jahrzehnten erheblich verbessert. Zugleich sind neo-konservative Gegenreaktionen und die Zersplitterung feministischer Bewegungen zu beobachten. Die FES rückt deshalb den politischen Feminismus in den Mittelpunkt ihrer internationalen Arbeit. Auf Konferenzen in Maputo, Bangkok und Berlin wurden feministische Alternativen zum Neoliberalismus und zur Gestaltung der Arbeitswelt erörtert.

Zukunftsthemen: Potenziale für Bildung und Forschung

Die Defizite Deutschlands in der Bildungspolitik sind vielfach belegt. Es hapert vor allem an der Umsetzung vorliegender Konzepte, von der Kleinkindbetreuung über die Schule bis hin zur Hochschule.

Das Netzwerk Bildung setzt sich für ein leistungsstarkes, durchlässiges und sozial gerechtes Bildungssystem ein. Dazu gehören inklusive Ganztagschulen, die zu allen Abschlüssen führen. Die Publikation »Demografie und Schule« zeigt, dass Gemeinschafts- und Ganztagschulen auch aus demografischen Gründen geboten sind. Zudem präsentierte das Netzwerk die Publikation »Soziale Herkunft« und das Lesebuch »Gerechtigkeit fängt bei der Bildung an« und trug damit zur Debatte über Bildungsgerechtigkeit und zur sozialdemokratischen Positionierung bei. Die Fachkonferenz »Flucht und Schule« informierte über Erfahrungen mit Willkommensklassen und gab Empfehlungen für die Übergänge. Während einer öffentlichen Konferenz wurde ein schulisches Integrationskonzept entwickelt.

Rechtsextremismus und Rechtspopulismus gefährden unser demokratisches Gemeinwesen, das auf Gleichwertigkeit und Menschenrechten beruht. Die Arbeit gegen antidemokratische, fremdenfeindliche, rassistische und antisemitische Einstellungen ist daher ein Schwerpunkt der politischen Bildung und Beratung der Friedrich-Ebert-Stiftung. Unter dem Titel »Gesplante Mitte – Feindselige Zustände« erschien im November die neue »Mitte-Studie« in Zusammenarbeit mit der Universität Bielefeld. Sie dokumentiert alarmierende Befunde zur Entwicklung rechtsextremer Einstellungen und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Deutschland.

Rechtsextremismus bekämpfen, Rechtspopulisten Paroli bieten

Für Lehrer_innen hat das Forum Berlin eine Workshop-Reihe zu »Handlungssicherheit im Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in der Schule« entwickelt. Zur Prävention rechtsextremer Einstellungen wurde die Wanderausstellung »Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen« erneut in vielen Bundesländern gezeigt, überwiegend in Verbindung mit Projekttagen an Schulen. Dabei werden Jugendliche zu Ausstellungsbegleiter_innen ausgebildet und erläutern anschließend ihren Mitschüler_innen die Ausstellung.

Das Erstarken rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen war für die Akademie Management und Politik Ausgangspunkt ihres Fokus-Themas »Populisten Paroli bieten! – Aktiv für Demokratie und Toleranz«. Im Netz wurden dazu Expert_inneninterviews, praktische Arbeitshilfen und eine Linksammlung präsentiert. In Hessen wirken die Verbrechen des NSU durch den Mord an dem Kasseler Halit Yozgat bis heute nach. Der Journalist Stefan Aust und die Obfrau des ersten NSU-Untersuchungsausschusses im Bundestag, Eva Högl, suchten dort im Rahmen einer Dialogveranstaltung gemeinsam nach Antworten, wie das verlorene Vertrauen in das staatliche Gewaltmonopol zurückgewonnen werden kann.

Demokratie fördern, Beteiligung erleichtern

Die zunehmende Distanz und Skepsis gegenüber der Politik sowie die Erfolge rechtspopulistischer Parteien deuten darauf hin, dass Vertrauen in die Politik und die Demokratie schwindet. Doch gibt es eine echte Demokratiekrise? Ein Gradmesser für eine lebendige Demokratie ist die Wahlbeteiligung. 2016 ist sie zwar gestiegen, aber in der Tendenz über

die letzten Jahre hinweg gesunken. Hintergründe, Ursachen und Folgen analysierte auf Anregung der Generalsekretär_innen aller im Bundestag vertretenen Parteien die im Vorjahr gestartete stiftungsübergreifende Initiative »Demokratie wähle ich kreuzweise«. Die Aktivitäten reichten von der Konferenz »Demokratie braucht Wählerinnen und Wähler« und der Fachtagung zu politischen Präferenzen, Charakteristika und Einstellungsmustern von Nichtwähler_innen über Studien und Gutachten bis hin zu neuen Dialogformaten.

Sinkende Wahlbeteiligung und die Zukunft der Parteidemokratie waren auch Themen der neuen Veranstaltungsreihe »Demokratielunch« in Wiesbaden. Dabei diskutierten unter anderem der hessische SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel, der Journalist Nils Minkmar, Ministerpräsidentin Malu Dreyer oder NDR-Moderatorin Anja Reschke auch über den Einfluss von Lobbygruppen, Demoskopie und veränderter Mediennutzung auf unsere Demokratie. Mit vielerlei Kompetenztrainings tragen die FES-Landesbüros dazu bei, Menschen zum politischen und ehrenamtlichen Engagement zu befähigen. Erstmals wurde 2016 im Rahmen der KommunalAkademie Baden-Württemberg ein Seminarprogramm für Integrations- und Migrationsbeiräte angeboten. In dreitägigen Modulen wurden die Grundlagen der Arbeit im Gemeinderat sowie der kommunalen Aufgaben vermittelt. In NRW qualifizierten sich kommunalpolitisch Aktive in der Seminarreihe »KommunalAkademie kompakt« zu Haushaltssteuerung, Projektmanagement, Bürgermitwirkung und Öffentlichkeitsarbeit. Auch das Hamburger Julius-Leber-Forum hatte einen Werkzeugkasten für politisches Engagement im Programm. Speziell für politisch engagierte Frauen gab es in Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Brandenburg Rhetorik- und Argumentationstrainings.

Die ehemaligen Stipendiat_innen der FES sind zu über 70 Prozent gesellschaftspolitisch oder sozial aktiv. Auch die Arbeit der Stiftung stützt sich auf ihr Engagement: Ein Vier-

tel der Ehemaligen unterstützt die politische Bildungsarbeit und Politikberatung als Vertrauensdozent_innen, Seminarleiter_innen oder Expert_innen.

Demokratische Werte weltweit stärken

In Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten entscheidet vor allem das Engagement junger Menschen über die Zukunft der Demokratie. Seit 2008 führt die Friedrich-Ebert-Stiftung deshalb »Young Leaders«-Programme« in zehn Ländern durch, seit 2016 auch im Jemen; dort bewarben sich trotz des Krieges 500 junge Menschen für die Fortbildung. Im Libanon wendet sich das Programm an junge Syrer_innen in der Diaspora. In Afrika haben die Nachwuchsprogramme zum Ziel, sozialdemokratische Werte in der jungen Generation zu verankern. In einigen Ländern haben ehemalige Kursteilnehmer_innen bereits Alumni-Vereine gegründet. 2016 fand in Tansania erstmals eine »African Youth Conference« statt, auf der junge Menschen über Ungleichheit und Ungerechtigkeit diskutierten. Junge russische und deutsche Multiplikator_innen befassen sich im Rahmen des »Egon Bahr Fellowship«-Programms wechselweise in Russland und in Deutschland mit Themen der deutsch-russischen Beziehungen und tauschen sich darüber mit Politiker_innen und Wissenschaftler_innen beider Länder aus. 2016 ist bereits der fünfte Jahrgang zusammengekommen. Auch die Förderung qualifizierter ausländischer Studierender wirkt durch den globalen

Bildungs- und Wissenstransfer demokratiefördernd. Dazu trugen Angebote der Studienförderung bei. So hatten internationale und deutsche Stipendiat_innen in Berlin die Chance, während eines Seminars mit Gerhard Schröder Einordnungen der Rolle des Kanzlers in der deutschen Demokratie zu erhalten. Eine Fachkonferenz in Seoul ging der Frage nach, ob es in Asien generell eine Tendenz zum Neo-Autoritarismus gibt. Die Expert_innen aus knapp 20 Ländern stellten in vielen Staaten eine Rückentwicklung der Demokratie fest. Die Stärkung von Demokratie und Pluralismus steht auch in Israel auf der Agenda. Um dem wachsenden Nationalismus zu begegnen, organisiert die Stiftung gezielt Seminare für die traditionell konservativen religiös-orthodoxen Juden, um sie mit Konzepten linker Politik sowie mit demokratischen Führungskompetenzen vertraut zu machen.

Um Jugend und Demokratie ging es bei einer FES-Veranstaltung mit dem damaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck im Juli in Uruguay. Dass dort trotz sichtbarer Fortschritte vor allem die vielen Missstände offen angesprochen werden konnten, sei Ausdruck der Reife der Demokratie, lobte Gauck.

Journalismus und Medien wertschätzen

Angesichts des wachsenden Populismus, rauer Diskussionen im Netz und anhaltender Vorwürfe gegenüber den Medien war 2016 ein Jahr (selbst-)reflexiver medien- und netzpolitischer Debatten. Gegenstrategien wurden vielfach erörtert, etwa bei der Kölner Veranstaltung »Klartext – welche Debattenkultur braucht Demokratie?« oder auf der Berliner Fachtagung »Volkes Stimmen – Bürgermedien & Rechtspopulismus« in Kooperation mit dem Bundesverband Bürger- und Ausbildungsmedien. Hass-Kommentare und persönliche Angriffe auf Journalist_innen überlagern häufig das partizipatorische Potenzial des Internets. Vor diesem Hintergrund problematisierte der Medienforscher Andreas Vogel in der Publikation »Wort-Gewalt« den Umgang mit Nutzer_innen-Beiträgen in Online-Angeboten von Printverlagen. Die Arbeitseinheit Medienpolitik veröffentlichte eine Studie über die kommunikative Macht z.B. von Google und Facebook. Der Wert von unabhängigem Journalismus ist in der Um-



bruchphase der Digitalisierung Dauerthema. Innovative Ansätze wurden in der Reihe »denkraum_medien« erörtert. In Leipzig thematisierte der Mitteldeutsche MedienDialog nach der Veröffentlichung der »Panama Papers« in einer Diskussion mit dem WDR-Fernsehdirektor Jörg Schönenborn, dem ZEIT-Redakteur Stefan Schirmer und dem DJV-Vorsitzenden Frank Überall die »Zukunft des Enthüllungsjournalismus«.

Bei der Integration Geflüchteter spielen die Medien eine herausragende Rolle. Sie sollen Orientierung bieten und die Meinungsbildung im demokratischen Prozess ermöglichen. Die bundesweite Fachtagung »medien.vielfalt.integration« des Fritz-Erler-Forums in Stuttgart widmete sich der Frage, welche Ansätze sich bei der Gestaltung von Service- und Programmangeboten zum Thema Integration bewährt haben.

Sozialdemokratie für Europa ins Gespräch bringen

Wie können sozialdemokratische Ideen dazu beitragen, die europäische Existenzkrise zu überwinden? Die Friedrich-Ebert-Stiftung bringt Sozialdemokrat_innen grenzübergreifend ins Gespräch. Um Migrationspolitik ging es bei einem Dialogprogramm für deutsche und tschechische Parlamentarier_innen in Prag, an dem auch der ehemalige EU-Kommissar und Ministerpräsident Vladimír Špidla teilnahm.

In Polen wurde als Reaktion auf die Parlamentswahlen die Gründung einer Plattform unterstützt, um die Zusammenarbeit progressiver Nichtregierungsorganisationen zu erleichtern. Im Juni fand das erste »Progressive Forum« mit über 100 Vertreter_innen von NGOs und Verbänden statt.

Zudem beobachtet der »Monitor Soziale Demokratie« aktuelle Entwicklungen in Europa. Bereits seit einigen Jahren diskutieren Entscheidungsträger_innen und Wissenschaftler_innen aus dem europäischen Mitte-Links-Spektrum auf Einladung der FES die Idee einer Guten Gesellschaft. Im Fokus Debatte mit Bundesministerin Andrea Nahles stand 2016 die Frage eines sozialdemokratischen Identitätsbegriffs.

Auch die Studienförderung legt Wert auf grenzüberschreitende Vernetzung und unterstützt ehemalige Stipendiat_innen bei entsprechenden Aktivitäten. Herausragend war in diesem Jahr ein Treffen türkischer und griechischer Ehemaliger in Athen, die gemeinsam über die Flüchtlingssituation in der Ägäis und die damit verbundenen Herausforderungen für Europa diskutierten.

Erinnern, mahnen und gedenken

Die Themen Flucht und Migration beschäftigten die Friedrich-Ebert-Stiftung auch aus historischer Perspektive. Eine Veranstaltung in Hessen spannte den Bogen über verschiedene Migrationsbewegungen der letzten Jahrhunderte. Ein Podiumsgespräch mit Menschen, die als Kinder in den letzten 30 Jahren nach Deutschland gekommen sind, wurde begleitet durch Theaterimpulse und die neue FES-Ausstellung »Ankommen in Deutschland – unterwegs, ankommen, bleiben«.

Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus bleibt ein zentrales Thema. Das Julius-Leber-Forum organisierte in Kooperation mit der Hamburger Gedenkstätte Neuenhagen ein Zeitzeugengespräch mit Auschwitz-Überlebenden. Ein Vortrag im Medizinhistorischen Museum Hamburg problematisierte die Rolle der Medizin im Nationalsozialismus. An drei Karlsruher Schulen berichtete der 85-jährige Naftali Fürst über das Grauen, das er als Kind im Konzentrationslager Auschwitz und beim Todesmarsch ins KZ Buchenwald erlebt hat. Die Gespräche wurden von einem Filmteam aus Schüler_innen begleitet, die im Auftrag des Fritz-Erler-Forums eine Dokumentation erstellten.

Im Rahmen der Doktorand_innen-Reihe zur Europäischen Erinnerungskultur führen die Promotionsförderung und die Bibliotheksleitung ein Projekt zur Erinnerung an den Holocaust in Griechenland durch. Die Nationalsozialisten löschten dort fast 90 Prozent der jüdischen Bevölkerung aus, was in der deutschen Historiografie bisher wenig Beachtung findet. Im Mittelpunkt des Projekts steht das Buch der preisgekrönten griechischen Historikerin Rena Molho »Der Holocaust der griechischen Juden. Studien zur Geschichte der Erinnerung«.

In Moskau erarbeitete die FES eine Ausstellung, die zeigt, wie unterschiedlich der Zweite Weltkrieg in modernen Oberstufen-Schulbüchern aus der Tschechischen Republik, Deutschland, Italien, Litauen, Polen und Russland dargestellt wird.

Das Projekt »Netzwerk demokratische Geschichte« beschäftigt sich mit der Gründung der ersten deutschen Demokratie 1918/19. Dabei soll nicht lediglich das Scheitern der Weimarer Republik betrachtet werden, sondern der Fokus auf Menschen und Organisationen gelenkt werden, die vorbehaltlos für die Demokratie gekämpft haben.



DIE FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG IM SPIEGEL DER PRESSE

01

SAARBRÜCKER ZEITUNG
5. JANUAR 2016

Auf 50.000 studierwillige Flüchtlinge müssen sich deutsche Hochschulen im kommenden Jahr einstellen, schätzt die Friedrich-Ebert-Stiftung. Der Beratungsbedarf dafür dürfte hoch sein, die Kosten auch.

VOLKSZEITUNG
14. JANUAR 2016

Frauen fliehen vor Krieg, Hunger, Folter oder politischer Verfolgung. Im Gegensatz zu Männern wollen sie aber Genitalverstümmelung, Zwangsverheiratung, ihrer Familie oder ihrem gewalttätigen Mann entkommen. (...) »All diese Gewaltformen setzen nicht unbedingt staatliche Verfolgung voraus, sondern es sind Sachverhalte, die eher mit der Gesellschaft, der traditionellen Familie und dem vorherrschenden Frauenbild zu tun haben«, heißt es in einer Publikation der Friedrich-Ebert-Stiftung.

DIE WELT
21. JANUAR 2016

Es hat offenbar sogar Drohungen und Übergriffe auf Mitarbeiter deutscher Stiftungen, namentlich der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) gegeben. Das liegt womöglich daran, dass die FES als einzige deutsche politische Stiftung überhaupt noch operativ in Ägypten tätig ist. Doch ihre Arbeit wird gezielt behindert.

BAUERNZEITUNG
22. JANUAR 2016

Die Landwirtschaft in Zeiten des Klimawandels, Perspektiven der Wertschöpfung und Chancen der Energiewende im ländlichen Raum standen im Mittelpunkt der zweitägigen agrarpolitischen Fachtagung, zu der die Friedrich-Ebert-Stiftung nach Güstrow eingeladen hatte. Traditionell bildet die Veranstaltung den Jahresauftakt für den agrarpolitischen Diskurs im Nordosten.

FRANKFURTER ALLGEMEINE
ZEITUNG
27. JANUAR 2016

Die Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland hat in der jüngeren Vergangenheit zwar eher ab- als zugenommen, wie aktuelle Daten des Statistischen Bundesamts nahelegen. Rufe nach Einführung einer Vermögensteuer haben trotzdem wieder Konjunktur – unter Wissenschaftlern und in der Politik. Dazu trägt auch eine am Mittwoch veröffentlichte Studie bei, die das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) im Auftrag der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung angefertigt hat.

02

TAZ.DE
3. FEBRUAR 2016

Eine Analyse des Meinungsforschungsinstituts Forsa zeigt, dass Dummheit nichts mit Bildung oder Wohlstand zu tun hat: 80 Prozent der AfD-Wähler kommen aus der Ober- und Mittelschicht, mehr als die Hälfte hat Abitur oder studiert. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat zudem festgestellt, dass AfD-Wähler häufiger als die Wähler anderer Parteien – mit Ausnahme der NPD – chauvinistisch, ausländerfeindlich und antisemitisch eingestellt sind, eine Diktatur befürworten oder den Nationalsozialismus verharmlosen.

DER WESTEN
6. FEBRUAR 2016

Deutschland genießt bei den Bürgern anderer EU-Staaten großes Vertrauen. Laut einer Studie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), die unserer Redaktion vorliegt, haben etwa zwei Drittel der Europäer großes (42 Prozent) oder sogar sehr großes Vertrauen (23 Prozent) in Deutschland. In den Niederlanden fällt dieses Vertrauen mit 78 Prozent sogar noch etwas höher aus als in Deutschland selbst (76 Prozent).

03

ZEIT ONLINE
12. FEBRUAR 2016

An 68 Stellen auf Griechenlands Straßen protestieren die Landwirte nun schon seit Wochen. (...) »Die Bauern haben sich radikalisiert, und sie sind robust in ihrem Vorgehen«, sagt Christos Katsioulis, der das griechische Auslandsbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Athen leitet. Für Ministerpräsident Tsipras sei dieser Konflikt gerade aber nur einer von mehreren Großlagen, mit denen er zu ringen habe. »Auslöser für die Proteste ist vor allem die anstehende Rentenreform. Sie sieht für Landwirte dreimal höhere Beiträge vor«, sagt Katsioulis.

DEUTSCHE WELLE
16. FEBRUAR 2016

In Bulgarien und Rumänien spielt die Diskussion über Schengen eine viel größere Rolle. Viele Menschen in diesen Ländern fühlen sich wegen des langen Anwärterstatus als EU-Bürger zweiter Klasse. Doch gerade dieser Status dürfte dafür gesorgt haben, dass Rumänien von allzu großen Auswirkungen der Flüchtlingskrise bislang verschont blieb, so das Ergebnis einer aktuellen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Das Land sei bei Asylsuchenden unbeliebt, weil ein rumänischer Aufenthaltstitel in der Regel nicht für die Schengen-Länder gilt.

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG
20. FEBRUAR 2016

Sie wollen anders sein als die Anderen, wünschen sich Kinder, haben Angst vor Krieg, Terroranschlägen, Armut und Einsamkeit, sind oft stolz auf ihre bayerische Herkunft. Doch ihr politisches Interesse ist äußerst gering. Dies geht aus der neuen Studie »Lebensentwürfe junger Frauen und Männer in Bayern« hervor, die demnächst vom »Bayern-Forum« der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlicht wird. Rund 7000 Männer und Frauen im Alter zwischen 18 und 40 Jahren wurden von den Autorinnen der Studie gefragt, wie sie sich selbst und die Welt sehen.

MAGDEBURGER VOLKSSTIMME
26. FEBRUAR 2016

Geldmangel, Zeitmangel und Schichtarbeit machen Familien in Sachsen-Anhalt zu schaffen. Das geht aus einer neuen Studie hervor.

Vier von fünf Befragten halten ihr Wohnumfeld für kinderfreundlich – doch nur 60 Prozent der Sachsen-Anhalter empfinden das auch für ihr Land. Das belegt eine neue repräsentative Familienstudie, die die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Auftrag gegeben hat.

LEIPZIGER VOLKSZEITUNG
1. MÄRZ 2016

Insgesamt sechs Ratsfraktionen haben die Schüler dafür gebildet und sich im Vorfeld von den echten Ratsvertretern das Rüstzeug dafür geholt, wie Demokratie in einem Parlament funktioniert – und wie man sich möglichst diplomatisch auf diesem Parkett bewegt, um auch etwas zu erreichen. Für die Zehntklässler handelt es sich bei dem Jugendstadtrat um einen Teil des Gemeinschaftskundeunterrichts. Unterstützt werden sie dabei von der Friedrich-Ebert-Stiftung.

BERLINER MORGENPOST
11. MÄRZ 2016

Nur 16 Prozent der deutschen Jugendlichen sind im engeren Sinne politisch engagiert. Insgesamt 42 Prozent seien es im weiteren Sinne. Das sind Ergebnisse einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Deutschen Jugendinstituts. 56 Prozent würden an einem Onlineprotest teilnehmen.

WALLSTREET-ONLINE
11. MÄRZ 2016

Der frühere SPD-Chef Kurt Beck hat sich besorgt gezeigt über die derzeitige politische Stimmung im Land. »Der sich bis in gemäßigte konservative Kreise ausbreitende Hass ist zutiefst beunruhigend und erinnert an die späte Weimarer Republik«, sagte der Vorsitzende der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung im Gespräch mit ZEIT ONLINE. Er fürchte, »dass die Bedrohungen, die von rassistischen und rechtsextremen Kräften ausgehen, noch nicht hinreichend in ihrer Dimension erkannt sind«.

STUTTGARTER ZEITUNG
13. MÄRZ 2016

Interessant ist in dem Zusammenhang auch, dass die Wahlbeteiligung nicht überall so stark sinkt wie in Deutschland. Laut einer Forsa-Studie für die Friedrich-Ebert-Stiftung ist nur in Portugal das Wahlinteresse noch stärker geschwunden als in Deutschland. In Spanien, Dänemark oder in der Schweiz fast gar nicht.

DEUTSCHLANDFUNK
15. MÄRZ 2016

Demokratie lebt von der politischen Debatte. Gerade junge Menschen sollten das üben, meint der Leipziger Theologe Christian Wolff. Und hat einen Gesprächs-Workshop für Jugendliche gegründet. (...)

Die schmalen Tagungstische im Veranstaltungsraum der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung stehen im Carré, die Teilnehmer sitzen sich gegenüber, jeder kann jedem ins Gesicht schauen. Zehn Jugendliche im Alter zwischen 15 und 17 Jahren sind der Einladung des ehemaligen Thomaskirchenpfarrers gefolgt.

DEUTSCHLANDRADIO KULTUR
17. MÄRZ 2016

Krieg führen und Frieden schließen die Männer – den Frieden umsetzen müssen die Frauen. Das meint die kolumbianische Menschenrechtlerin Marina Gallego, Koordinatorin der Frauenbewegung Ruta Pacífica. Nun erhält das Netzwerk den Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung.

RBB
25. MÄRZ 2016

Auch mehr als 25 Jahre nach der Wiedervereinigung ist Deutschland wirtschaftlich und sozial nicht zusammengewachsen – ganz im Gegenteil. Trotz anhaltend guter Konjunktur driften West und Ost, aber auch der Süden und der Norden weiter auseinander. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie »Ungleiches Deutschland« der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), die regionale Unterschiede bis hinunter auf Kreisebene aller Bundesländer zeigt. Die Studie will damit »konkrete Handlungsempfehlungen für die Politik der kommenden Jahre« geben.

04

STUTTGARTER NACHRICHTEN
6. APRIL 2016

Alles in allem kann sich die Flüchtlingsarbeit in Stuttgart sehen lassen. Eine Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung aber machte deutlich: das Angebot an Sprachkursen ist noch immer nicht ausreichend, und es gibt noch zu wenig Berufsschulklassen für junge Erwachsene.

HOLZ-ZENTRALBLATT
8. APRIL 2016

In der aktuellen Wirtschaftskrise erweist sich Russlands neue Mittelschicht stabiler als erwartet. (...) Die Mittelschicht sei bisher nicht geschrumpft, stellte eine über 15 Jahre angelegte soziologische Studie fest, die die russische Akademie der Wissenschaften gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt hat.

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG
18. APRIL 2016

»Die Geschichte zeigt, dass Waffenvertragsverträge meist einen Krieg zu spät kommen«, sagt der Völkerrechtler Robin Geiß, der an der Universität Glasgow lehrt und für die Friedrich-Ebert-Stiftung eine Studie über autonome Waffensysteme verfasst hat. (...)

Völkerrechtler Geiß beurteilt autonome Waffensysteme nicht nur als eine weitere technische Entwicklung, sondern als »militärtechnologische Zeitenwende«.

DER WESTEN
20. APRIL 2016

Die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung nennt in ihrer Studie »Die rechtliche Anerkennung des Islams in Deutschland« einige Empfehlungen für die Politik, die Islamverbände rechtlich gleichzustellen: Sie rät beispielsweise dazu, langfristig Gremien mit Vertretern islamischer Gemeinden einzurichten. Vor allem auf kommunaler Ebene fehle es daran noch.

HORIZONT
21. APRIL 2016

Mehr differenzierte Angebote zu machen, hält auch Andreas Vogel für unabdingbar (...).

Der Inhaber des Wissenschaftlichen Instituts für Presseforschung und Medienberatung (WIP) in Köln hat im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung den Auflagenrückgang von Lokalzeitungen untersucht. Eine Erkenntnis aus seiner Studie »Talfahrt der Tagespresse: Eine Ursachensuche« lautet: »Zeitungen können als standardisiertes Einheitsprodukt den vielfältigen Lebenswelten der heutigen Haushalte nicht mehr gerecht werden.«

MARKT INTERN
26. APRIL 2016

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat sich mit der Frage beschäftigt, ob die im Jahr 2014 beschlossenen Lockerungen in der Handwerksordnung die damals verkündeten Ziele erreicht haben. Das ernüchternde Ergebnis: In den jetzt zulassungsfreien Gewerken gab es zwar eine Zunahme der Betriebszahlen. Meist sind das aber Ein-Mann-Unternehmen, der erhoffte Anstieg der Beschäftigtenzahl blieb deshalb aus.

THE EUROPEAN
26. APRIL 2016

Der internationalen Presse ist nicht entgangen, dass Facebook wegen seiner Vertragsbestimmungen zur Verwendung von Nutzerdaten und wegen des Verdachts auf Missbrauch einer möglichen marktbeherrschenden Marktstellung ins Visier des Bundeskartellamts rückte. Das Europäische Parlament möchte mit Standardisierung und einer smarten Regulierung den systemischen Risiken von Bitcoin und digitalen Währungen vorbeugen, und die Friedrich-Ebert-Stiftung untersucht in einer aktuellen Studie die Regulierungsoptionen von Informationsintermediären.

05

GENERAL-ANZEIGER
6. MAI 2016

»Jetzt wissen wir, wie viel Mühe, Arbeit und Geduld für Europa erforderlich ist, wie schwierig es ist, einen Kompromiss zu finden.« Christine Hörnig und Dominik Schäfer brachten die Erfahrungen eines zweitägigen Planspiels über den gesetzlichen Prozess zur Lösung der komplexen Flüchtlingsfrage wie die nach Kontingenten in der Friedrich-Ebert-Stiftung auf den Punkt – mit viel Zustimmung ihrer Mitschüler aus der Einführungsphase der Oberstufe des Wirtschaftsgymnasiums.

ZEIT ONLINE
11. MAI 2016

Die sozialen Verhältnisse in Deutschland sind ungerecht: Dieser Aussage stimmt eine große Mehrheit im Land zu. In einer repräsentativen Umfrage gaben 82 Prozent der Befragten an, dass die soziale Ungleichheit mittlerweile zu groß sei. Das geht aus einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung hervor.

DIE WELT
24. MAI 2016

Die nächste industrielle Revolution werde durch Vernetzung und Internet geprägt. (...)

Laut Bitkom wird die Industrie ein immer wichtigerer Kunde für die IT-Branche. Schon jetzt trägt sie rund ein Fünftel zum Umsatz bei. Nach einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung sind bereits fünf Prozent aller Mittelständler umfassend vernetzt.

DEUTSCHLANDRADIO KULTUR
25. MAI 2016

Der Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Caracas, Benjamin Reichenbach, sieht Venezuela nah am Staatsbankrott. Es komme zu Protesten und Plünderungen, weil es an Lebensmitteln fehle und das Land aus der Wirtschaftskrise nicht herauskomme.

Das Modell der Ölrente, auf dem der Chavismus aufgebaut sei, sei in der Krise, sagte Reichenbach im Deutschlandradio Kultur.

DER TAGESSPIEGEL
27. MAI 2016

»Von einer generellen Professionalisierung des Erzieher_innenberufs sind wir augenblicklich noch weit entfernt«, urteilt die Berliner Politologin Helga Ostendorf in einer neuen Studie über »Bildungschancen von Erzieher_innen« für die Friedrich-Ebert-Stiftung. Ihre Kritik bezieht sich vor allem auf die Fachschulen, deren Absolventinnen noch immer 95 Prozent des pädagogischen Kita-Personals ausmachen.

06

SÜDWEST PRESSE
2. JUNI 2016

Derweil gehen die Diskussionen über die wachsende Wahlmüdigkeit der Deutschen in den Parteistiftungen engagiert weiter. Bei einem Forum der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung warnten Wahlforscher davor, die durchaus zufriedenstellende Wahlbeteiligung bei den März-Wahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt als Trendwende zu interpretieren.

OBERBAYERISCHES VOLKSBLATT
10. JUNI 2016

Hinzu kommen oft eingefahrene Rollenbilder. Frauen sind zurückhaltend, wenn es um Entscheiderpositionen geht. Trauen sie sich doch, werden sie von männlichen Seilschaften ausgebremst. Fakt ist aber auch: Frauen interessieren sich weniger für Politik als Männer. Eine Studie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung ergab kürzlich: 35 Prozent der Männer befassen sich sehr stark oder stark mit Politik. Bei den Frauen sind es nur 11 Prozent.

WIESBADENER KURIER
13. JUNI 2016

Förderprogramme für den Übergang in die Ausbildung, insbesondere für Jugendliche mit schlechten Voraussetzungen, gibt es viele. Allein: »Sie verpuffen häufig«, resümiert Professor Gerhard Christie, Leiter des Instituts für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (Universität Hamburg), in seiner im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erstellten Studie »Ausbildungschancen für alle – Neue Konzepte für den Übergang in Ausbildung«.

VORWÄRTS
16. JUNI 2016

Ungleichheit manifestiert sich dabei nicht nur sozial, sondern auch regional: So werden in Bezug auf Einkommen und Vermögen ganze Regionen sprichwörtlich abgehängt. Gerade die Gegenden im Osten und Norden Deutschlands verlieren den Anschluss an Regionen im Süden. »Sie sind nicht in der Lage, sich eigenständig aus dieser Lage zu befreien, und es wird von Jahr zu Jahr schwieriger«, so der Befund des Sozioökonomischen Disparitätenberichts 2015 der Friedrich-Ebert-Stiftung.

DEUTSCHLANDRADIO KULTUR
24. JUNI 2016

Jeder fünfte Israeli ist Araber, doch in den Massenmedien sind Araber extrem unterrepräsentiert. Schlecht für den Friedensdialog, meinen israelische Aktivisten. (...)

Fachlich beraten wurden die jüdischen und arabischen Medienaktivisten von der deutschen Friedrich-Ebert-Stiftung. Seit mehr als fünf Jahrzehnten ist sie anerkannter Partner bei der Analyse zivilgesellschaftlicher Prozesse und bei der Suche nach Wegen zur Stärkung demokratischer Strukturen in Israel.

DER TAGESSPIEGEL
26. JUNI 2016

Dass die britischen Sorgen über das Versagen Europas nicht spezifisch sind, sondern ähnlich in fast allen Staaten der Union herrschen, hat eine Acht-Länder-Studie gezeigt, die der in Berlin ansässige Thinktank »Policy Matters« im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung durchführte. (...)

Alarmierend ist die Dominanz negativer Einschätzungen, was die Fähigkeit der EU zur Krisenbewältigung betrifft.

07

MITTELBAYERISCHE
27. JUNI 2016

Wenn Manuel Bauer aus seinem Leben erzählt, muss man an vielen Stellen seiner Geschichte schwer schlucken. Oft ist da die Rede von Gewalt und maßloser Wut auf Ausländer und alle, die irgendwie anders sind – und sogar von Schlägen, die die eigenen Eltern abbekamen, spricht er. (...)

Manuel Bauer hat gelernt, über seine Taten zu sprechen. In Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung besucht er nun Schulen, um junge Menschen vor der Gefahr von rechts zu warnen.

N-TV
1. JULI 2016

Nach einer neuen Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung gehört das Ruhrgebiet inzwischen zu den Regionen Deutschlands mit den schlechtesten Zukunftsaussichten. Städte wie Oberhausen oder Duisburg kämpfen seit vielen Jahren mit dem Wandel von der einst boomenden Kohle- und Stahlindustrie hin zu anderen Wirtschaftszweigen. Die Folge sind hohe Schulden und Arbeitslosigkeit in den Kommunen.

ZEIT ONLINE
7. JULI 2016

Soll ich oder nicht? Viele Frauen zögern lange, bevor sie sich dafür entscheiden, ein Kind zu bekommen. Welche konkreten Ängste und Sorgen Frauen in Deutschland im Bezug auf die Familiengründung haben – und welche realen Benachteiligungen sie hinterher erleben –, zeigt eine aktuelle Studie des Delta-Instituts für Sozialforschung im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die Forscher haben Frauen aus allen gesellschaftlichen Gruppen im Alter von 18 bis 40 befragt.

GENERAL-ANZEIGER
20. JULI 2016

»In Afghanistan verlassen die Bewohner jeden Tag ihre Heimat. Manche bleiben woanders im Land, die meisten gehen in die Nachbarländer Pakistan und Iran«, stellte die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung in einer gemeinsamen Untersuchung mit dem »Afghanistan Analysts Network« (AAN) fest, nachdem im vergangenen Jahr etwas mehr als 200.000 der weltweit Millionen von heimatlosen Afghanen auf dem alten Kontinent auftauchten.

»Für viele Familien ist die Flucht nach Europa lediglich ein neues Kapitel in einer schon drei Jahrzehnte andauernden Reihe von Regimewechseln, Kriegen, schwachen Regierungen und wirtschaftlicher Verzweiflung.«

08

TAGESSPIEGEL
23. JULI 2016

Ist die Türkei auf dem Weg in den Faschismus? Das fragt ein deutscher Radiosender, und er ist nicht allein.

Kritiker des sich selbst ermächtigenden Präsidenten fürchten, mundtot gemacht zu werden. Selbst hier in Deutschland. Wer sie befragen will, hört schnell Absagen. Die Kritiker in Deutschland sorgen sich um ihre Verwandten in der Türkei, die in der Türkei um ihre Unversehrtheit. Angst geht um. Wer es nicht glaubt, der frage nach bei glaubwürdigen Institutionen am Ort. Bei der Friedrich-Ebert-Stiftung etwa.

NEUES DEUTSCHLAND
26. JULI 2016

Noch immer sehen sich junge Frauen mit Rollenerwartungen konfrontiert, die mit ihrem Selbstbild nicht viel zu tun haben. In einer Studie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung wurden zahlreiche Frauen zwischen 18 und 40 befragt, welche Forderungen an Gleichstellungspolitik sich aus ihren Lebenssituationen ergeben. Ein zentrales Ergebnis: Viele praktizieren nach der Geburt von Kindern noch immer ein weitgehend klassisches Rollenmodell – obwohl sie das gar nicht wollen.

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG
6. AUGUST 2016

Die Charedim machen Schätzungen zufolge knapp zehn Prozent der Bevölkerung aus und leben – ob in Israel oder außerhalb – in abgeschotteten Gemeinschaften streng nach den jüdischen Gesetzen. Traditionell lehnten sie den Staat Israel ab, weil die Juden ihrer Ansicht nach das gelobte Land erst nach der Ankunft des Messias wieder in Besitz nehmen dürften. »Im Lauf der Zeit haben sich viele aber mit dem Staat Israel angefreundet«, sagt Micky Drill von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Israel.

BILD
11. AUGUST 2016

Bis zu zwei Drittel der jungen Albaner wollen auswandern. (...)

Der Ausreise-Wunsch unter Jugendlichen ist ungebrochen. Umfragen in den Balkan-Ländern ergaben laut Friedrich-Ebert-Stiftung: Bis zu zwei Drittel der Jugendlichen wollen »sehr wahrscheinlich« oder »ziemlich wahrscheinlich« auswandern.

SCHWERINER VOLKSZEITUNG
23. AUGUST 2016

Laut Familienministerin Manuela Schwesig trifft die »Kinderkrippe21« den Wunsch von Mama und Papa: »Eltern wünschen sich die bestmögliche Betreuung und Bildung für ihre Kinder«, zitiert sie eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Außerdem können Mama und Papa sich dann beruflich entfalten.

N-TV
26. AUGUST 2016

Seit 15 Jahren sind die Kriege auf dem Balkan vorbei, doch wieder fliehen die Menschen. (...)

Für die Flucht gibt es verschiedene, miteinander zusammenhängende Gründe – die Diskriminierung von Roma, die Armut, vor allem aber die Hoffnungslosigkeit: Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zusammen mit der slowenischen Universität Maribor zeigt, dass junge Menschen kein Vertrauen in ihren Staat haben. Um es zu etwas zu bringen, sei harte Arbeit nicht das geeignete Mittel, sagen sie.

09

DEUTSCHLANDFUNK
8. SEPTEMBER 2016

Laut der DIW-Studie, die im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erstellt wurde, gab es in den Jahren 2011 bis 2014 rund 144 Milliarden Euro steuerfreie Firmenübertragungen. Die Forscher berufen sich auf Zahlen der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik, in denen auch das Alter der Begünstigten genannt wird. Demnach gingen allein fast 30 Milliarden Euro an rund 90 Kinder im Alter von unter 14 Jahren.

MÄRKISCHE ALLGEMEINE
13. SEPTEMBER 2016

Antonia Pusch konnte die rechtsextremen Stammtischparolen nicht mehr hören. »Alle Ausländer sind kriminell«, hörte die 15 Jahre alte Schülerin jemanden sagen. (...) »Ich habe damals nichts dazu gesagt«, sagt Antonia. Heute würde sie anders reagieren: »Ich habe in der Projektwoche einiges dazu gelernt und weiß es jetzt besser – ich würde widersprechen.«

Antonia ist eine von 15 Zehntklässerinnen, die mit der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung und der Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) eine Ausstellung zum Thema »Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen« vorbereitet haben.

FINANZNACHRICHTEN.DE
24. SEPTEMBER 2016

Der Managerkreis der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung fordert eine schrittweise Erhöhung des Rentenalters. Angesichts der demografischen Entwicklung müsse die gesetzliche Regelaltersgrenze »zumindest für die Geburtsjahrgänge ab 1970« an die Lebenserwartung gekoppelt werden,

DIE WELT
26. SEPTEMBER 2016

Die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung fordert in einem Gutachten, Asylbewerber sollten Hartz-IV-Leistungen erhalten. Damit würden sich die Sätze nur unwesentlich erhöhen, die Kosten für die Verwaltung aber sinken, so die Autoren.

Zudem sollten auch Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive Sprachkurse erhalten. Das käme ihnen auch in ihrer Heimat zugute.

JUNGE WELT
30. SEPTEMBER 2016

Ende vergangener Woche wurde in den Räumen der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Berlin festgestellt, dass die Geschlechterfrage in der Debatte um die Auswirkungen des neuesten Modernisierungsschubes in der Arbeitswelt bisher kaum eine Rolle spielt. Im Rahmen der Tagung »Arbeit 4.0. Blind Spot Gender« wurde der Blick auf diesen »blinden Fleck« gerichtet.

10

BERLINER MORGENPOST
5. OKTOBER 2016

Eine Studie der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung, die unserer Redaktion vorliegt, hat die »Crowdworking«-Plattformen untersucht. Damit ist die Vermittlung von Kleinstaufträgen an eine Gruppe nicht fest angestellter Arbeiter gemeint, die je nach Auftragslage und zu jeder Tageszeit eingesetzt werden. Das Ergebnis der Studie: Die Arbeiter seien von schlechter Entlohnung und fehlender sozialer Absicherung betroffen.

TAGESSCHAU.DE
6. OKTOBER 2016

Fast 15.000 Menschen sind dieses Jahr in Bulgarien angekommen – auf der Flucht oder der Suche nach einem besseren Leben. Und viele bleiben, denn die Grenzen zu den Nachbarländern sind quasi dicht. Im Land wächst der Unmut über die Lage. (...)

Laut einer aktuellen Umfrage im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung sieht jeder zweite Bulgare die Ankommenden als Bedrohung an. Fünf Prozent sagen sogar offen: Sie hassen die Fremden.

NDR.DE
9. OKTOBER 2016

Die Regisseure Monika Borgmann und Lokman Slim sicherten sich für »Tadmor« den Preis der Friedrich-Ebert-Stiftung für den politischen Film. Der Film handelt von den Erfahrungen von 22 Männern, die in Syrien in eines der gefürchtetsten Militärgefängnisse des Assad-Regimes verschleppt wurden. Borgmann und Slim ließen die Männer selbst ihre schrecklichen Erlebnisse nachspielen.

HANDELSBLATT
18. OKTOBER 2016

»Die Taliban wissen auch, dass sie das Land militärisch letztlich nicht gewinnen können. Eine Stadt oder Provinz zu regieren, würde ihnen die Grundlage geben, zu behaupten, dass sie eine funktionierende politische Alternative darstellen«, sagt der Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Afghanistan, Alexey Yusupov.

DEUTSCHLANDFUNK
19. OKTOBER 2016

Mossul-Offensive »Die Zivilgesellschaft gerät zwischen die Fronten« (...) Aus Sicht der Orient-Expertin Anja Wehler-Schöck birgt die Offensive der irakischen Armee auf Mossul die Gefahr eines Blutbads. Denn es sei schwer zu erkennen, wer Zivilist und wer Feind sei, sagte die Leiterin des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Amman im DLF.

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG
21. OKTOBER 2016

Eine neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt: Bei der Selbst- und Fremdwahrnehmung zwischen Italienern und Deutschen gibt es teilweise große Diskrepanzen. (...)

Eros Ramazzotti schlägt Immanuel Kant deutlich. Und das sollte schon mal zu denken geben. Wenn man Deutsche fragt, wie es die Friedrich-Ebert-Stiftung für eine neue Studie tat, welche Kulturpersönlichkeit aus Italien ihnen auf Anhieb in den Sinn komme, nennen 29 Prozent den Sänger aus Rom. (...)

Fragt man aber die Italiener nach deutschen Persönlichkeiten, kommt zunächst lange nichts. Dann erinnern sich manche an den Philosophen Kant und an den Komponisten Ludwig van Beethoven (...).

RHEIN-ZEITUNG
6. NOVEMBER 2016

Jugendliche sind sehr wohl politisch interessiert. Sie bevorzugen Parteien, die mehr soziale Gerechtigkeit propagieren. Und auch wenn sie oft Linkspartei und Grüne bevorzugen, wollen sie sich nicht vereinnahmen lassen. So in etwa könnte man das Ergebnis der Koblenzer Podiumsveranstaltung »Jung – politisch – aktiv?!« zusammenfassen. Dabei wurde vor allem mit einem Vorurteil aufgeräumt: dass die heutige junge Generation passiver ist als frühere.

Eingeladen hatte die Friedrich-Ebert-Stiftung.

MITTELBAYERISCHE
8. NOVEMBER 2016

Professor Dr. Thomas Loew (Regensburger Universitätsklinikum) weiß von Menschen, die bei der Vorstellung, Donald Trump könne US-Präsident werden, physische Schmerzen erleiden. (...) In einem Beitrag für das IPG-Journal für Internationale Politik und Gesellschaft rät der Trauma-Experte bei einem Wahlsieg Donald Trumps politisch spitzbübisch, aber medizinisch durchaus ernsthaft, als Erste-Hilfe-Maßnahme zur Traumabekämpfung mit einer entschleunigten Atmung zu reagieren: Vier Sekunden einatmen, sieben Sekunden ausatmen – und das ganze elf Minuten lang (4711-Regel). In dem von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Journal war der Tipp aus Regensburg der Renner unter allen Beiträgen.

FRANKFURTER ALLGEMEINE
ZEITUNG
13. NOVEMBER 2016

Im März schlug dann der Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Marcel Fratzscher, Alarm. »In kaum einem Land in Europa besitzen die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung größere Vermögenswerte«, schrieb er in einem Buch, das er öffentlichkeitswirksam »Verteilungskampf« betitelte. (...) Seine Wissenschaftler haben Anfang des Jahres für die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung das Modell der Vermögensteuer durchgerechnet, das auch der linke Flügel der Grünen propagierte: ein Prozent jährlich auf alles oberhalb von einer oder zwei Millionen Euro.

DIE WELT
15. NOVEMBER 2016

Alles in allem ließen sich mit einer europäischen Armee viele Milliarden Euro an Kosten einsparen. Eine von der Friedrich-Ebert-Stiftung und Centre for European Policy Studies (CEPS) im vergangenen Jahr veröffentlichte Studie schätzt, dass ein Verzicht auf eine gemeinsame europäische Armee sogar Kosten in Höhe von 130 Milliarden Euro verursacht.

FRANKFURTER RUNDSCHAU
17. NOVEMBER 2016

84 Prozent der Italiener werten ihre wirtschaftliche Lage als schlecht. Bereits 2014 meldeten 97 Prozent der Familien ein niedrigeres Einkommen als zehn Jahre zuvor. Die Arbeitslosigkeit stagniert nahe zwölf Prozent. Fast jeder vierte Italiener zwischen 15 und 29 Jahren ist weder in Arbeit noch in Ausbildung. Das nährt die Unzufriedenheit: 43 Prozent der Italiener sind davon überzeugt, dass die EU-Zugehörigkeit ihrem Land eher Nachteile bringt, so eine aktuelle Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. 53 Prozent sehen den Euro negativ.

DIE ZEIT
21. NOVEMBER 2016

AfD, Pegida, sogenannte Reichsbürger – stramm rechte Gesinnungen scheinen in Deutschland weit verbreitet zu sein. Doch wie stark werden die Ansichten in der Bevölkerung tatsächlich geteilt? Zu dieser Frage sind einige, teilweise umstrittene Studien erschienen. Neue Einblicke liefert die regelmäßig durchgeführte Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, in der in diesem Jahr erstmals auch nach der Neuen Rechten gefragt wurde.

SPIEGEL ONLINE
21. NOVEMBER 2016

»Die Anhängerschaft der rechtspopulistischen AfD ist seit unserer letzten Studie nicht nur gewachsen, sondern hat sich – parallel zur Ausrichtung der Partei – auch radikalisiert«, sagt Ralf Melzer von der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung. Melzer gibt die alle zwei Jahre erscheinende sogenannte Mitte-Studie zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland heraus, und die aktuellen Ergebnisse zeichnen ein eindeutiges Bild: In nahezu allen Dimensionen rechtsextremer und menschenfeindlicher Einstellungen zeigen AfD-Anhänger die mit Abstand höchsten Zustimmungswerte.

FRANKFURTER RUNDSCHAU
22. NOVEMBER 2016

Mit den unterschiedlichsten Projekten versuchen Verwaltung, Verbände und Unternehmen, Flüchtlinge in Ausbildung und Arbeit zu bringen. Das funktioniert aber nicht richtig, weil es an einem Gesamtkonzept fehlt, das auch für die Flüchtlinge durchschaubar ist. Zu diesem Ergebnis kommt ein Gutachten des Sozialwissenschaftlers Matthias Knuth von der Universität Duisburg-Essen, das im Auftrag der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung entstand.

12

DIE WELT
1. DEZEMBER 2016

Die Globalisierung ist eine Erfolgsgeschichte. Millionen und Abermillionen Menschen haben sich in den letzten 30 Jahren aus der Armut hervorarbeiten können, vor allem in Ländern wie China und Indien sowie in anderen Teilen der einstmals bedauerten »Dritten Welt«. Aber wie wird die Globalisierung in den Ländern erlebt, in denen die Globalisierung ihren Ausgang nahm?

»Der eine schiebt den vierten Bugatti in die Garage, der andere sieht, dass die Turnhalle seines Kindes mit Flüchtlingen belegt wird«, so beschreibt es SPD-Chef Sigmar Gabriel auf der Konferenz »Mehr Gleichheit« der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin.

DOMRADIO
2. DEZEMBER 2016

»Wir werden auch weiterhin in Ägypten arbeiten.« Es klingt fast ein wenig nach Mut der Verzweiflung, wie die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) das neue Gesetz des ägyptischen Parlaments zu Nichtregierungsorganisationen kommentiert. »Welche konkreten Auswirkungen das neue Gesetz auf unsere Arbeit haben wird, werden wir sehen, bewerten und dann die nötigen Schlussfolgerungen ziehen«, räumte der Leiter der FES-Abteilung für den Mittleren Osten und Nordafrika, Ralf Hexel, am Freitag gegenüber der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) in Berlin ein.

TAGESSCHAU.DE
4. DEZEMBER 2016

Europas rechtspopulistische Parteien rücken zusammen. Vereint in ihrem Nein zu Europa, zum Islam, zur offenen Gesellschaft vernetzen sie sich – und steigern damit ihre Schlagkraft. (...)

Diese Vernetzung sei gefährlich, sagt Ralf Melzer, Herausgeber der Studie »Gesplante Mitte – Feindselige Zustände« und Leiter des »Projekt Rechts-extremismus« der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung. »Es besteht die Möglichkeit, dass die radikale Rechte in Europa damit schlagkräftiger wird. Sie profitieren von den Erfolgen der anderen, sie lernen voneinander, sie versuchen mit ihrer Kommunikationsstrategie, in der Art und Weise, wie Wahlkämpfe gemacht werden, bestimmte Themen in ihrem Sinne zu drehen und sind damit auch erfolgreich.«

BERLINER ZEITUNG
5. DEZEMBER 2016

Es gibt nichts Unsagbares mehr, politische Korrektheit ist ohnehin nur etwas für Loser – so jedenfalls sehen es Leute wie Donald Trump. Doch nach den Erkenntnissen der neuen Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung ist keineswegs ausgemacht, dass Hass und Feindseligkeit die Stimmung im Land dominieren. (...) Eine große Mehrheit stehe weiter positiv zu den demokratischen Grundwerten und explizit sprechen sich mehr als die Hälfte der Deutschen deutlich gegen den Rechtspopulismus aus.

SÄCHSISCHE ZEITUNG
19. DEZEMBER 2016

Ronny steht auf der Bühne – bei der von der Friedrich-Ebert-Stiftung organisierten Podiumsdiskussion will er vor mehreren Hundert Eltern und Schülern über seine Vergangenheit, die ihn beinahe vollends zerstörte, berichten. (...) Der Dresdner konsumierte heftig die Droge Crystal Meth, jenes weiße kristalline Zeug, das die Schleimhäute zerfetzt und die Gehirnzellen wegbombt.

ÄRZTEZEITUNG
22. DEZEMBER 2016

Wie der Weg zu einer Bürgerversicherung aussehen könnte, macht ein Papier der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung deutlich. Ärzte müssten sich auf Honorareinbußen für die Behandlung von PKV-Patienten gefasst machen. (...)

Nötig für den Umstieg sei eine Vielzahl von Einzelschritten, heißt es im FES-Papier. »Dabei gibt es keine Reihenfolge. Entscheidend ist vielmehr, dass jetzt mit den Umsetzungsschritten begonnen wird.« (...)

Die Lösung der vielen Probleme im dualen System sei »durch Maßnahmen jenseits der Bürgerversicherung nicht zu erreichen«, heißt es.

ARBEITSBEREICHE

47

POLITISCHE BILDUNG UND BERATUNG

- 46 Politische Akademie
- 47 Die Friedrich-Ebert-Stiftung
in Deutschland
- 48 Politischer Dialog
- 48 Wirtschafts- und Sozialpolitik
- 49 Zentrale Aufgaben / Managerkreis

INTERNATIONALE ARBEIT

- 50 Internationaler Dialog
- 51 Internationale
Entwicklungszusammenarbeit
- 52 Die Auslandsbüros
der Friedrich-Ebert-Stiftung

WISSENSCHAFTLICHE ARBEIT

- 54 Studienförderung
- 55 Archiv der sozialen
Demokratie
- 56 Bibliothek

PREISE DER FRIEDRICH- EBERT-STIFTUNG

- 57 Der politische Film
- 57 Hans-Matthöfer-Preis
für Wirtschaftspublizistik
- 57 Das politische Buch
- 57 Menschenrechtspreis

UNSELBSTSTÄNDIGE STIFTUNGEN UND SONDERVERMÖGEN

- 58 Erich-Brost-Sondervermögen
- 58 Franziska-und-Otto-
Bennemann-Stiftung
- 58 Hans-und-Traute-
Matthöfer-Stiftung

Politische Bildung und Beratung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung leistet im Inland politische Bildung und Beratung, orientiert am Leitbild der Sozialen Demokratie. Politische Bildung ist eines der entscheidenden Instrumente, um auch unter schwierigen Bedingungen demokratische Mitgestaltung und die Identifikation der Bürger_innen mit dem Gemeinwesen zu ermöglichen.

Mit ihrer politischen Bildungsarbeit will die FES zur Urteils- und Handlungskompetenz der Bürger_innen beitragen und zum Engagement im politischen, gewerkschaftlichen und bürgerschaftlichen Ehrenamt motivieren. Zugleich versteht sich die Stiftung als Plattform des gesellschaftspolitischen Dialogs, indem sie öffentliche Debatten fördert und die Politik berät. Die Angebote sind zielgruppenorientiert, thematisch strukturiert und regional flexibel organisiert. Sie basieren auf den vier Säulen Politikvermittlung, Lernprojekte, Kompetenztrainings und Politikberatung. Sie nutzen vielfältige methodische Ansätze und werden zunehmend durch onlinegestützte Angebote begleitet. Evaluierung und ein professionelles Qualitätsmanagement sichern einen hohen Standard der Arbeitsprozesse und Ergebnisse.

Politische Akademie

2016 organisierte die Politische Akademie 1.600 Veranstaltungen mit mehr als 61.000 Teilnehmer_innen; zu den Ausstellungen kamen insgesamt über 28.000 Besucher_innen.

Die Abteilung Politische Akademie (PA) umfasst Bildungs- und Beratungsprojekte in Bonn mit bundesweiter Ausrichtung sowie die Landes- und Regionalbüros in den südlichen und westlichen Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Hes-

sen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Baden-Württemberg und Bayern. 2016 wurde in Düsseldorf ein zusätzlicher Stützpunkt des Landesbüros NRW eröffnet. Daneben fördert die PA die politische Seminararbeit der Gesellschaft für Politische Bildung e. V. – Akademie Frankenwarte in Würzburg sowie der Georg-von-Vollmar-Akademie e. V. in München/Kochel.

Die Bildungsangebote der PA thematisieren die politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Wandlungsprozesse sowie die Gefährdungen der Demokratie, mit denen sich die Gesellschaft und die Politik für Soziale Demokratie konfrontiert sehen.

Zu den Schwerpunkten zählen: Grundwerte, Programmatik und Geschichte der Sozialen Demokratie, digitale Gesellschaft, Medien und Netzpolitik, journalistische Aus- und Weiterbildung, politisches Engagement in Parteien, Gewerkschaften und in der Zivilgesellschaft, Jugend und Politik sowie Kommunalpolitik.

Das beteiligungsorientierte Bildungsprogramm beinhaltet neben Veranstaltungen, Printpublikationen und Ausstellungen auch audiovisuelle Angebote wie Hörbücher, Webinare und Videos sowie onlinegestützte Lern- und Kommunikationsplattformen und projektspezifische Newsletter. Darüber hinaus wurden mehrere Publikationen veröffentlicht, darunter »Einstieg in die Soziale Demokratie« in der neuen Reihe »Kurz und Klar« der Akademie für Soziale Demokratie.



MEHR GLEICHHEIT

Wirtschaftlich notwendig.
Politisch unerlässlich.
Sozial gerecht.

Impulssammlung



Was junge Frauen wollen

Lebensrealitäten und gleichstellungspolitische Erwartungen von Frauen zwischen 18 und 40 Jahren

Prof. Dr. Carsten Wippermann

DIE FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG IN DEUTSCHLAND

Zielgruppen der politischen Bildungsarbeit

- Bürgerinnen und Bürger, die politische Information und Orientierung suchen
- Jugend und politischer Nachwuchs
- Engagierte in Gewerkschaften und betrieblichen Interessenvertretungen
- Multiplikator_innen mit Einfluss auf die gesellschaftlichen Debatten
- Aktive in der Zivilgesellschaft
- Multiplikator_innen in Parteien und Parlamenten
- Vertreter_innen aus Medien, Kultur und Kreativwirtschaft



Politischer Dialog

Mit über 1.400 Veranstaltungen erreichte die Abteilung Politischer Dialog 2016 rund 80.000 Bürger_innen; Tausende Gäste besuchten außerdem die unterschiedlichen Ausstellungen.

Die Abteilung Politischer Dialog (PD) leistet politische Bildungsarbeit in den Bundesländern Nord- und Ostdeutschlands sowie in Berlin zu Themen mit bundespolitischer Bedeutung. Ein wichtiger Teil der Arbeit ist die Politikberatung.

Im Zentrum stehen Beiträge zur Überwindung von Politik und Demokratieverdrossenheit, die Förderung politischer Partizipation insbesondere junger Menschen, Herausforderungen der Flüchtlingspolitik sowie die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und -populismus. Die Abteilung legt Wert darauf, Politikberatung in Bund und Ländern zu leisten und politische Bildung auch dezentral im ländlichen Raum anzubieten.

Das Forum Politik und Gesellschaft in Berlin konzentriert sich auf Familien-, Geschlechter-, Jugend- und Antidiskriminierungspolitik, die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements sowie Grundsatzfragen der Demokratieentwicklung. Darüber hinaus koordiniert das Forum die Genderarbeit der FES. Dem Arbeitsbereich ist die Zeitschrift »Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte« zugeordnet. Diese befasst sich mit grundlegenden Fragen der Demokratieentwicklung und aktuellen Themen der Sozialen Demokratie.

Das Forum Berlin bearbeitet die Themen Rechtsextremismus und -populismus, Integration und Teilhabe, Rechtspolitik und Innere Sicherheit, Kulturpolitik, Deutsche Einheit, die Landespolitik Berlin sowie Aufgaben der empiri-

schen Sozialforschung. Überdies koordiniert es den stiftungsweiten Arbeitsschwerpunkt zu Flucht, Migration und Integration.

Darüber hinaus wurden zahlreiche Publikationen veröffentlicht, darunter »Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016«, »Zwischen Kommen und Bleiben. Ein gesellschaftlicher Querschnitt zur Flüchtlingspolitik« sowie »Was junge Frauen wollen. Lebensrealität und familien- und gleichstellungspolitische Erwartungen von Frauen zwischen 18 und 40 Jahren«.

Wirtschafts- und Sozialpolitik

In 22 öffentlichen Veranstaltungen und 92 Expert_innen-Seminaren mit insgesamt etwa 4.000 Teilnehmer_innen wurden diese Expertisen erarbeitet und vorgestellt.

Wie kann eine starke Wirtschaft gestaltet werden, die Wohlstand und soziale Gerechtigkeit ermöglicht, ohne demokratische Rechte einzuschränken? Wie kann die Energiewende gelingen und wie können Klimaziele erreicht werden? Diese Fragen standen im Zentrum zahlreicher Publikationen und Veranstaltungen der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik (WISO).

Die Abteilung berät Politik und Gesellschaft zu Fragen der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung. Sie organisiert Veranstaltungen, in denen Vertreter_innen von Politik und Gesellschaft mit Fachleuten Grundsatzfragen und aktuelle Probleme diskutieren. In zwei Publikationsreihen, »WISO Diskurs« und »WISO direkt«, veröffentlicht die Abteilung umfangreiche Expertisen und kurze handlungsorientierte Analysen für ein Fachpublikum. 2016 erschienen



Gut bekannt und unerreich?

Soziodemografisches Profil der Nichtwähler_innen

Michael Kaeding und Stefan Haußner



Wachsende Ungleichheit als Gefahr für nachhaltiges Wachstum

Wie die Bevölkerung über soziale Unterschiede denkt

Steffen Mau, Jan-Ocko Heuer

mehr als 60 Titel, die auch über den elektronischen Newsletter »WISO digital« verbreitet wurden.

Die Schwerpunktthemen von WISO sind Arbeit, Soziales, Bildung/Forschung, Räumliche Entwicklung, Finanzen, Wirtschaft und Klima/Energie/Umwelt. Dazu kommen die neu verankerten Querschnittsthemen Gewerkschaften, Migration/Integration, Verbraucher, Unternehmen/Mittelstand, Gender/Familie/Jugend/Senior_innen, Demografischer Wandel, Digitalisierung sowie Europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Themenfelder spiegeln die WISO-relevanten Ausschüsse im Deutschen Bundestag, was eine äußerst enge Verzahnung mit dem legislativen Prozess ermöglicht.

Die Aktivitäten der Abteilung werden in flexiblen thematischen Arbeitsgruppen oder in etablierten Arbeits- und Gesprächskreisen organisiert. Dazu gehören die Arbeitskreise Arbeit – Betrieb – Politik, Dienstleistungen, Innovative Verkehrspolitik, Stadtentwicklung, Bau und Wohnen, Mittelstand, Nachhaltige Strukturpolitik sowie die Gesprächskreise Verbraucherpolitik, Arbeit und Qualifizierung, Migration und Integration, Sozialpolitik sowie der Kocheler Kreis für Wirtschaftspolitik.

Die Abteilung koordinierte das FES-weite Projekt »Gute Gesellschaft – Soziale Demokratie 2017plus«, mit dem die Stiftung einen Beitrag zur programmatischen Weiterentwicklung der Sozialen Demokratie geleistet hat – auch durch die systematische Einbindung der internationalen Arbeit der FES. Im Rahmen des Projekts wurden rund 90 Publikationen erarbeitet sowie 110 Veranstaltungen in Berlin, in den Bundesländern sowie im Ausland durchgeführt.

Zentrale Aufgaben/Managerkreis

Insgesamt organisierte der Managerkreis in diesem Jahr mehr als 100 Veranstaltungen, knapp die Hälfte davon in den Regionen, mit insgesamt 3.750 Teilnehmer_innen. Veröffentlicht wurden drei Analysen und neun Impulspapiere.

Der Bereich Zentrale Aufgaben betreut den Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung – ein Forum für den Meinungsaustausch zwischen Entscheidungsträger_innen aus Wirtschaft und Politik. Der Managerkreis hat etwa 1.100 Mitglieder. Er organisiert Podiumsdiskussionen und Fachgespräche und erarbeitet Positionspapiere und Dokumentationen. Hinzu kommen Hintergrundgespräche, die dem fachlichen Austausch und der Vernetzung der Mitglieder dienen.

2016 konnte der Managerkreis auf sein 25-jähriges Bestehen zurückblicken. Bei der Festveranstaltung skizzierte Olaf Scholz, Erster Bürgermeister von Hamburg, die Perspektiven für die Soziale Marktwirtschaft in den nächsten 25 Jahren. In der Festschrift beschreiben Prominente aus Wirtschaft und Politik ihre persönliche Sicht auf das Titelthema »Verantwortung übernehmen – Soziale Marktwirtschaft gestalten«.

Mit seinen Arbeitsgruppen liefert der Managerkreis Vorschläge, wie der Wirtschaftsstandort Deutschland zukunftsfähig gestaltet werden kann. Arbeitsgruppen gibt es zur wirtschaftlichen Entwicklung einschließlich Arbeitsmarkt- und Ordnungspolitik, zur Finanzpolitik, zur Energie- und Klimapolitik, zur Mobilitätspolitik, zur Gesundheitspolitik sowie zur Digitalen Wirtschaft und Gesellschaft.

Mit den Regionalkreisen fördert der Managerkreis den Dialog zwischen Wirtschaft und Politik auch auf Landesebene.



Gute digitale Arbeit

Auswirkungen der Digitalisierung im Dienstleistungsbereich

Arno Brandt, Lina Polom, Marc Danneberg



EU-Bankenaufsicht

Wer garantiert Transparenz und demokratische Legitimation des neuen Systems?

Mirko Weiß, Karl-Peter Schackmann-Fallis, Indranil Ganguli

Internationale Arbeit

Die Außen- und Sicherheitspolitik stand 2016 erneut im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit. Die Dauerkrisen in der Ukraine, in Syrien und im Irak, aber auch in den Konfliktregionen Afrikas führten zu dramatischen Migrationsbewegungen nach Europa. In der Öffentlichkeit wächst die Einsicht, dass Deutschland und die EU mehr leisten müssen, um die weltweiten Konflikte im Dialog zu lösen, die Fluchtursachen zu bekämpfen und gleichzeitig politische Konzepte für die weltweite Migration zu entwickeln. Die Bereitschaft zu fördern und dafür mehr Ressourcen zu mobilisieren, ist ein Kernanliegen der FES.

Die Herausforderungen sind groß, denn das Vertrauen vieler Bürger_innen in die Europäische Union hat gelitten: Die Wirtschafts- und Währungsfrage der südlichen Mitgliedsländer und die inkonsistente Politik der EU in Migrationsfragen haben dazu ebenso beigetragen wie das Brexit-Referendum.

Der globale Blick hat in der Stiftung eine lange Tradition: Die FES förderte schon die jungen afrikanischen Regime nach der Entkolonisierung sowie den Aufbau demokratischer Strukturen in Lateinamerika und auf der Iberischen Halbinsel; sie begleitete die Transformation in Mittelosteuropa ebenso wie den demokratischen Wiederaufbau auf dem Balkan und brachte während der jüngsten Umbrüche in Nordafrika ihre Erfahrungen ein.

Ein weiterer Schwerpunkt des internationalen Engagements ist das Thema »Gute Arbeit«. Gemeinsam mit nationalen und internationalen Gewerkschaften setzt die FES sich für gerechte Arbeitsbedingungen, Unternehmensverantwortung und Gewerkschaftsrechte ein.

2016 nahm auch die Ausgestaltung der 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung an Fahrt auf, mit der die Vereinten Nationen die entwicklungspolitischen Koordinaten für die kommenden 15 Jahre festgelegt haben. Zu mehreren dieser Ziele arbeitet die Stiftung bereits weltweit, etwa zur Reduzierung von Ungleichheit, zu alternativen Konsum- und Produktionsweisen, zur Bekämpfung des Klimawandels und zur Geschlechtergerechtigkeit. Die globale Agenda gilt auch für

die Industrieländer, so dass die FES in Zukunft noch stärker als Mittlerin zwischen nationaler und internationaler Politik gefragt sein wird.

Dafür bietet die Stiftung vielfältige Formate, etwa die jährliche Gerechtigkeitswoche in Berlin als Forum zur Diskussion über globale Gerechtigkeit, die Tiergartenkonferenz als zentrale Fachtagung für sozialdemokratische Außen- und Sicherheitspolitiker_innen sowie das Onlinejournal »Internationale Politik und Gesellschaft« (IPG) als innovative Debattenplattform für internationale und europäische Politik.

Internationaler Dialog

Die Abteilung Internationaler Dialog organisiert den Erfahrungsaustausch mit Partnerorganisationen der Sozialen Demokratie in den Ländern der nördlichen Hemisphäre. Sie unterhält Büros in 40 Ländern.

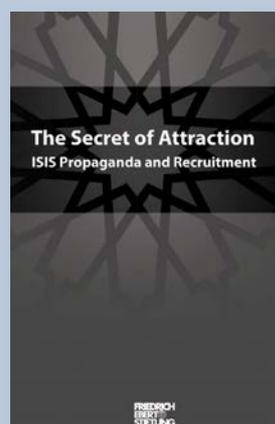
Bei der Arbeit in Westeuropa, Nordamerika und Japan (Referat WENA) steht der Dialog über grundsätzliche Politikkonzepte im Vordergrund, aber auch der Vergleich unterschiedlicher politischer Antworten auf gemeinsame Herausforderungen. Dominierendes Thema von Studien und Debatten war die Zukunft der Europäischen Union im Vorfeld des Brexit. Weitere Schwerpunkte waren die Entwicklungen in der Türkei, die Präsidentschaftswahlen in den USA, aber auch der Krieg in Syrien und die Flüchtlingsthematik. Diese



Im Schatten der Mauer

Die Auswirkungen des US-amerikanischen Ausbaus von Grenzschutz und verstärkter Zuwanderungskontrolle

Daniel E. Martínez



The Secret of Attraction

ISIS Propaganda and Recruitment

Abu Rumman, Mohammad Suliman et al.

wird für die deutsche Politik lange eine zentrale Herausforderung bleiben und Entscheidungsträger_innen durch wachsenden Rechtspopulismus unter Druck setzen.

In Mittel- und Osteuropa (Referat MOE) zielt die Arbeit auf die Konsolidierung der Demokratie, die Unterstützung der Transformation, die Sicherung der europäischen Friedensordnung und die Annäherung an die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Standards der EU. Das Verhältnis Deutschlands und der EU zu Russland und zu den Ländern in der östlichen Nachbarschaft muss neu gestaltet werden. Daran wirkt die Stiftung mit, unter anderem mit einem neuen Büro für den West-Ost-Dialog mit Sitz in Wien.

Als Bindeglied zwischen der Auslandsarbeit der Stiftung und politischen, gewerkschaftlichen und wissenschaftlichen Partner_innen in Deutschland fungiert das Referat Internationale Politikanalyse (IPA). Es berät mit Studien, Gesprächskreisen und dem Onlinejournal »Internationale Politik und Gesellschaft« (IPG) zu europapolitischen und internationalen Fragen.

Internationale Entwicklungszusammenarbeit

Mit der 2030-Agenda wurden die Millenniumsziele der Vereinten Nationen abgelöst. Ziel des neuen Rahmenwerks ist es, menschenwürdiges Leben und soziale Entwicklung mit den ökologischen Grenzen in Einklang zu bringen. Der Zielkatalog für die kommenden 15 Jahre bietet zahlreiche Anknüpfungspunkte für internationale Projekte der Sozialen Demokratie. Die FES wird durch ihr weltweites Netzwerk und ihre vielfältigen Zugänge zu Politik und Gesellschaft ein gefragter Partner bei der Umsetzung der Agenda sein, die gleichermaßen für Industrieländer wie für Entwicklungs- und Schwellenländer gilt.

Die Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit (IEZ) war im Jahr 2016 mit Büros in 62 Ländern vertreten – in Afrika, Lateinamerika, Asien, dem Nahen und Mittleren Osten sowie an den UN-Standorten New York und Genf. In weiteren zwölf Ländern führt die FES Programme durch. Neue globale Herausforderungen und die zunehmende Verschränkung außen- und innenpolitischer Problemlagen lassen den Gestaltungsanspruch der Stiftung ebenso wachsen wie die Anforderungen. Neben landesspezifischen Projekten bearbeitet die FES deshalb in zahlreichen Ländern regionale und globale Fragen. Dazu gehören etablierte Programme wie das Globalisierungsprojekt, das internationale Gewerkschaftsprojekt und das Programm »Klimapolitik sozial gerecht gestalten«. Darüber hinaus gibt es zeitlich begrenzte Projekte zum sozialen Basisschutz, zur Durchsetzungsmacht von Gewerkschaften, zu Flucht und Migration sowie zur Sicherheitssektorreform. Diese Programme werden eng zwischen der IEZ in Berlin und den Auslandsbüros abgestimmt.

Besonders wichtig ist der FES die Kooperation mit der nationalen und internationalen Gewerkschaftsbewegung. 2016 konzentrierte sich die Arbeit auf die Umsetzung der »Decent Work Agenda«, den Aufbau gewerkschaftlicher Netzwerke in multinationalen Konzernen und die Ausgestaltung verbindlicher Sorgfaltspflichten von Unternehmen.

In Deutschland begleitet die Abteilung die internationale Politik mit Dialogangeboten, Publikationen und Beratung und trägt dazu bei, dass Analyse, Diskussion und Handeln stärker ineinandergreifen. Parlamentarier_innen, Wissenschaftler_innen und Vertreter_innen von Gewerkschaften und NGOs tauschen sich in Gesprächskreisen und Arbeitsgruppen aus. Qualitätsmanagement und Evaluierung haben in der Arbeit der IEZ einen hohen Stellenwert.



EU vor Bewährungsprobe – Was erwarten, worum sorgen sich die Bürger?

Eine repräsentative 8-Länderstudie der Friedrich-Ebert-Stiftung, durchgeführt von policy matters



Ist der Euro noch zu retten?

Vorschläge für eine neue europäische Wirtschaftspolitik

Jeromin Zettelmeyer

Nordamerika

- 1 Ottawa
- 2 New York (UN)
- 3 Washington D.C.

Lateinamerika

- 4 Mexiko-Stadt
- 5 Guatemala-Stadt
- 6 San Salvador
- 7 Tegucigalpa
- 8 Managua
- 9 Santo Domingo
- 10 San José
- 11 Panama-Stadt
- 12 Caracas
- 13 Bogotá
- 14 Quito
- 15 Lima
- 16 La Paz
- 17 São Paulo
- 18 Santiago
- 19 Buenos Aires
- 20 Montevideo

Europa

- 21 Lissabon
- 22 Madrid
- 23 London
- 24 Paris
- 25 Brüssel (EU)
- 26 Genf (UN)
- 27 Rom
- 28 Prag
- 29 Bratislava
- 30 Wien
- 31 Zagreb
- 32 Budapest
- 33 Belgrad
- 34 Banja Luka
- 35 Sarajevo
- 36 Pristina
- 37 Tirana
- 38 Skopje
- 39 Athen
- 40 Sofia
- 41 Bukarest
- 42 Chişinău
- 43 Kiew
- 44 Warschau
- 45 Vilnius
- 46 Riga
- 47 Stockholm
- 48 Tallinn
- 49 Moskau
- 50 St. Petersburg
- 51 Novosibirsk
- 52 Nikosia
- 53 Istanbul
- 54 Ankara

Naher/Mittlerer Osten und Nordafrika

- 55 Beirut
- 56 Tel Aviv
- 57 Jerusalem (Ost)
- 58 Amman
- 59 Gaza-Stadt
- 60 Sanaa
- 61 Rabat
- 62 Algier
- 63 Tunis
- 64 Kairo
- 65 Khartum

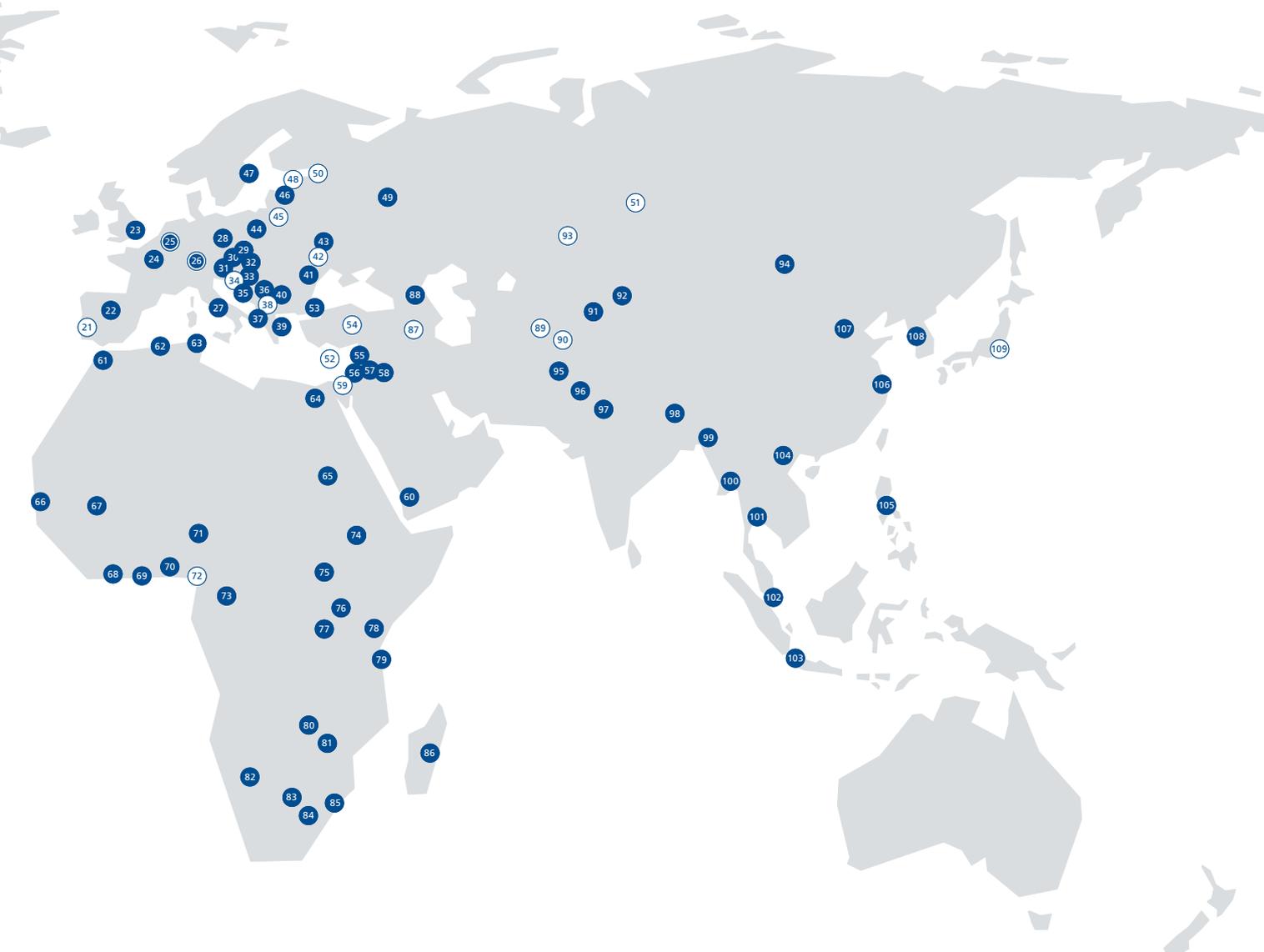
Afrika

- 66 Dakar
- 67 Bamako
- 68 Abidjan
- 69 Accra
- 70 Cotonou
- 71 Abuja
- 72 Lagos
- 73 Yaoundé
- 74 Addis Abeba
- 75 Juba
- 76 Kampala
- 77 Kigali
- 78 Nairobi
- 79 Daressalam
- 80 Lusaka
- 81 Harare
- 82 Windhuk
- 83 Gaborone
- 84 Johannesburg
- 85 Maputo
- 86 Antananarivo

Asien

- 87 Jerevan
- 88 Tbilissi
- 89 Taschkent
- 90 Duschanbe
- 91 Bischkek
- 92 Almaty
- 93 Astana
- 94 Ulaanbaatar
- 95 Kabul
- 96 Islamabad
- 97 Neu Delhi
- 98 Kathmandu
- 99 Dhaka
- 100 Yangon
- 101 Bangkok
- 102 Singapur
- 103 Jakarta
- 104 Hanoi
- 105 Manila
- 106 Shanghai
- 107 Peking
- 108 Seoul
- 109 Tokio





- Büros mit FES-Auslandsmitarbeiter_innen
- Büros mit FES-Ortskräften
- Büros mit überstaatlichem/internationalem Bezug

STAND: JUNI 2017

Wissenschaftliche Arbeit

Ihre wissenschaftliche Arbeit organisiert und trägt die FES vor allem durch die Studienförderung, das Archiv der sozialen Demokratie und die Bibliothek.

Die Studienförderung unterstützt junge, engagierte Menschen aus dem In- und Ausland, die sich den sozialdemokratischen Werten verbunden fühlen, mit einem Stipendium. Die Geschichte der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften wird im Archiv der sozialen Demokratie und der Bibliothek lebendig gehalten.

Die Studienförderung unterstützt junge, engagierte Menschen aus dem In- und Ausland, die sich den sozialdemokratischen Werten verbunden fühlen, mit einem Stipendium. Eine besondere Zielgruppe sind Studierende aus Familien ohne akademischen Hintergrund. Gesellschaftliches Engagement und überdurchschnittliche Leistungen zeichnen die FES-Stipendiat_innen aus.

Die Geschichte der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften wird im Archiv der sozialen Demokratie und der Bibliothek lebendig gehalten. Das Archiv beherbergt die wichtigsten Quellen zur Geschichte der Arbeiterbewegung sowie der Parteien und Gewerkschaften, die daraus hervorgegangen sind.

Die Bibliothek ist eine der weltweit größten Spezialsammlungen von Literatur zur deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, Sozial- und Zeitgeschichte sowie zu Veröffentlichungen von Parteien und Gewerkschaften.

Studienförderung

Die Aufgabe der Studienförderung ist seit über 90 Jahren eine doppelte: Die Stiftung fördert junge Menschen um ihrer selbst willen. Sie fördert Studierende und Promovierende aber auch deshalb, weil politisch engagierte junge Menschen für die Zukunft der Demokratie existenziell sind – ganz gleich, ob sie später in der Politik, in Gewerkschaften, in der Wirtschaft, bei

Medien, in Schulen oder in der Wissenschaft tätig sind. Gesellschaftliches Engagement und überdurchschnittliche Leistungen zeichnen die FES-Stipendiat_innen aus.

Bildung ist essenziell für Chancengleichheit, Teilhabe und soziale Gerechtigkeit. Daher berücksichtigen wir bei der Auswahl besonders Erstakademiker_innen, Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund. So lag in der Grundförderung durch das Bundesbildungsministerium (BMBF) der Anteil an Erstakademiker_innen unter den Neuaufnahmen bei knapp 50 Prozent; rund 30 Prozent haben Migrationshintergrund.

2016 wurden 528 Stipendiat_innen aufgenommen und insgesamt 2.732 Stipendiat_innen gefördert, davon 212 ausländische Studierende. Der Frauenanteil lag bei 50 Prozent. Mehr als 60 Prozent der FES-Stipendiat_innen in der BMBF-Förderung sind parteipolitisch aktiv. Die Durchschnittsnote der Absolvent_innen in der BMBF-Grundförderung ist mit 1,3 außergewöhnlich gut.

Die 55 Mitarbeiter_innen der Studienförderung verstehen sich als Begleiter_innen der aktuellen und ehemaligen Stipendiat_innen, die sie bei der Entwicklung persönlicher Urteils- und Handlungskompetenzen unterstützen. Das auf die Zielgruppe zugeschnittene Bildungsangebot beinhaltet die Qualifizierung für Ehrenamtliche und trägt somit zur Stärkung ihres politischen, gewerkschaftlichen und bürgerchaftlichen Engagements bei. Beteiligungsorientierte Ange-



Flucht und Schule

Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen

Hrsg.: Burkhard Jungkamp, Marei John-Ohnesorg



Die Schule der Zukunft

Auswirkungen des demografischen Wandels

Hrsg.: Burkhard Jungkamp, Marei John-Ohnesorg

bote zu gesellschaftspolitischen Themen erweitern fachliche und politische Kenntnisse. Themen der Sozialen Demokratie werden in über 30 Arbeitskreisen vertieft. Auch nach dem Stipendium ermutigt die Stiftung die rund 20.000 Ehemaligen, sich weiter gesellschaftspolitisch einzubringen und das Netzwerk der Sozialen Demokratie mitzugestalten.

Bildung gilt als Schlüssel zur Überwindung von Ungleichheit und zur Integration von Geflüchteten. Sie ist unverzichtbar, um auf Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt durch Globalisierung und Digitalisierung zu reagieren. Der Arbeitsbereich Bildungs- und Hochschulpolitik ermöglicht den Dialog mit Akteur_innen aus der Landes- und Bundespolitik, der Wissenschaft und Zivilgesellschaft und bildet so die Basis für anerkannte politische Beratung und öffentlichen Diskurs. Im Fokus standen in diesem Jahr Fragen der sozialen Herkunft und ihres Einflusses auf die berufliche Zukunft, außerdem die Themen Gleichheit/Ungleichheit, Inklusion und die Integration von Geflüchteten. Die Publikation »Gerechtigkeit fängt bei der Bildung an – Eine sozialdemokratische Erzählung« griff diese Diskussionen überzeugend auf und stieß in Politik, Schulen und Hochschulen auf große Resonanz.

Solidaritätsfonds

1971 wurde der Solidaritätsfonds auf Anregung deutscher und internationaler Stipendiatinnen und Stipendiaten sowie Ehemaliger gegründet. Seitdem dient er als wichtiges Instrument, in Not und Verfolgung geratene ausländische Studierende rasch und unbürokratisch zu unterstützen.

Spenden für den Fonds unter dem Stichwort:

»Solidaritätsfonds der FES«

IBAN DE92 3801 0111 1010 6062 08

BIC ESSEDE5F380

Archiv der sozialen Demokratie

Das Archiv der sozialen Demokratie sichert und erschließt das ungedruckte Gedächtnis der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, von Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung und von Organisationen aus ihrem Umfeld.

Das Archiv macht den Reichtum dieser Bestände nutzbar und präsentiert ihn ansprechend. Durch historisch-politische Bildung und zeitgeschichtliche Forschung eröffnen sich neue Themenfelder für Bürger_innen und Wissenschaftler_innen. So setzt das Archiv gesellschaftspolitische Fragestellungen der Gegenwart in Beziehung zu sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Entwicklungen. Die dadurch gewonnene Tiefenschärfe hilft beim Verstehen der historischen Zusammenhänge und stärkt die Identität von Sozialer Demokratie und Gewerkschaften.

Mit seiner Arbeit erreichte das Archiv Bürger_innen, Medienvertreter_innen und Forscher_innen verschiedener Fachrichtungen. Die Angebote reichten von der Auswertung von Archivgut für die wissenschaftliche, publizistische und mediale Nutzung über Beratung und Forschung bis hin zur zielgruppenadäquaten Vermittlung wissenschaftlicher Kenntnisse in der historisch-politischen Bildungsarbeit. Die Einbindung in Netzwerke der universitären, politischen und gewerkschaftlichen Bildung wie auch die fachliche Beratung anderer Abteilungen der Stiftung sind wichtige Grundlagen der archivischen, geschichtswissenschaftlichen und politischen Arbeit. Die Kombination aus Archivwissen und Public History bietet eine exzellente Basis für Demokratieförderung aus historischer Perspektive.

Das Trierer Karl-Marx-Haus ist das einzige Museum in Deutschland zu Leben, Werk und Wirkung des Philosophen, Ökonomen und Gesellschaftskritikers. Es ist ein historisch-



Herausforderungen in arabischen Staaten

Die Friedrich-Ebert-Stiftung im Nahen Osten und in Nordafrika

Sigrid Faath, Sonja Hegasy, Volker Vinnai, Achim Vogt



Für die Revolution auf die Schulbank

Eine alltagsgeschichtliche Studie über die SED-Funktionärsausbildung in Thüringen

Jan Kiepe

politischer Lernort mit internationaler Strahlkraft, an dem sich Interessierte in der Dauerausstellung und bei vielfältigen Veranstaltungen über Karl Marx informieren und sich kritisch mit seinen Ideen auseinandersetzen können.

Die Dauerausstellung des Karl-Marx-Hauses in Trier wurde 2016 von rund 40.000 Besucherinnen und Besuchern besichtigt. Über 26.000 sahen die Sonderausstellung zum Kalten Krieg und knapp 5.000 die Karikaturen-Ausstellung zur Pressezensur im Vormärz.

Bibliothek

Die Bibliothek der FES ist eine der weltweit größten Spezialsammlungen von Literatur zur deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, Sozial- und Zeitgeschichte sowie zu Veröffentlichungen von Parteien und Gewerkschaften. Sie zählt mit über einer Million Bänden zu den bedeutendsten historisch-sozialwissenschaftlichen Fachbibliotheken. Mit ihren wertvollen Sondersammlungen verfügt sie über einen einmaligen Bestand an Dokumenten des kulturellen Erbes der Sozialdemokratie, darunter beispielsweise Bestände der SPD-Bibliothek vor 1933, politische Broschüren aus der Kai-

serzeit und der Weimarer Republik sowie die Bibliothek des Karl-Marx-Hauses.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund, die meisten deutschen Einzelgewerkschaften und große internationale Gewerkschaftsbünde haben ihre Bestände der FES-Bibliothek anvertraut; dadurch ist sie eine der größten Gewerkschaftsbibliotheken weltweit. Mit finanzieller Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft seit den 1970er Jahren wurde die Bibliothek kontinuierlich als Dokumentationszentrum für die Parteien- und Gewerkschaftsforschung ausgebaut.

Über den nationalen und internationalen Leihverkehr stehen die Bestände der Bibliothek sowohl konventionell als auch digital zur Verfügung. Die umfassenden Bestandsnachweise in nationalen und internationalen Datenbanken werden ergänzt durch moderne digitale Dienstleistungen und professionell konzipierte Digitalisierungsprojekte, etwa der digitalen Repräsentation des »Vorwärts« für die Jahre 1876 bis 1933. Fachbibliografien und kommentierte Bestandsverzeichnisse, Ausstellungen, Vorträge und Buchvorstellungen erreichen eine breite Öffentlichkeit.

Die Bibliothek speichert darüber hinaus sämtliche FES-Publikationen und ermöglicht über die Digitale Bibliothek den weltweiten Zugriff auf die digital verfügbaren Veröffentlichungen.



Preise der Friedrich-Ebert-Stiftung

Der politische Film

Im Rahmen des »Filmfests Hamburg« wurde vom Julius-Leber-Forum bereits zum vierten Mal der Filmpreis »Der politische Film« der Friedrich-Ebert-Stiftung verliehen. Ausgezeichnet wurden Monika Borgmann und Lokman Slim für ihren Film »Tadmor«.

»Tadmor« arbeitet die Erfahrungen von 22 Männern auf, die in Syrien in eines der gefürchtetsten Militärgefängnisse des Assad-Regimes verschleppt wurden, das eben Tadmor heißt und nur einen Zweck verfolgt: Menschen durch Folter physisch und psychisch zu zerstören.

www.fes.de/de/julius-leber-forum/themen/der-politische-film/der-politische-film-2016

Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik

Der zum zweiten Mal verliehene Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik »Wirtschaft.Weiter.Denken« ging 2016 an Mariana Mazzucato, Professorin für Innovationsökonomie an der Universität Sussex, für ihr Werk »Das Kapital des Staates. Eine andere Geschichte von Wachstum und Innovation«.

Mazzucato ordnet »den Staat als Akteur bei Innovations- und Wachstumsprozessen neu ein. Dabei räumt die Autorin mit allerlei Mythen auf, die dazu führten, dass dem Staat meist eine rein passive Rolle im Innovationsprozess zugewiesen wird«, so die Jury in ihrer Begründung.

www.fes.de/de/abteilung-wirtschafts-und-sozialpolitik/hans-matthoefer-preis-fuer-wirtschaftspublizistik



Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik 2016 für Prof. Mariana Mazzucato, hier mit Kurt Beck, Vorsitzender der FES. (Foto: Marc Bollhorst)

Das politische Buch

Für ihr Buch »Zum Töten bereit: Warum deutsche Jugendliche in den Dschihad ziehen« erhielt die Islamwissenschaftlerin Lamya Kaddor im Mai 2016 den Preis »Das politische Buch« der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Die Autorin zeigt darin die Hintergründe für die fundamentalistisch-salafistische Radikalisierung junger Menschen auf und legt deren Motive dar, sich islamistischen Terrorgruppen anzuschließen. Gleichzeitig beschreibt Kaddor, was seitens der Gesellschaft und der muslimischen Community getan werden kann und muss, um solche Radikalisierung zu stoppen.

www.fes.de/de/preis-das-politische-buch/preisbuecher

Menschenrechtspreis

Mit ihrem Menschenrechtspreis lenkte die Stiftung 2016 die Aufmerksamkeit auf den Friedensprozess in Kolumbien: Die FES ehrte das feministische Netzwerk Ruta Pacífica de las Mujeres (kurz Ruta Pacífica, dt.: Der Friedensweg der Frauen) für ihren unermüdlichen Einsatz für ein Ende des bewaffneten Konflikts in Kolumbien. Gewürdigt wurde damit insbesondere das Engagement der Organisation für die Rechte und die selbstbestimmte Teilhabe von Frauen am Friedensprozess.

www.fes.de/themen/menschenrechtspreis/mrp2016.php



Preisverleihung »Das politische Buch«. V.l.n.r.: Kurt Beck, Lamya Kaddor, Staatsministerin Aydan Özoğuz und der Sprecher der Jury, Klaus Hohlfeld. (Foto: Reiner Zensen)

Unselbstständige Stiftungen und Sondervermögen

Erich-Brost-Sondervermögen

Der aus Ostpreußen stammende Journalist Erich Brost (1903–1995) war vor und nach dem Zweiten Weltkrieg ein führender Sozialdemokrat. 1948 gründete er mit dem Journalisten Jakob Funke die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ).

Die 1994 gegründete Erich-Brost-Stiftung wurde 2006 als »Sondervermögen Erich Brost« in das Vermögen der Friedrich-Ebert-Stiftung übertragen.

Aus dem »Sondervermögen Erich Brost« wurden im Jahr 2016 unter anderem am Ort des berühmten DDR-Zuchthauses das 27. Bautzen-Forum unterstützt. Ebenso wurde der Dialog in der Grenzregion zwischen Mecklenburg-Vorpommern und der Region Stettin fortgeführt.

In Warschau wurde ein Projekt initiiert, um die bisher in Polen und Deutschland betriebene Geschichtspolitik zu beurteilen und um Empfehlungen für die Zukunft zu erarbeiten.

Franziska-und-Otto-Bennemann-Stiftung

Otto Bennemann (1903–2003) war vor und nach dem Zweiten Weltkrieg ein führender Sozialdemokrat und Oberbürgermeister von Braunschweig (bis 1959) und von 1959 bis 1967 Minister in der niedersächsischen Landesregierung. Er war mit der Bundestagsabgeordneten Franziska Bennemann verheiratet.

Die 1990 eingerichtete Franziska-und-Otto-Bennemann-Stiftung fördert die Forschung über Idee und Praxis demokratisch sozialer Rechtsordnung in Staat und Gesellschaft.

Im Jahr 2016 unterstützte die Stiftung eine Fachtagung zur »Erwerbslosenbewegung: Bestandsaufnahme und Perspektiven« sowie Veranstaltungen und Publikationen des Arbeitskreises Mittelstand der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der FES in folgenden Themenschwerpunkten: Gründungspotenziale von Flüchtlingen, Handwerk im Wandel, Sharing Economy und Plattformökonomie, Wirtschaft 4.0 – Digitalisierung als Herausforderung für Wirtschaft und Gesellschaft, Nachhaltiger Konsum und Gute Arbeit im Lebensmittelmarkt.

Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung

Hans Matthöfer (1925–2009) war ein führender deutscher Gewerkschafter und Sozialdemokrat. Zwischen 1974 und 1982 war er Minister in mehreren Bundesregierungen, davon vier Jahre Finanzminister unter Helmut Schmidt.

Die unselbstständige Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung konzentriert sich neben der Förderung historischer und zeitgenössischer Forschung auf die Herausgabe von Werken, die grundsätzliche Probleme der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Technologieentwicklung und ihrer Konsequenzen auf die Gesellschaft insgesamt zum Gegenstand haben.

Im Jahr 2016 förderte die Stiftung den »Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik« (»Wirtschaft.Weiter.Denken«) und ermöglichte eine gemeinsame Veranstaltungsreihe der Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung und der IG Metall zu folgenden vier Themen: Fachkräftesicherung, Demokratie in der Wirtschaft, Modernität der Industrie und Zukunft der Sozialpartnerschaft.

Gefördert wurde außerdem eine Veranstaltung zu Weiterbildung und Qualifizierung im Kontext der Digitalisierung.

ANHANG

- 60 Organisationsplan der Friedrich-Ebert-Stiftung
- 62 Jahresabschluss zum 31.12.2015
- 68 Zum Selbstverständnis der Politischen Stiftungen
- 69 Mitglieder des Vorstands
- 69 Mitglieder des Vereins
- 70 Mitglieder des Kuratoriums
- 70 Mitglieder des Auswahl-ausschusses
- 71 Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten
- 79 Anschriften

82 Impressum

Organisationsplan

STAND: JUNI 2017

VORSTAND

Vorsitzender
MP a.D. Kurt Beck

Stellvertretende Vorsitzende
MP'in a.D. Hannelore Kraft,
Michael Sommer

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
Dr. Roland Schmidt

POLITISCHE BILDUNG UND BERATUNG

Politische Akademie

Dr. Sabine Fandrych

Politischer Dialog

Dr. Manuela Erhart

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Andrä Gärber

Kommunikation und Grundsatzfragen¹
Vesna Rodić

Pressestelle Berlin
Anja Papenfuß
(kommissarisch)

Zentrale Aufgaben¹
Dr. Marc Meinardus

Koordination Gender
Dr. Stefanie Elies

Revision / Antikorruptionsbeauftragte¹
Birgit K. Schultz

Datenschutz¹
Dr. Georg Wronka,
R.A.

Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen
Marion Fiedler

Betriebsrat

Gesamtbetriebsrat:
Jochen Reeh-Schall

BR Bonn:
Toni Henseler

BR Berlin:
Monika Schneider

Akademie für Soziale Demokratie
Jochen Dahm

Akademie Management und Politik
Katrin Matuschek

Medienpolitik
Peter Donaiki
(kommissarisch)

JournalistenAkademie
Carla Schulte-
Breidenbach

OnlineAkademie
Tobias Paul

Forum Jugend und Politik
Ina Koopmann
Kerstin Ott

Akademie für ArbeitnehmerWeiterbildung
Jochen Reeh-Schall

KommunalAkademie
Anne Haller

Gesellschaft für Politische Bildung e. V.²
Akademie Frankens-
warte, Würzburg
Vors. Walter Kolbow

Landes-/ Regionalbüros

Baden-Württemberg
Fritz-Erler-Forum
(Stuttgart)
Anja Dargatz

Bayern
BayernForum
(München)
Dr. Ralf Melzer

Regensburg
Harald Zintl

Hessen
(Wiesbaden)
Martin Weinert
(kommissarisch)

Nordrhein-Westfalen
(Bonn/Düsseldorf)
Petra Wilke

Rheinland-Pfalz/ Saarland
(Mainz)
Dr. Martin Gräfe

Georg-von-Vollmar-Akademie e. V.²
Kochel am See/
München
Vors. Carmen König-
Rothemund

Forum Politik und Gesellschaft
Dr. Stefanie Elies

Familien- und
Geschlechterpolitik,
Jugendpolitik und
Antidiskriminierung,
Forum Demokratie

Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte
Prof Dr. Thomas
Meyer

Forum Berlin
Dr. Irina Mohr

Rechtspolitik,
Innere Sicherheit,
BerlinPolitik, Staats-
modernisierung,
Gegen Rechtsextremismus,
Integration und Teilhabe, Empiri-
sche Sozialforschung,
Religion und Politik,
Kulturpolitik

Landes-/ Regionalbüros

Brandenburg
(Potsdam)
Eugen Meckel

Bremen, Hamburg Schleswig-Holstein
Julius-Leber-Forum
(Hamburg)
Dr. Peter Hurrelbrink

Mecklenburg-Vorpommern
(Schwerin)
Frederic Werner

Niedersachsen
(Hannover)
Urban Überschar

Sachsen
(Leipzig)
Matthias Eisel

(Außenstelle Dresden)
Christoph Wielepp

Sachsen-Anhalt
(Magdeburg)
Dr. Ringo Wagner

Thüringen
(Erfurt)
Dr. Paul Pasch

Arbeit und Qualifizierung
Ruth Brandherm

Soziales, Gesundheit, Gender, Familie, Jugend, Senioren
Severin Schmidt

Gewerkschaften
Stefanie Moser

Klima/Energie/ Umwelt, Digitalisierung
Dr. Philipp Fink

Migration/ Integration
Günther Schultze

Verbraucher, Unternehmen/ Mittelstand
Dr. Robert Philipps

Räumliche Entwicklung, Demographischer Wandel
René Bormann

Wirtschafts- und Finanzpolitik/ Europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik
Markus Schreyer

Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung¹
Dr. Marc Meinardus

Mitgliederversammlung des Vereins
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Kuratorium

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

**Internationale
Entwicklungs-
zusammenarbeit**
Christiane Kesper

Afrika
Dr. Manfred Öhm
Gewerkschaften:
Britta Utz

Asien und Pazifik
Jürgen Stetten
Gewerkschaften:
Franziska Wehinger

**Lateinamerika
und Karibik**
Dr. Svenja Blanke
Gewerkschaften:
Katja Meyer

**Naher und Mittlerer
Osten, Nordafrika**
Dr. Ralf Hexel
Gewerkschaften:
Hannah Steinfeldt

**Globale Politik
und Entwicklung**
Jochen Steinhilber
Globalisierung:
Thomas Mättig
Frieden und
Sicherheit:
Konstantin Bärwaldt
Klima und Energie:
Manuela Mattheß
Menschenrechte:
Hubert Schillinger

Koordinierungsaufgaben
Gewerkschafts-
koordination
international:
Mirko Herberg

**Evaluierung/
Qualitätsmanagement**
Catrina Schläger

**Internationaler
Dialog**
Dr. Alexander Kallweit

**Westeuropa/
Nordamerika**
Michèle Auga

Mittel- und Osteuropa
Matthias Jobelius

**Internationale
Politikanalyse**
Dr. Michael Bröning

Koordinierungsaufgaben
Gewerkschaften:
Jörg Bergstermann

WISSENSCHAFTLICHE ARBEIT

Studienförderung
Pia Bungarten

Auswahl
Marianne Braun

**Beratung und
Betreuung**
Elena Espinosa

Promotionsförderung
Dr. Ursula Bitzgeigo

**Ausländische
Stipendiat_innen**
Kathrein Hölscher

**Ideelle Förderung
und stipendiatisches
Netzwerk**
Judith Illerhues

**Ehemalige,
Berufsorientierung,
journalistische
Nachwuchsförderung**
Iva Figenwald

**Vertrauensdozent_
innen**
Antje Schnadwinkel

**Team Kommunikation/
Community Portal**
Ines Herr

**Bildungs- und
Hochschulpolitik**
Marei John-Ohnesorg

**Archiv der sozialen
Demokratie**
Dr. Anja Kruke

**Organisations-
bestände**
Michael Oberstadt

**Personenbestände
und Sammlungen**
Harry Scholz

Public History
Dr. Meik Woyke

Karl-Marx-Haus Trier
Elisabeth Neu

Bibliothek
Jacques Paparo

**Katalog und wissen-
schaftliche Dienste**
Regine Schoch

Periodika/Benutzung
Jacques Paparo

**Finanzen und
Organisation**
Dr. Roland Schwartz

**Controlling und
Organisation**
Axel Schmidt

**Informations-
technologien**
Peter Bujny
IT-Basisdienste:
Peter Bujny

IT-Prozess-
unterstützung:
Hasan Polat

Finanzbuchhaltung
Carola Marten-Voigt

Projektrechnung
Jutta Klemm

Hausmanagement
Diana Gohle

**Koordination
Konferenzzentrum
Berlin**
Tino Ernst

Personalabteilung
Dr. Beate Bartoldus

**Grundsatzfragen und
Personalentwicklung**
Maria Theodossiou

Rotation
Oliver Dalichau

Abrechnung Inland
Sener Dogan
Reinhold Merten

Abrechnung Ausland
Julia Büllesfeld
Katharina Kohr
Michael Kramer
Ariane Rödel
Sabina Tariq

**Koordination
Ausbildung**
Michael Kramer

¹ Direkt dem Geschäftsführer unterstellt

² Durch die FES gefördert

Jahresabschluss

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2015

AKTIVA

Angaben in Euro

	1.1.2015	Zugänge/ Umbuchungen	Abschrei- bungen/ Abgänge	31.12.2015	31.12.2014
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen					
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	234.010,00	302.332,78	116.361,78	419.981,00	234.010,00
2. Grundstücke und Bauten	54.183.639,96	25.609.517,40	2.928.480,91	76.864.676,45	54.183.639,96
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.486.106,06	11.610,17	794.743,03	4.702.973,20	5.486.106,06
	59.903.756,02	25.923.460,35	3.839.585,72	81.987.630,65	59.903.756,02
II. Finanzanlagen	31.825.317,39	5.827.165,97	2.184.905,97	35.467.577,39	31.825.317,39
	91.729.073,41	31.750.626,32	6.024.491,69	117.455.208,04	91.729.073,41
B. Zweckgebundenes Vermögen				8.580.725,06	8.502.719,36
C. Umlaufvermögen					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				1.299.370,63	26.528.476,10
II. Wertpapiere					
Sonstige Wertpapiere				998.374,31	3.003.446,31
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten				23.619.762,63	18.562.867,62
				25.917.507,57	48.094.790,03
D. Rechnungsabgrenzungsposten				27.384,10	8.038,78
				151.980.824,77	148.334.621,58

Die Bezeichnung der Davon-Vermerke bei der zweckgebundenen Rücklage erfolgte im Berichtsjahr mit den neuen gesetzlichen Normen der Abgabenordnung. Anpassungen der Vorjahresbeträge ergaben sich nicht.

PASSIVA

Angaben in Euro

	1.1.2015	Einstellung/ Zugänge	Entnahmen/ Auflösungen	31.12.2015	31.12.2014
A. Rücklage					
Zweckgebundene Rücklage	61.684.873,70	481.478,06	0,00	62.166.351,76	61.684.873,70
davon Rücklage gemäß § 62 Abs. 1 Nr. 1 AO EUR 10.593.218,06 (i. Vj. EUR 10.333.196,79)					
davon Rücklage gemäß § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO EUR 29.821.245,63 (i. Vj. EUR 25.818.019,58)					
davon Rücklage gemäß § 62 Abs. 3 AO EUR 13.044.206,47 (i. Vj. EUR 13.044.206,47)					
B. Sonderposten aus Zuwendungen für Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	234.188,00	302.332,78	116.539,78	419.981,00	234.188,00
II. Grundstücke und Bauten	36.923.144,02	18.400.000,00	2.779.173,30	52.543.970,72	36.923.144,02
III. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.709.847,91	875.555,47	887.043,95	3.698.359,43	3.709.847,91
	40.867.179,93	19.577.888,25	3.782.757,03	56.662.311,15	40.867.179,93
C. Sonderposten zum zweckgebundenen Vermögen				8.580.725,06	8.502.719,36
D. Rückstellungen				2.427.327,00	2.279.125,00
E. Verbindlichkeiten					
I. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen				2.317.819,67	2.126.754,48
II. Sonstige Verbindlichkeiten				539.182,25	18.901.184,54
				2.857.001,92	21.027.939,02
F. Rechnungsabgrenzungsposten				19.287.107,88	13.972.784,57
				151.980.824,77	148.334.621,58

Einnahmen- und Ausgabenrechnung

1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2015

Angaben in Euro

	2015		2014	
1. Projektgebundene Zuwendungen der				
a) Bundesministerien	153.108.911,52		142.315.040,65	
b) Länder und anderer Körperschaften	2.745.973,10		2.576.827,68	
c) Sonstigen Zuwendungsgeber	2.058.620,25	157.913.504,87	2.324.105,21	147.215.973,54
2. Spenden				
a) Allgemeine Satzungszwecke	283.460,50		272.105,84	
b) Wissenschaftliche Zwecke	100.100,00		100.500,00	
c) Solidaritätsfonds der Studienförderung	294.521,84	678.082,34	283.537,91	656.143,75
3. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens aus Zuwendungen für Anlagevermögen		2.926.269,28		2.447.821,56
4. Teilnahmegebühren		690.299,27		751.047,56
5. Sonstige Erträge		997.147,69		1.340.185,10
		163.205.303,45		152.411.171,51
6. Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit				
a) Stipendien an deutsche und ausländische Studenten	25.439.892,38		25.206.325,10	
b) Staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit	24.230.685,63		20.465.804,93	
c) Internationale Zusammenarbeit, Völkerverständigung und Partnerschaft zu den Entwicklungsländern	88.667.372,76		82.539.228,30	
d) Forschungsprojekte	6.183.587,70		5.621.679,01	
e) Förderung von Kunst und Kultur	8.245,69	144.529.784,16	60.239,63	133.893.276,97
7. Abschreibungen		3.286.103,11		2.888.057,68
8. Zuführung zum Sonderposten aus Zuwendungen für Anlagevermögen		320.400,50		821.462,64
9. Sonstige Betriebs- und Verwaltungsaufwendungen		15.319.765,99		15.226.053,44
10. Mindereinnahme aus laufendem Betrieb		-250.750,31		-417.679,22
11. Finanzergebnis		733.333,55		357.054,26
12. Ergebnis der gewöhnlichen Vereinstätigkeit		482.583,24		-60.624,96
13. Außerordentliche Aufwendungen (= Außerordentliches Ergebnis)		-1.105,18		-15.289,36
14. Mehreinnahmen (i.Vj. Mindereinnahmen)		481.478,06		-75.914,32
15. Entnahme aus zweckgebundener Rücklage		0,00		75.914,32
16. Einstellung in zweckgebundene Rücklage		481.478,06		0,00
17. Jahresergebnis		0,00		0,00

Bescheinigung

An die Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.

Wir haben den vom Vorstand gemäß § 12 der Satzung aufgestellten Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz sowie Einnahmen- und Ausgabenrechnung – unter Zugrundelegung der Buchführung der Friedrich-Ebert-Stiftung e. V., Bonn-Bad Godesberg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft.

Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den gesetzlichen Vorschriften und ihre Auslegung durch die IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Vereins. Die Buchführung lehnt sich an Vorschriften und daraus abgeleiteten Regelungen der Bundeshaushaltsordnung an und enthält kameralistische Elemente. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Zugrundelegung der Buchführung abzugeben.

Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards Prüfung von Vereinen (IDW PS 750) vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten

und Verstöße, die sich auf die Darstellung des Jahresabschlusses wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung und Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Grundsätze zur Rechnungslegung und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss mit den unten angeführten Abweichungen zu den Empfehlungen der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung, Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14), den gesetzlichen Vorschriften.

Abweichend von den allgemeinen handelsrechtlichen Vorschriften und Empfehlungen der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) werden keine sonstigen Rückstellungen angesetzt. Ist das Finanzanlagevermögen zu Anschaffungskosten angesetzt, werden keine außerplanmäßigen Abschreibungen auf das Finanzanlagevermögen vorgenommen und werden Periodenabgrenzungen von Einnahmen und Ausgaben mit Abrechnungsreichweite nur für das Berichtsjahr vorgenommen.

Köln, den 19. September 2016

KPMG AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez.
Hillesheim
Wirtschaftsprüfer

Brandt
Wirtschaftsprüfer

Im Sinne der Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger vom 17. Februar 1993 (BT-Drs. 12/4425) veröffentlichten wir in Ergänzung des vorstehenden Jahresabschlusses folgende Daten für das Geschäftsjahr 2016 (Stand 31.12.2016):

Zahl der Personalstellen im Vergleich zum Vorjahr

	31.12.2015	31.12.2016
Mitarbeiter_innen im Inland	557	573
Mitarbeiter_innen im Ausland	103	116
Insgesamt	660	689

Zahl und Art der Führungspositionen, die mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages, der Landtage und der Bundes- oder Landesregierungen oder der Bundes- oder Landesparteiorgane besetzt waren (Stand: 31.12.2016):

Von den elf Mitgliedern des Vorstandes der Friedrich-Ebert-Stiftung sind:

- acht Mitglieder ohne o. a. Funktionen
- ein Mitglied der Bundesregierung
- ein Mitglied im Deutschen Bundestag
- ein Mitglied einer Landesregierung (zugleich Mitglied eines Landesparlaments sowie eines Landesparteiorgans)

Geschäftsführung und Abteilungsleitungen der Friedrich-Ebert-Stiftung: keine(r) in einer der o. a. Führungspositionen

Den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes und des Parteiengesetzes zur Sicherung der Unabhängigkeit der politischen Stiftungen wird auf Grundlage der gemeinsamen Erklärung der politischen Stiftungen Rechnung getragen. Hiernach üben »der Vorsitzende des Vorstands, der Vorstandssprecher, der geschäftsführende Vorsitzende, das geschäftsführende Vorstandsmitglied und der Schatzmeister einer politischen Stiftung (...) in der jeweils nahestehenden Partei keine vergleichbaren Funktionen aus«.

Zusätzliche Erläuterungen zur Einnahmen- und Ausgabenrechnung

Zuwendungen und sonstige Einnahmen

Bei den projektbezogenen Zuwendungen war das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) auch im Jahr 2015 größter einzelner Zuwendungsgeber.

72,3 Mio. € wurden für die Förderung entwicklungsrelevanter Vorhaben zugewendet. Darüber hinaus erhielt die Stiftung vom BMZ Sondermittel i. H. v. 4,8 Mio. € für den Internationalen Klima- und Umweltschutz.

Der Gesamtbetrag aller Zuwendungen des BMZ belief sich mithin auf 77,1 Mio. €.

Das Bundesministerium des Innern ist Zuwendungsgeber des Globalzuschusses zur Förderung der gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit. Der Zuschuss i. H. v. 36,4 Mio. € wurde für die satzungsgemäßen Aufgaben der Friedrich-Ebert-Stiftung im Inland gewährt, insbesondere für die Durchführung von Seminaren, Tagungen und Kolloquien, die Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln, die Vergabe von Forschungsvorhaben mit gesellschaftspolitischer Zielsetzung sowie für die Archivierung der für die soziale Demokratie zeitgeschichtlich bedeutsamen Personen- und Organisationsbestände. Der Globalzuschuss dient auch der Finanzierung der auf diesen Aufgabenbereich entfallenden Personal-, Verwaltungs- und Betriebskosten.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung förderte mit 20,7 Mio. € die Vergabe von Stipendien an deutsche Studierende im Grund- oder Aufbaustudium sowie die Unterstützung von Promotionsvorhaben. 2,7 Mio. € wurden dabei als Verwaltungskosten- und Betreuungspauschale gewährt.

Das Auswärtige Amt förderte mit 2,4 Mio. € die Vergabe von Stipendien sowie die Betreuung und Nachbetreuung ausländischer Studierender und Graduierten in der Bundesrepublik. 15,1 Mio. € wurden für internationale gesellschaftspolitische Maßnahmen zugewendet. Die Vorhaben dienen dem Informations-, Meinungs- und Erfahrungsaustausch sowie der Schulung gesellschaftlicher und politischer Schlüsselgruppen.

Überdies gewährte das Auswärtige Amt der Stiftung Mittel i. H. v. 1,1 Mio. € zur Stärkung der sozialen Gerechtigkeit und der politischen Teilhabe in der Region Mittlerer Osten / Nordafrika sowie 242 T€ zur Förderung demokratischer Strukturen in Nordafrika.

Auf Verwaltungskostenzuschüsse entfielen beim Auswärtigen Amt insgesamt 2,6 Mio. €.

Insgesamt erhöhten sich die Bundeszuwendungen gegenüber 2014 um 10,8 Mio. €, wobei die

Mittel des BMZ im Zuge von Ressortbereinigungen um 4,2 Mio. € sanken, während die BMBF-Mittel um 0,1 Mio. €, die BMI-Mittel um 5,1 Mio. € und die AA-Mittel um 9,8 Mio. € stiegen.

Die Bundesländer und andere Gebietskörperschaften gewährten zweckbestimmte Zuwendungen zur Durchführung von landesspezifischen Veranstaltungen der gesellschaftspolitischen Bildungsarbeit in Höhe von 2,7 Mio. €. Mit 1,6 Mio. € ist das Land Nordrhein-Westfalen der größte Zuwendungsgeber, u.a. im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes.

Bei den sonstigen Zuwendungsgebern wurden zur Durchführung entwicklungspolitischer Maßnahmen im Ausland von verschiedenen Organisationen vor Ort insgesamt 207 T€ zugewendet.

Die Eigenbeiträge der Teilnehmer an den Bildungsveranstaltungen beliefen sich im Berichtsjahr auf 690 T€.

Die Position »Sonstige Erträge« umfasst Erlöse aus der Durchführung von Gast- und Fremdveranstaltungen sowie aus den Kantinenbetrieben in Bonn und in den Bildungsstätten (insgesamt 587 T€), Erträge aus Vermietung und Verpachtung (22 T€), Publikations- und Eintrittserlöse (147 T€), Kostenerstattungen (119 T€) sowie Anlageerlöse (2 T€).

Ausgaben und Aufwendungen

Die zur Finanzierung von aktivierungspflichtigen Aufwendungen gewährten Zuschüsse werden ab 1986 für Baumaßnahmen und ab 1991 auch für das übrige Anlagevermögen als Sonderposten aus Zuwendungen für Anlagevermögen passiviert (siehe Bilanz). Dieser Sonderposten wird in der Position »Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens aus Zuwendungen für Anlagevermögen« entsprechend der Abschreibung erfolgswirksam aufgelöst.

Die unter »Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit« genannten Positionen belaufen sich auf 144,5 Mio. €. Sie enthalten auch die mit der Durchführung dieser Aufgaben unmittelbar verbundenen Personal-, Verwaltungs- und Betriebskosten.

Der Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter und für die zeitlich befristet angestellten Aushilfen betrug insgesamt 32,8 Mio. € und setzte sich wie folgt zusammen: Lohn- und Gehaltskosten 25,9 Mio. €, Sozialabgaben und sonstige soziale Aufwendungen 6,9 Mio. €.

Die Ausgaben für die staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit beziehen sich auf Seminarveranstaltungen, Tagungen,

Kongresse, Ausstellungen und auf die Erstellung von Publikationen. Die Veranstaltungen fanden in den Zentralen in Bonn und Berlin sowie in angemieteten Veranstaltungsorten in der gesamten Bundesrepublik statt.

Die Position »Internationale Zusammenarbeit, Völkerverständigung und Partnerschaft zu den Entwicklungsländern« enthält die Ausgaben für die Auslandsarbeit der Stiftung in Entwicklungsländern, den Ländern Mittel- und Osteuropas und in einigen Industrieländern. Der hier enthaltene Personalaufwand für Auslandsmitarbeiter betrug 15,9 Mio. €.

Die Fachausgaben der Position »Forschungsprojekte« setzten sich zusammen aus 32 T€ für Forschungsprojekte und -aufträge sowie aus 1,0 Mio. € für den Betrieb des Karl-Marx-Hauses in Trier, für Archivalien des Archivs der sozialen Demokratie in Bonn und für Bücher und Zeitschriften der Bibliothek in Bonn.

Die »Sonstigen Betriebs- und Verwaltungsaufwendungen« enthalten die Personal-, Verwaltungs- und Betriebskosten der Gemeinkostenstellen in den Häusern in Bonn und Berlin.

Eigene Einnahmen und Spenden

Von besonderer Bedeutung für die Friedrich-Ebert-Stiftung sind die Erträge aus den unselbständigen Stiftungen. Diese Vermögen aufgrund von Testamenten oder Schenkungen i. H. v. derzeit 8,6 Mio. € stellen eine ganz besondere Verpflichtung für die Stiftung dar. Mit den Erträgen aus diesen Vermögen können im Sinne und im Namen der Spender Aufgaben dauerhaft übernommen werden, für die öffentliche Mittel sonst nicht ausreichend zur Verfügung stehen. Gleiches gilt für die Spenden, die für die allgemeinen und wissenschaftlichen Satzungszwecke der Stiftung sowie für den Solidaritätsfonds der Studienförderung eingegangen sind. Die Höhe dieser Spenden belief sich auf 678 T€.

Gesamtübersicht aller im Haushalt 2017 zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben

STAND: 1. FEBRUAR 2017

Angaben in Euro

I. Einnahmen	
1. Zuwendungen und Zuschüsse	
<i>Zuwendungen der Bundesministerien</i>	173.212.859
<i>Zuwendungen der Länder und anderer Gebietskörperschaften</i>	2.766.000
<i>Sonstige Zuwendungsgeber</i>	2.030.000
2. Spenden	420.000
3. Teilnehmergebühren	698.000
4. Sonstige Einnahmen	427.000
II. Ausgaben	
1. Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit/Projektausgaben	
<i>Förderung von Studenten und Graduierten</i>	28.924.820
<i>Staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit (Tagungen und Seminare)</i>	22.014.722
<i>Internationale Zusammenarbeit</i>	100.582.523
<i>Veröffentlichungen</i>	
<i>Forschungsprojekte</i>	7.279.480
<i>Förderung von Kunst und Kultur, sonstige Projektausgaben</i>	242.000
2. Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter* (nachrichtlich)	35.025.978
3. Sächliche Verwaltungsaufgaben	
<i>Sonstige Betriebs- und Verwaltungskosten</i>	15.999.880
4. Sonstige Betriebsaufwendungen	
5. Übrige Ausgaben	
6. Ausgaben für Investitionen/Aufwendungen für Abschreibungen	4.510.434
III. Voraussichtliches Jahresergebnis	0

* Der Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter ist bereits in den Positionen 1 (Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit/Projektausgaben) und 3 (Sächliche Verwaltungsaufgaben) enthalten.

Der Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter beträgt insgesamt:	35.025.978 €
Darin enthalten sind für Löhne und Gehälter enthalten:	27.596.677 €
Die sozialen Abgaben betragen:	7.429.301 €

Zum Selbstverständnis der Politischen Stiftungen

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung und die Hanns-Seidel-Stiftung haben ihr Selbstverständnis formuliert und ihren Standort bestimmt. Ihre gemeinsame Erklärung ist Selbstverpflichtung und Information der Öffentlichkeit zugleich.

Nachfolgend die Zusammenfassung der Erklärung:

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung, Hanns-Seidel-Stiftung und die Heinrich-Böll-Stiftung sind die der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Freien Demokratischen Partei, der Christlich Sozialen Union in Bayern und der Bundespartei Bündnis 90/Die Grünen nahestehenden Politischen Stiftungen. Mit der Wahrnehmung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben wollen sie zur Gestaltung der Zukunft unseres Gemeinwesens beitragen. Ihre gesellschaftspolitische und demokratische Bildungsarbeit, Information und Politikberatung im In- und Ausland, die auf den Prinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung aufbauen und den Grundsätzen der Solidarität, Subsidiarität und gegenseitigen Toleranz verpflichtet sind, haben insbesondere zum Ziel:

- durch Vermittlung politischer Bildung die Beschäftigung der Bürger mit politischen Fragen anzuregen sowie ihr politisches Engagement zu fördern und zu vertiefen;
- durch Wissenschaftsförderung, politische Forschung und Beratung Grundlagen politischen Handelns zu erarbeiten sowie den Dialog und Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Politik, Staat und Wirtschaft zu vertiefen;
- die geschichtliche Entwicklung der Parteien sowie der politischen und sozialen Bewegungen zu erforschen;
- mit Stipendien und studienbegleitenden Programmen die wissenschaftliche Aus- und Fortbildung begabter junger Menschen zu fördern;
- durch Veranstaltungen, Stipendien sowie Pflege und Erhalt von Kulturwerken Kunst und Kultur zu fördern;
- durch Informationen und internationale Begegnungen die europäischen Einigungsbestrebungen zu unterstützen und zur Völkerverständigung beizutragen;
- mit Programmen und Projekten entwicklungspolitische Hilfe zu leisten und zum Aufbau demokratischer, freiheitlicher und rechtsstaatlicher Strukturen, die den Menschen- und Bürgerrechten verpflichtet sind, beizutragen.

Es gehört zum Selbstverständnis der Politischen Stiftungen, ihre Ressourcen mit größtmöglichem Nutzen einzusetzen und darüber öffentlich Rechenschaft abzulegen.

Die Information der Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit und die Verwendung ihrer Mittel ist eine selbstgesetzte Verpflichtung der Politischen Stiftungen und stärkt das öffentliche Vertrauen in ihre Arbeit. Auch aus diesem Grund sind die Politischen Stiftungen übereingekommen, die Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger aufzugreifen, ohne insoweit auf eine etwaige gesetzliche Regelung zu warten. In dieser gemeinsamen Erklärung stellen sie ihr Selbstverständnis insbesondere im Hinblick auf die staatliche Finanzierung ihrer Arbeit und die öffentliche Rechenschaftslegung dar.

Der vollständige Text kann bei der Friedrich-Ebert-Stiftung angefordert werden.

Telefon 0228 883-0

Telefax 0228 883-9207

presse@fes.de

Mitglieder des Vorstands

STAND: JUNI 2017

Vorsitzender

Kurt Beck

Stellvertretende

Vorsitzende

Hannelore Kraft

Michael Sommer

Geschäftsführendes

Vorstandsmitglied

Dr. Roland Schmidt

Mitglieder

Prof. Dr. Peter Brandt

Dr. Barbara Hendricks

Barbara Ludwig

Dr. Werner Müller

Dr. Rolf Mützenich*

Matthias Platzeck

Prof. Dr. Jürgen Zöllner

Ehrenvorsitzende

Anke Fuchs

Anschrift für Vorstand, Verein und Kuratorium

Postadresse:

Friedrich-Ebert-Stiftung

53170 Bonn

Haus-/Lieferadresse:

Friedrich-Ebert-Stiftung

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Mitglieder des Vereins

STAND: JUNI 2017

Dr. Gerd Andres

Kurt Beck

Prof. Dr. Helmut Berding*

Dr. Christine Bergmann

Erik Bettermann

Jens Böhrnsen

Klaus Brandner

Prof. Dr. Peter Brandt

Anke Brunn*

Ilse Brusis

Edelgard Bulmahn

Dr. Jürgen Burckhardt

Hans Martin Bury

Wolf-Michael Catenhusen

Prof. Dr. Herta

Däubler-Gmelin

Heide Dörrhöfer-Tucholski

Malu Dreyer

Garrelt Duin

Martin Dulig*

Hans Eichel

Dr. Gernot Erler

Petra Ernstberger

Nancy Faeser

Elke Ferner

Anke Fuchs

Sigmar Gabriel

Irmgard Gaertner-Fichtner*

Günter Gloser

Reinhard Grätz

Prof. Dr. Helga Grebing

Bettina Hagedorn

Nina Hauer

Dr. Volker Hauff*

Dr. Horst Heidermann

Hubertus Heil

Dr. Barbara Hendricks

Reiner Hoffmann

Dr. Eva Högl

Prof. Dr. Uwe Holtz

Klaas Hübner

Hedda Jungfer*

Johannes Kahrs

Sabine Kaspereit

Reinhard Klimmt*

Hans-Ulrich Klose

Walter Kolbow

Hannelore Kraft

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Ute Kumpf

Dr. Gerlinde Kuppe

Prof. Dr. Manfred Lahnstein

Dr. Klaus Dieter Leister

Dr. Jürgen Linde

Barbara Ludwig

Christoph Matschie

Dr. Werner Müller

Franz Müntefering

Dr. Rolf Mützenich*

Andrea Nahles

Dietmar Nietan

Thomas Oppermann*

Aydan Özoğuz

Johannes Andreas Pflug

Matthias Platzeck

Konrad Porzner

Joachim Poß

Florian Pronold

Prof. Dr. Christa

Randzio-Plath*

Dr. Hermann Rappe

Karl Ravens

Walter Riester

Dr. Harald Ringstorff

Dr. Wolfgang Roth*

Prof. Heinz Ruhneu

Dr. Karl-Peter Schack-

mann-Fallis*

Axel Schäfer

Thorsten Schäfer-Gümbel*

Rudolf Scharping

Harald Schartau

Günter Schlatter

Dr. Nils Schmid

Renate Schmidt

Dr. Roland Schmidt

Ulla Schmidt

Wilhelm Schmidt

Hubertus Schmoldt

Carsten Schneider

Prof. Dr. Dr. Hans-Peter

Schneider

Dr. Herbert Schnoor

Olaf Scholz

Gerhard Schröder*

Günter Schröder

Prof. Dr. Dr. Richard

Schröder

Dr. Manfred Schüler*

Dieter Schulte

Martin Schulz

Werner Schulz

Dr. Angelica Schwall-Düren

Rolf Schwanitz

Manuela Schwesig

Heide Simonis

Michael Sommer

Peer Steinbrück

Dr. Frank-Walter

Steinmeier*

Dr. Manfred Stolpe

Franz Thönnies

Michael Vassiliadis

Ute Vogt

Dr. Klaus von Dohnanyi

Dr. Klaus Wedemeier

Ernst Welteke

Detlef Wetzell

Heidmarie Wieczorek-Zeul

Dr. Bettina Wieß*

Klaus Wowereit

Dr. Monika Wulf-Mathies

Prof. Dr. Jürgen Zöllner

Prof. Dr. Christoph Zöpel*

* ehemalige_r Stipendiat_in

Mitglieder des Kuratoriums

STAND: JUNI 2017

Vorsitzende:

Ingrid Matthäus-Maier

Doris Ahnen*
Prof. Dr. Wilhelm Bender
Prof. Karl-Heinz Bennemann
Klaus Uwe Benneter
Prof. Dr. Helmut Berding*
Siegfried Bleicher
Dr. Rolf Böhme
Ulla Burchardt
Prof. Dr. Friedrich Buttler
Wolf-Michael Catenhusen
Harro Uwe Cloppenburg
Rudolf Dreßler
Prof. Dr. Ursula Engelen-Kefer
Dr. Erhard Eppler
Ingeborg Friebe

Florian Gerster
Martin Gerster
Prof. Dr. Helene Harth
Ingrid Häußler
Dr. Peter Heinemann*
Dr. Christine Hohmann-Dennhardt
Helmut Hubacher
Roland Issen
Gerhard Jochum
Prof. Dr. Dr. Karl Kaiser
Dr. Karl Kauermann
Prof. Dr. Jürgen Keßler*
Prof. Dr. Dr. Jürgen Kocka*
Carmen König-Rothemund
Prof. Dr. Heiko Körner
Prof. Dr. Jürgen Kromphardt
Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp
Moritz Leuenberger

Ingrid Matthäus-Maier
Markus Meckel
Siegmar Mosdorf*
Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin*
Dr. Edith Niehuis
Aydan Özoğuz
Prof. Dr. Winfried Polte*
Dr. Simone Raatz
Dr. Hermann Rappe
Steffen Reiche
Edzard Reuter
Dr. Nikolaus Schneider
Wolfgang Schneiderhan
Karin Schubert
Rolf Schwanitz
Prof. Dr. Hartmut Soell
Karl Starzacher
Dr. Ralf Stegner*

Ludwig Stiegler
Prof. Dr. Johano Strasser
Helmut Teitzel
Dr. Gerald Thalheim
Dr. Carl Gustav Wilhelm Tham
Wolfgang Tiefensee
Dr. Gottfried Timm
Dr. Hans-Jochen Vogel
Dr. Klaus von Dohnanyi
Gerd Walter
Gerd E. Weers
Dr. Rosemarie Wilcken
Dr. Monika Wulf-Mathies
Brigitte Zypries

Mitglieder des Auswahlausschusses

STAND: JUNI 2017

Ehrenvorsitzender:

Prof. Dr. Helmut Berding

Vorsitzende:

Prof. Dr. Helene Harth

1. Stellvertretender

Vorsitzender:

Prof. Dr. Jürgen Keßler

2. Stellvertretende

Vorsitzende:

Dr. Simone Raatz

Pia Bungarten

Prof. Dr. Dr. Sefik Alp Bahadır

Prof. Dr. Hans-H. Bass

Prof. Dr. Christian Bernzen

Christine Biehler

Prof. Dr. Dr. Franz-Josef Brüggemeier

Dr. Michael Dauderstädt
Prof. Dr. Dorothée de Nève
Prof. Dr. Frank Engehausen
Prof. Dr. Christine Färber
Prof. Dr. Hermann Frister
Dr. André Gärber
Prof. Dr. Brigitte Georgi-Findlay
Dr. Yvette Gerner
Dr. Uwe Gottschalk
Prof. Eberhard E. Grötsch
Prof. Dr. Uwe Haneke
Prof. Dr. Peter Hantel
Dr. Jana Hartmann
Prof. Dr. Dr. Ernest W.B. Hess-Lüttich
Prof. Dr. Gunther Hirschfelder
Prof. Dr. Anke Holler
Prof. Dr. Wolfgang Honnen

Dr. Hans-Gerhard Husung
Prof. Dr. Rainer Jonas
Dr. Alexander Kallweit
Prof. Dr. Heidrun D. Kämper
Dr. Thomas Keidel
Dr. Ernst-J. Kerbusch
Prof. Dr. Christopher Kopper
Evelin Manteuffel
Dr. Regine Mehl
Prof. Dr. Nils Metzler-Nolte
Prof. Dr. Christoph Meyer
Prof. Dr. Andreas Mücklich
Prof. Dr. Thomas J. J. Müller
Dr. Yvonne Ott
Prof. Dr. Anita Pfaff
Petra Popp
Prof. Dr. Rachid Ouassa
Prof. Dr. Walter Reese-Schäfer
Prof. Dr. Emanuel Richter

Prof. Dr. Hermann Rösch
Prof. Dr. Michael Schmidt
Dr. Petra Schmitt-Frister
Dr. Ilja-Kristin Seewald
Dr. Jasmin Siri
Dr. Damir Softic
Dr. Ralf Stegner
Prof. Dr. Franz Streng
Prof. Dr. Jochen Struwe
Prof. Dr. Katina Warendorf
Prof. Dr. Ulrike Wendeling-Schröder

Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten

STAND: JUNI 2017

AACHEN

Fachhochschule

Prof. Dr. Markus Fredebeul-Krein

Technische Hochschule

Prof. Dr. Gerhard Gründer

Prof. Dr. Helmut König

Prof. Dr. Hermann Wagner

AUGSBURG

Dr. Florian Freund

Hochschule Augsburg

Prof. Dr.-Ing. Marcus Reppich

Universität Augsburg

Prof. Dr. Susanne Metzner

Prof. Dr. Natascha Sojc

Prof. Dr. Dietmar Süß

BAD DÜRRHEIM

Prof. Dr. Dr. Norbert Grulke

BAMBERG

Universität

Prof. Dr. Frank Westerhoff

BAYREUTH

Universität

Prof. Dr. Manfred Miosga

Prof. Dr. Herbert Popp

BERLIN

Ralf Beste

Dr. Hans-Peter Böhm

Dr. Michael Bröning

Dr. Andrä Gärber

Prof. Dr. Dr. Hans Joachim Giessmann

Dr. Marius Hofmeister

Axel Hutschenreuther

Dr. Stefan Klose

Gerhard Lechleitner

Dr. Raphael L'Hoest

Dr. Andreas Linde

Norbert Lippok

Dr. Klaus Lommatzsch

Prof. Dr. Günther Maihold

Dr. Dietmar Molthagen

Prof. Dr. Daniela Münkel

Dr. Timo Noetzel

Dr. Manfred Öhm

Claus Radziwill

Bettina Schattat

Dr. Hans-Jörg Schmedes

Prof. Dr. Ulrich Schöler

Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Prof. Dr. Manuela Spindler

Prof. Dr. Peter Steinbach

Dr. Nicolai von Ondarza

Dr. Almut Wieland-Karimi

Dr. Sören Wiesenfeldt

Dr. Maren Ziese

Freie Universität

Prof. Dr. Rolf-Peter Janz

Prof. Dr. Nina Kolleck

Prof. Dr. Sabine Kropp

Prof. Dr. Eun-Jeung Lee

Prof. Dr. Martin Lücke

Prof. Dr. Stefan Rinke

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider

Hertie School of Governance

Prof. Dr. Andrea Römmele

Hochschule für Technik und Wirtschaft

Prof. Dr. Sebastian Dullien

Prof. Dr. Sabine Spelthahn

Hochschule für Wirtschaft und Recht

Prof. Dr. Holger Rogall

Humboldt-Universität

Prof. Dr. Ulrike Auga

Dr. Stephan Bröchler

Dr. Holger Brohm

Prof. Dr. Philipp Dann

Prof. Dr. Andreas Eckert

Prof. Dr. Roland Francis

Dr. Kurt Graulich

Prof. Dr. Martin Heger

Prof. Dr. Bernd Henningsen

Prof. Dr. Volker Köllner

Prof. Dr. Thomas Mergel

Prof. Dr. Herfried Münkler

Prof. Dr. Wolfgang Scholl

Prof. Dr. Julia von Blumenthal

Prof. Dr. Gerhard Werle

Katholische Hochschule für Sozialwesen

Prof. Dr. Axel Bohmeyer

Prof. Dr. Jens Wurtzbacher

Technische Universität

Prof. Dr. Thorsten Beckers

Dr. Sascha Buchholz

Prof. Dr. Etienne Emmrich

Prof. Dr. Gert G. Wagner

BIEBERACH

Hochschule

Prof. Dr. İsmail Kaşıkçı

BIELEFELD

Fachhochschule

Prof. Dr. Riza Öztürk

Universität

Prof. Dr. Wolfgang Jütte

Prof. Dr. Thomas Welskopp

Prof. Dr. Jan Wirrer

Prof. Dr. Véronique Zanetti

BOCHUM

Dr. Ulrike Bick

Jörg Fleck

Dr. Tuan Anh Tran

Universität

Prof. Dr. Stefan Berger

Prof. Dr. Bernd Faulenbach

Prof. Dr. Stefan Goch

Prof. Dr. Traugott Jähnichen

PD Dr. Alexander Kochinka

Prof. Dr. Till Kössler

Prof. Dr. Klaus Kost

Prof. Dr. Karsten Rudolph

Prof. Dr. Adina C. Rusu-Klappheck

Prof. Dr. Manfred Wannöffel

BONN

Dr. Dieter Dowe
Prof. Dr. Solvay Gerke
Dr. Christian von Haldenwang
Dr. Alexandra von dem Knesebeck
Dr. Anja Kruke
Dr. Andreas Stamm

Hochschule Bonn-Rhein-Sieg

Prof. Dr. Hartmut Ihne
Prof. Dr. Marlis von der Hude

Universität

Prof. Dr. Frank Decker
Prof. Dr.-Ing. Matthias Hullin
Prof. Dr. Doris Lucke
Prof. Dr. Heiko Sauer
Prof. Dr. Michael Schneider
PD Dr. Arne Schneidewind

BRANDENBURG

Technische Fachhochschule

Prof. Dr. Burghilde Wieneke-Toutaoui

BRAUNSCHWEIG

Technische Universität

Prof. Dr. Katja Koch
Prof. Dr. Hermann Wätzig

BREMEN

Hochschule

Prof. Dr. Corinna Grünh
Prof. Dr. Ernst Mönnich

Jacobs University

Prof. Dr. Gerd-Volker Rösenthaller

Universität

Prof. Dr. Andreas Fischer-Lescano
Prof. Dr. Jutta Günther
PD Dr. Sebastian Haunss
Dr. Sigrid Kannengießer
Prof. Dr. Ursula Rust
PD Dr. Cordula Weißköppel
Dr. Janna Wolff
Dr. Arndt Wonka

CHEMNITZ

Technische Universität

Prof. Dr. Rudolf Boch
Prof. Dr. Stefan Garsztecki

COTTBUS

Dr. Tilo Biesecke

DARMSTADT

Peter Brändle

Technische Universität

Prof. Dr. Gerd Lautner

DELMENHORST

Prof. Dr. Gerd Turowski

DORTMUND

Universität

Prof. Dr. Wilfried Bos

DRESDEN

Technische Universität

Prof. Dr. Peter Gründler
Prof. Dr. Wolfgang Melzer
Prof. Dr. Christian Prunitsch
Prof. Dr. Karl-Siegbert Rehberg
Dr. Marina Scharlaj
Dr. Mike Schmeitzner
Prof. Dr. Ralph Sonntag
Dr. Swen Steinberg

DUISBURG

Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Tobias Debiel
Prof. Dr. Peter Ulrich Hein
Prof. Dr. Heike Roll
Prof. Dr. Florian Schacht

DÜSSELDORF

Prof. Dr. Anke Hassel

Universität

Prof. Dr. Helmut Frister
Prof. Dr. Katharina Hilbig-Lugani
Prof. Dr. Guido Thiemeyer

EBERSWALDE

Hochschule für nachhaltige Entwicklung

Prof. Dr. Peter Spathelf

EICHSTÄTT

Katholische Universität

Prof. Dr. Stefan Schieren

ERFURT

Fachhochschule

Prof. Dr. Eckhard Giese
Prof. Dr. Klaus Merforth

Universität

Prof. Dr. Manfred Baldus
Prof. Heike Grimm
Prof. Dr. Fritz-Wilhelm Neumann

ERLANGEN-NÜRNBERG

Universität

Dr. Susanna Brogi-Däufel
Prof. Dr. Peter Dabrock
Prof. Dr. Ludwig Fesenmeier
Prof. Dr. Andreas Funke
Prof. Dr. Christian Merkl

ESSLINGEN

Hochschule

Prof. Dr. Claudia Daigler
Prof. Dr. Reiner Marchthaler
Prof. Dr. Karin Reiber

FLENSBURG

Universität

Prof. Dr. Herbert Bruhn
Prof. Dr. Uwe Danker

FRANKFURT/MAIN

Dr. Stefan Marx
Dr. Ulrich Walter

Fachhochschule

Prof. Dr. Michaela Köttig

FRA School of Finance & Management

Prof. Dr. Adalbert Winkler

Universität

Prof. Dr. Lothar Brock
Prof. Dr. Volker Dötsch
Prof. Dr. Alexander Ebner
Dr. Nicole Kramer
Dr. Nina Morgner
Prof. Dr. Astrid Wallrabenstein

FRANKFURT/ODER

Europa-Universität Viadrina

Prof. Dr. Eva Kocher
Prof. Dr. Albrecht Söllner

FREIBURG

Pädagogische Hochschule

Prof. Dr. Albert Scherr

Universität

Prof. Dr. Ulrich Bröckling
Prof. Dr. Sabine Dabringhaus
Prof. Dr. Tim Epkenhans
Prof. Dr. Johanna Pink
Prof. Dr. Ralf Poscher

FULDA

Fachhochschule

Prof. Dr. Peter Haller
Prof. Dr. Helen Knauf

GELSENKIRCHEN

Westfälische Hochschule

Prof. Dr. Andreas Heinecke
Prof. Dr. Karl-Martin Obermeier
Prof. Dr. Diethard Reisch

GERA

Duale Hochschule

Prof. Dr. Thilo Fehmel

GIESSEN

Prof. Dr. Michael Bäuerle
Prof. Dr. Hans-Werner Hahn

Technische Fachhochschule

Prof. Dr. Frank Runkel

Universität

Prof. Dr. Jürgen Bast
Prof. Dr. Ulrich Ellinghaus
Dr. Alexandra Kurth
Prof. Dr. Klaus Lange
Prof. Dr. Friedrich Lenger
Prof. Joybrato Mukherjee
Dr. Sascha Weber

GÖTTINGEN

Universität

Prof. Dr. Andrea D. Bührmann
Dr. Alexander Engel
Prof. Dr. Rainer Marggraf
Prof. Dr. Sebastian Vollmer

GREIFSWALD

Universität

Prof. Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann
Prof. Dr. Marko Pantermöller
PD Dr. Klavdia Smola

HAGEN

Fernuniversität

Prof. Dr. Frank Hillebrandt

HALLE

Universität

Prof. Dr. Gunnar Brands

HAMBURG

Dr. Stephan Bakan
Tobias Gros
Dr. Arnim Karthaus
Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek
Dr. Jan-Hinrik Schmidt
Dr. Torsten Sevecke
PD Dr. Sven Tode

Bucerius Law School

Prof. Dr. Thomas Rönnau

Evang. Hochschule für Soziale Arbeit

Prof. Dr. Tilman Lutz

Fachhochschule für Ökonomie und Management

Prof. Dr. Marco Zimmer

Hochschule für angewandte Wissenschaften

Prof. Dr. Simon Andreas Güntner
Prof. Dr. Julia Neumann-Szyszka

Hochschule für Bildende Künste

Prof. Dr. Barbara Martwich

Universität

Prof. Dr. Miriam Beblo
Prof. Dr. Holger Brecht-Heitzmann
Dr. Marcel du Moulin
Dr. Hans-Georg Ehrhart
Prof. Dr. Kathrin Fahlenbrach
Prof. Dr. Peter Heisig
Prof. Dr. Gertraud Koch
Prof. Dr. Kai-Oliver Knops
Prof. Dr. Franklin Kopitzsch
Prof. Dr. Reiner Lehberger
Prof. Dr. Dieter Schimanke
Prof. Dr. Benno Stinner

HANNOVER

Hochschule

Prof. Dr. Rolf Hüper
Dr. Monika Pinski

Medizinische Hochschule

Dr. Thela Wernstedt

HEIDE/HOLSTEIN

Fachhochschule Westküste

Prof. Dr. Thomas Haack

HEIDELBERG

Dr. Morna Gruber
Prof. Dr. Walter Mühlhausen

Universität

Prof. Dr. Sebastian Harnisch
Dr. Felix Hörisch
Prof. Dr. Herbert Kronke
Prof. Dr. Andreas Kruse
Prof. Dr. Hartmut Soell
Prof. Dr. Mathias Witzens-Harig
Prof. Dr. Edgar Wolfrum

HILDESHEIM

Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst

Prof. Dr. Gazi Çağlar
Prof. Dr. Lutz Finkeldey

Universität

Prof. Dr. Wolfgang Schneider
Prof. Dr. Wolfgang Schröer

ILMENAU

Technische Universität

Prof. Dr. Joachim Weyand

ISERLOHN

Prof. Dr. Stefan Lennardt

JENA

Universität

Prof. Dr. Klaus Dörre
Prof. Dr. Hermann Funk
Prof. Dr. Ulrich Hilpert
Prof. Dr. Thomas Kroll
Prof. Dr. Roland Merten
Prof. Dr. Georg Schmidt

KAISERSLAUTERN

Technische Universität

Prof. Dr. Michael Schroda
Prof. Dr. Hans-Jürgen Seimetz
Prof. Dr. Bernd Streich
Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

KARLSRUHE

Universität und Institut für Technologie

Prof. Dr. Michael Schefczyk
Prof. Dr. Ulrich Schurath
Prof. Dr. Rainer Walz
Prof. Dr. Manfred Wilhelm

Pädagogische Hochschule

Jun.-Prof. Dr. Johannes Voit

Hochschule für Technik und Wirtschaft

Prof. Dr. Hagen Krämer

KASSEL

Universität

Dr. Minou Isabel Banafsche
Prof. Dr. Sonja Buckel
Prof. Dr. Wolfgang Schroeder
Prof. Dr. Felix Welti

KEHL

Fachhochschule für öffentliche Verwaltung

Prof. Dr. Ewald Eisenberg

KIEL

Dr. Linda Kleemann

Fachhochschule

Prof. Dr. Doris Weßels

Universität

Prof. Dr. Wolfgang Biesterfeld
Prof. Dr. Federico Foders
Prof. Dr. Gerhard Igl
Prof. Dr. Karl-Heinrich Pohl

KLEVE

Hochschule Rhein-Waal

Prof. Dr. Eva-Maria Hinterhuber

KOBLENZ/LANDAU

Universität

Dr. Hannes Kopf
Prof. Dr. Werner Sesselmeier

KÖLN

Dr. Matthias von Hellfeld
Dr. Christiane Kling-Mathey
Prof. Dr. Dr. Alexander Lechleuthner

Katholische Hochschule

Prof. Dr. Werner Schönig

Sporthochschule

Prof. Dr. Jürgen Mittag

Universität

Prof. Dr. Ralph Jessen
Dr. Claudia Nikodem
Prof. Dr. Ute Planert
Dr. Meik Woyke

KONSTANZ

Hochschule für Technik, Wirtschaft und Gestaltung

Prof. Dr. Karen-Sibyll Schirmer

Universität

Prof. Dr. Sven Jochem

Prof. Dr. Bianka Pietrow-Ennker

Prof. Dr. Julia Laura Rischbieter

Prof. Dr. Wolfgang Seibel

Prof. Dr. Clemens Wischermann

LANDAU

Dr. Dirk Kratz

LEIPZIG

Dr. Ulrike Bick

Prof. Dr. Dorothea Hegele

Dr. Jens A. Katzek

PD Dr. Melanie Morisse

Fachhochschule Nordhessen

Zweigstelle Leipzig

Prof. Dr. Lars Garlepp

Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur

Prof. Dr. Andrea Nikolaizig

Universität

Prof. Dr. Alexander Deeg

Prof. Dr. Hartmut Elsenhans

Prof. Dr. Cornelia Exner

Prof. Dr. Christian Fandrych

Prof. Dr. Birgit Harreß

Prof. Dr. Alfons Kenkmann

Prof. Dr. Thomas Lenk

Prof. Dr. Harald Morgner

Prof. Dr. Julian Schmitz

Prof. Dr. Wolfgang F. Schwarz

LUDWIGSBURG

Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen

Prof. Dr. Eleonora Kohler-Gehrig

LUDWIGSHAFEN

Fachhochschule

Prof. Dr. Karin A. Kersting

Prof. Dr. Fritz Unger

LÜNEBURG

Universität

Prof. Dr. Ulrich Günther

Prof. Dr. Axel Halfmeier

Prof. Dr. Claus-Dieter Krohn

Dr. Tonio Oeftering

Prof. Dr. Wolfgang Ruck

LÜNEBURG / SCHNEGA

Prof. Dr. Hermann H. Kallfass

MAGDEBURG

Hochschule Magdeburg-Stendal

Dr. Irmtraut Mecke

Prof. Dr. Claudia Wendel

Prof. Dr. Ilona Melanie Wuschig

Universität

Prof. Dr. Horst Gischer

Prof. Dr. Wolfgang Renzsch

MAINZ

Silke Hillesheim (Wendelsheim)

Fachhochschule

Prof. Jean Ulysses Voelker

Universität

Jun.-Prof. Dr. Thomas Blank

Prof. Dr. Thorsten Faas

Prof. Dr. Gerd Mielke

Prof. Dr. Oliver Scheiding

MANNHEIM

Andrea Gronemeyer

Prof. Dr. Klaus Schönhoven

Hochschule der Wirtschaft für Management

Prof. Dr. Annette Bornhäuser

Prof. Dr. Lars Castellucci

Universität

Prof. Dr. Philipp Gassert

Prof. Dr. Peter Vorderer

MARBURG

Dr. Fabio Longo

Universität

Prof. Dr. Volker Mergenthaler

Prof. Dr. Thomas Noetzel

Prof. Dr. Harald Renz

MERSEBURG

Fachhochschule

Prof. Dr. Erich Menting

Prof. Dr. Malte Thran

MÖNCHENGLADBACH

Hochschule

Prof. Dr. Ulrich Nissen

MÜNCHEN

Dr. Meret Forster

Prof. Dr. Yolanda M. Koller-Tejeiro

Dr. Ludwig Maaßen

Michael Marco Schönlein

Dr. Hans Wegner

Dr. Jürgen Zarusky

Hochschule für Angewandte Wissenschaften

Prof. Dr. Peter Hammerschmidt

Prof. Dr. Stefan Rappenglück

Katholische Fachhochschule

Prof. Dr. Birgit Dorner
Prof. Dr. Constanze Giese

**Staatliche Akademie der
Bildenden Künste**

Prof. Dr. Maria Isabel Peña Aguado

Technische Universität

Prof. Dr. Jutta Roosen
Prof. Dr. Stefan Wurster

Universität der Bundeswehr

Prof. Dr. Stephan Stetter

Universität

Prof. Dr. Christian Albrecht
Dr. Christian Alexander Braun
Prof. Dr. Martin H. Geyer
Dr. Jan-Christoph Heilinger
Dr. Susanne Krones
Prof. Dr. Carsten Reinemann
Prof. Dr. Andreas Renner
Prof. Dr. Berthold Rittberger
Prof. Dr. Elke Seefried
Prof. Dr. Rudolf Tippelt
Dr. Till Zimmermann

MÜNSTER**Fachhochschule**

Prof. Dr. Bernhard Frevel

Universität

Prof. Dr. Siegfried Echterhoff
Dr. Matthias Freise
Prof. Dr. Thomas Großbölting
Dr. Netaya Lotze
Prof. Dr. Norbert Schläbitz
Prof. Dr. Christoph Weischer

NÜRNBERG

Dr. Karin Falkenberg
Dr. Andrea König

Ev. Fachhochschule

Dr. Andreas Scheulen

NÜRTINGEN-GEISLINGEN**Hochschule**

Prof. Dr. Marc Ringel

OLDENBURG**Universität**

Prof. Dr. Dr. Volker Boehme-Neßler
Prof. Dr. Gunilla-Friederike Budde

OSNABRÜCK**Hochschule**

Prof. Dr. Peter Mayer

Universität

Prof. Dr. Roland Brandt

OSNABRÜCK (BÜNDE)

Dr. Andrea Behrenswerth

PADERBORN**Universität**

Dr. Dirk Prior
Prof. Dr. Birgit Riegraf

PASSAU

Prof. Dr. Klaus P. Hansen

Universität

Prof. Dr. Guido Pollak
Prof. Dr. Bernhard Stahl

POTSDAM**Fachhochschule**

Prof. Dr. Tobias Schröder

Universität

Prof. Dr. Werner Jann
Prof. Dr. Andreas Köstler
Prof. Dr. Thomas von Winter

RAVENSBURG**Duale Hochschule****Baden-Württemberg**

Prof. Dr. Ernst Deuer

REGENSBURG**Universität**

Dr. Sonja Emmerling
Prof. Dr. Thorsten Kingreen
Prof. Dr. Tonio Walter

REUTLINGEN**Fachhochschule**

Prof. Henning Eichinger
Prof. Dr. Rudolf Kessler

ROSTOCK**Hochschule für Musik & Theater**

Prof. Marion Küster

Universität

Prof. Dr. Ralf Ludwig

SAARBRÜCKEN

Prof. Dr. Roland Rixecker

Universität

Prof. Dr. Lutz Götze
Prof. Dr. Volker Köllner
Dr. Luitpold Rampeltshammer
Prof. Dr. Lucia Scherzberg
Dr. Magdalena Telus

SIEGEN

Universität

Prof. Dr. Sigrid Baringhorst
Prof. Dr. Heiko Ihmels
Prof. Dr. Tim Spier

SOLINGEN

Dr. Anna Leuchtweis

SPEYER

Universität für Verwaltungswissenschaften

Prof. Dr. Gisela Färber

STRALSUND

Fachhochschule

Prof. Dr. Jürgen L. Dräger

STUTTGART

Prof. Dr. Thomas Dekorsy

Hochschule für Technik

Prof. Dr. Elke Sohn

Universität

Dr. Annika Arnold
Prof. Dr. Dr. Ulli Arnold
Prof. Dr. Gerd de Bruyn
Dr. Christine Heinke
Prof. Dr. Rudolf Large

TRIER

Hochschule

Prof. Dr. Thomas Bonart
Prof. Dr. Michael Bottlinger

Universität

Prof. Dr. Laszlo Goerke
Prof. Dr. Uwe Jun
Prof. Dr. Helga Schnabel-Schüle

TÜBINGEN

Universität

Prof. Dr. Thomas Diez
Prof. Dr. Ewald Frie
Prof. Dr. Klaus Gestwa
Dr. Lars Schneider

TUTZING

Dr. Michael Mayer

ULM

Universität

Prof. Dr. Birgit Liss

VECHTA

Universität

Prof. Dr. Gertrud M. Backes
Prof. Dr. Karl-Heinz Breier

WEINGARTEN

Pädagogische Hochschule

Prof. Dr. Michael Henninger

WERNIGERODE

Hochschule Harz für Wirtschaft und Technik

Minister Prof. Dr. Armin Willingmann

WIESBADEN

EBS Univ. Wirtschaft und Recht

Prof. Dr. Markus Ogorek

Hochschule RheinMain

Prof. Dr. Regina-Maria Dackweiler
Prof. Dr. Jiri Sobota

WILDAU

Fachhochschule für Technik

Prof. Dr. Marco Althaus

WISMAR

Hochschule für Technik und Wirtschaft

Prof. Dr. Andreas Bücker
Prof. Dr. Bodo Wiegand-Hoffmeister

WITTEN/HERDECKE

Universität

Prof. Dr. Wolfgang H. Arnold

WOLFENBÜTTEL

Prof. Dr. Peter Burschel

WUPPERTAL

Bergische Universität

Prof. Dr. Ronald Schettkat
Prof. Dr. Andreas Schlenkhoff
Prof. Dr. Roy Sommer
Prof. Dr. Paul J.J. Welfens

WÜRZBURG

Fachhochschule

Prof. Dr. Peter Bradl
Prof. Dr. Lutz Frühbrodt

Universität

Prof. Dr. Gisela Müller-
Brandeck-Bocquet

Ausland

ALBANIEN

Prof. Dr. Wulf-Winrich Lapins

BELGIEN

Dr. Rudolf Mögele
Paul F. Nemitz

DÄNEMARK

Prof. Dr. Wolfgang Gerstlberger

FRANKREICH

Dr. Falk Bretschneider
Dr. Sonja Zmerli

GROSSBRITANNIEN

Prof. Dr. Holger Afflerbach
Prof. Dr. Andreas Gestrich
Prof. Dr. Benjamin Ziemann

ITALIEN

Prof. Dr. Phillip Genschel

NIEDERLANDE

Prof. Dr. Frank Biermann
Dr. Thomas Conzelmann
Dr. Sebastian Krapohl
Dr. Benjamin Müller
Prof. Dr. Kiran Klaus Patel
Prof. Dr. Wolfgang Wagner

ÖSTERREICH

Dr. Felix Butzlaff
Dr. Reinhard J. Krumm

SCHWEIZ

Prof. Dr. Klaus Neumann-Braun
Dr. Karim El-Haschimi
Dr. Sascha Quanz
Prof. Dr. Dr. Gerhard Rogler
Dr. Oliver Thränert

SCHWEDEN

Dr. Christian Krell

USA

Prof. Dr. Günther K. H. Zupanc

Anschriften

STAND: JUNI 2017

FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Zentrale Bonn

Postadresse:

53170 Bonn

Haus-/Lieferadresse:

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Telefon 0228 883-0

Telefax 0228 883-9207

Zentrale Berlin

Hiroshimastraße 17 und 28

10785 Berlin

Telefon 030 26935-6

Telefax 030 26935-9244

ARCHIV DER SOZIALEN DEMOKRATIE

Dr. Anja Kruke

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Telefon 0228 883-9046

(Information Archiv)

Telefax 0228 883-9209

archiv.auskunft@fes.de

www.fes.de/archiv

BIBLIOTHEK DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Jacques Paparo

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Telefon 0228 883-9056

(Information Bibliothek)

Telefax 0228 883-9220

ausleihe@fes.de

fachauskunft@fes.de

fernleihe@fes.de

www.library.fes.de

ABTEILUNG STUDIENFÖRDERUNG

Pia Bungarten

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Telefon 0228 883-7902

Telefax 0228 883-9225

stipendien@fes.de

www.fes.de/studienfoerderung

MUSEUM KARL-MARX-HAUS

Elisabeth Neu

Brückenstraße 10

54290 Trier

Telefon 0651 97068-0

Telefax 0651 97068-140

info.trier@fes.de

www.fes.de/karl-marx-haus

Landes- und Regionalbüros

BADEN-WÜRTTEMBERG

Fritz-Erler-Forum

Baden-Württemberg

Anja Dargatz

Werastraße 24

70182 Stuttgart

Telefon 0711 2483-943

Telefax 0711 2483-9450

info.stuttgart@fes.de

www.fritz-erler-forum.de

BAYERN

BayernForum

Dr. Ralf Melzer

Herzog-Wilhelm-Straße 1/1. OG

80331 München

Telefon 089 515552-40

Telefax 089 515552-44

bayernforum@fes.de

www.bayernforum.de

Regionalbüro Regensburg

Harald Zintl

Richard-Wagner-Straße 5

93055 Regensburg

Telefon 0941 794759

Telefax 0941 795613

regensburg@fes.de

www.fes-regensburg.de

BERLIN

Forum Berlin

Arbeitsbereich BerlinPolitik

Dr. Irina Mohr

Hiroshimastraße 17

10785 Berlin

Telefon 030 26935-7308

Telefax 030 26935-9240

forumberlin@fes.de

www.fes-forumberlin.de

BRANDENBURG

Landesbüro Brandenburg

Eugen Meckel
Hermann-Elflein-Straße 30/31
14467 Potsdam
Telefon 0331 292555
Telefax 0331 2803356
potsdam@fes.de
www.fes.de/Potsdam

BREMEN, HAMBURG, SCHLESWIG-HOLSTEIN

Julius-Leber-Forum Büro für die Bundesländer Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein

Dr. Peter Hurrelbrink
Rathausmarkt 5
20095 Hamburg
Telefon 040 325874-0
Telefax 040 325874-30
hamburg@fes.de
www.julius-leber-forum.de

HESSEN

Landesbüro Hessen

Martin Weinert (kommissarisch)
Marktstraße 10
65183 Wiesbaden
Telefon 0611 341415-0
Telefax 0611 341415-29
landesbuero.hessen@fes.de
www.fes.de/hessen

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern

Frederic Werner
Arsenalstraße 8
19053 Schwerin
Telefon 0385 5125-96
Telefax 0385 5125-95
schwerin@fes.de
www.fes-mv.de

NIEDERSACHSEN

Landesbüro Niedersachsen

Urban Überschär
Theaterstraße 3
30159 Hannover
Telefon 0511 357708-30
Telefax 0511 357708-40
niedersachsen@fes.de
www.fes.de/niedersachsen

NORDRHEIN-WESTFALEN

Landesbüro NRW

Petra Wilke
Godesberger Allee 149
53170 Bonn
Telefon 0228 883-7202
Telefax 0228 883-9208
landesbuero-nrw@fes.de
www.fes.de/landesbuero-nrw

Landesbüro NRW (Büro Düsseldorf)

Schwanenmarkt 15
40213 Düsseldorf
Telefon 0211 436375-63
Telefax: 0211 436381-48

RHEINLAND-PFALZ

Regionalbüro Mainz Rheinland-Pfalz/Saarland

Dr. Martin Gräfe
Große Bleiche 18-20
55116 Mainz
Telefon 06131 96067-0
Telefax 06131 96067-66
mainz@fes.de
www.fes.de/mainz

SACHSEN

Landesbüro Sachsen

Matthias Eisel
Burgstraße 25
04109 Leipzig
Telefon 0341 960-2160
Telefax 0341 960-5091
sachsen@fes.de
www.fes.de/sachsen

Außenstelle Dresden

Christoph Wielepp
Obergraben 17a
01097 Dresden
Telefon 0351 80468-03
Telefax 0351 80468-0591
sachsen@fes.de
www.fes.de/sachsen

SACHSEN-ANHALT

Landesbüro Sachsen-Anhalt

Dr. Ringo Wagner
Otto-von-Guericke-Straße 65
39104 Magdeburg
Telefon 0391 56876-0
Telefax 0391 56876-15
info.magdeburg@fes.de
www.fes.de/magdeburg

Akademien gefördert durch die Friedrich-Ebert-Stiftung

THÜRINGEN

Landesbüro Thüringen

Dr. Paul Pasch
Nonnengasse 11
99084 Erfurt
Telefon 0361 5980-20
Telefax 0361 5980-210
info.erfurt@fes.de
www.fes-thueringen.de

Gesellschaft für Politische Bildung e. V.

Akademie Frankenwarte

Karl-Heinz Spiegel
Leutfresserweg 81-83
97082 Würzburg
Telefon 0931 80464-0
Telefax 0931 80464-26
info@frankenwarte.de
www.frankenwarte.de

Georg-von-Vollmar-Akademie e. V.

Bildungsstätte Kochel

Schloss Aspenstein

Niklas Fischer
Am Aspensteinbichl 9-11
82431 Kochel am See
Telefon 08851 78-0
Telefax 08851 78-23
info@vollmar-akademie.de
www.vollmar-akademie.de

Impressum

Herausgeber

Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.
Referat Kommunikation und Grundsatzfragen
Godesberger Allee 149
53175 Bonn
www.fes.de

Bild- und Textredaktion

Referat Kommunikation
und Grundsatzfragen

Korrektorat

Susanne Reinhold

Übersetzung

Dr. Inez H. Templeton

Herstellung

Katja Ulanowski

Gestaltung

Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln
www.leitwerk.com

Druck und Verarbeitung

Brandt GmbH, Bonn

Printed in Germany 2017

ISSN 0940-0702

Bildhinweise Seite 10–12

Valentin Dornis
FES
Mina Gerngroß
Sebastian Glowinski
Sandy Hässner
Julia Kneuse
Anne Koch
Evgenii Korol
Gerhard P. Müller

Geschichte

History

WWW.FES.DE/DE/STIFTUNG/GESCHICHTE/

1925

Sozialdemokrat Friedrich Ebert, erster demokratisch gewählter Reichspräsident der ersten deutschen Republik, stirbt am 28. Februar im Alter von 54 Jahren.
The Social Democrat Friedrich Ebert, the first democratically elected president of the first German Republic, dies on February 28th at the age of 54.

1925

Am 2. März wird die Friedrich-Ebert-Stiftung gegründet. Sie soll im Sinne Eberts der politischen Bildung von Menschen aller Schichten im demokratischen Geiste, der Unterstützung begabter junger Menschen und der Förderung des Verständnisses zwischen Deutschland und anderen Ländern dienen.
On March 2nd the Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) is founded. Its purpose is, in the spirit of Friedrich Ebert, to further the political education of all Germans, regardless of their class, toward democracy, to support financially talented young students, and to promote a better understanding between Germany and other countries.

1933

Verbot durch die Nationalsozialisten.
Prohibited by the National Socialists.

1946

Wiederbegründung der Friedrich-Ebert-Stiftung.
The FES is refounded.

1956

Eröffnung der ersten Heimvolkshochschule der Friedrich-Ebert-Stiftung zur politischen Bildung.
The FES's first adult political education center with boarding facilities is opened.

1963

Aufbau der durch das BMZ geförderten Entwicklungszusammenarbeit.
The development cooperation program is launched, financed by the Federal Ministry for Economic Cooperation and Development.

1969

Eröffnung des Archivs der sozialen Demokratie und der Bibliothek in Bonn.
The Archive of Social Democracy and the FES Library are opened in Bonn.

1990

Aufbau der Vertretungen in den neuen Bundesländern und den Staaten Mittel- und Osteuropas.
FES offices in the new federal states and in the countries of Middle and Eastern Europe are established.

1999

Eröffnung eines Konferenz- und Tagungszentrums in Berlin.
A new conference center is opened in Berlin.

Heute

ist die Friedrich-Ebert-Stiftung als die älteste politische Stiftung Deutschlands eine private, gemeinnützige, kulturelle Institution, die den Ideen und Grundwerten der Sozialen Demokratie verpflichtet ist.
Today the Friedrich-Ebert-Stiftung – the first political foundation in Germany – is a private, non-profit cultural institution committed to the ideals and values of Social Democracy.

